

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

**Abonnements-Bedingungen:**  
 Abonnements-Preis pränumerando: Vierteljährlich 3,50 Mk., monatlich 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pf. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements-Preisliste. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montags.

**Die Insertions-Gebühr**  
 Gehört für die sechsgehaltene Kolonelle oder deren Raum 60 Pf., für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Bekanntmachungs-Anzeigen 30 Pf. „Kleine Anzeigen“, das fertige Wort 20 Pf. (zulässig 2 fertige gedruckte Worte), jedes weitere Wort 10 Pf. Streifenanzeigen und Stellenanzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegraphisch-Adressen: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: S.W. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Freitag, den 30. Juni 1911.

Expedition: S.W. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

## Parteigenossen! Agitiert unermüdllich für eine Massenbeteiligung an unseren Protestversammlungen!

### Die Landtagsession.

Nach fast sechsmonatlicher Tätigkeit sind die „geehrten, edlen und erlauchten Herren“, wie die Chronrede die sogenannte preussische Volksvertretung anzureden pflegt, huldvollst in ihre Heimat entlassen worden. Der Landtag ist geschlossen, und so ist das preussische Volk wenigstens bis zum Herbst gegen die Art von Gesetzmacherei gesichert, wie sie in Preußen besteht wird. Quantitativ hat der Landtag in seiner letzten Session viel Arbeit geleistet, aber qualitativ ist seine Arbeit nichts wert. Beinahe könnte man glauben, daß der Landtag immer und immer wieder aufs neue beweisen will, daß ein auf Grund des Dreiklassenwahlrechts zusammengesehtes Parlament, ein Parlament, in dem Junker und Pfaffen das Szepter schwingen, zur Unfruchtbarkeit verurteilt, daß es unfähig ist, positive Arbeit im Interesse der Gesamtheit zu verrichten.

Ein einziges Gesetz von all den vielen, die in dieser Session verabschiedet worden sind, zeugt von einem gewissen Fortschritt: das Feuerbestattungsgesetz, das mit Mühe und Not und nur mit Hilfe des kleinen Häufchens Sozialdemokraten zustande gekommen ist. Es war eine Zufalls-mehrheit, der dies Gesetz zu danken ist, und nicht viel hätte gefehlt, so wäre selbst ein so bescheidener Fortschritt dank den muerischen Einflüssen vereitelt worden. Stolz kann die Regierung auf diesen Erfolg nicht sein, um so weniger, da das bei der Feuerbestattung unterlegene Zentrum bei dem zweiten Fortschritt, den die Regierung anbahnen wollte, bei dem Fortbildungsschulgesetz, grausame Rache genommen und die Vorlage so zerzaust hat, daß die Regierung die Kommissionsbeschlüsse für unannehmbar erklärte und auf die Beratung ihres Entwurfs im Plenum keinen Wert mehr legte. Und dabei entsprach die Vorlage, der zweifellos ein gesunder Gedanke zugrunde lag, ein Gebanke, dem auch die Sozialdemokratie im Prinzip zustimmt, noch nicht einmal den bescheidensten Anforderungen; sie beschränkte sich nur auf die männliche Jugend und nahm keine Rücksicht auf die große Schaar der erwerbsfähigen Angehörigen des weiblichen Geschlechts. Außerdem war es ein Tendenzgesetz im schlimmsten Sinne des Wortes. Die Absicht, die schulentlassene Jugend weiter zu bilden, sie zu befähigen, den Kampf ums Dasein zu bestehen, sie zu selbständig denkenden und handelnden Menschen zu erziehen, wurde zurückgedrängt durch die Tendenz, das Gesetz zu einem Kampfgesetz gegen die Sozialdemokratie zu gestalten.

Wir meinen der Vorlage keine Träne nach, wir registrieren lediglich die für Preußen beschämende Tatsache, daß selbst ein an sich so gesunder Gedanke wie der Fortbildungsschulunterricht von der Regierung in sein Gegenteil verkehrt werden sollte, daß die Regierung eines sogenannten Kulturstaates nicht davor zurückschreckte, die heranwachsende Jugend statt der wahren Wissenschaft eine Afterswissenschaft zu lehren und sie gewalttätig zu Hurrapatrioten zu erziehen. Was sich während der langwierigen Kommissionsberatung hinter den Kulissen abgespielt hat, die Intrigen des durch und durch reaktionären, frömmelnden Kultusministers gegen seinen Kollegen, dessen Ressort das Fortbildungsschulwesen unterstellt ist, die Fäden, die Zentrum und Konservative gesponnen haben, um die Vorlage noch zu verhungern — all das ist ebenso typisch für den Staat der Junker und Pfaffen, wie für die Art, wie in Preußen regiert wird.

Formell leiten die Regierungsgeschäfte die vom König ernannten Minister, tatsächlich aber regiert der Feudaladel, dem, soweit es sich um Maßnahmen zur Verdummung, Ausbeutung und Unterdrückung des Volkes handelt, die hohe Geistlichkeit hilfreiche Hand leistet. Und wehe dem Minister, der nicht nach der Pfeife dieser Gesellschaft tanzt! Wie hat man es verstanden, den Ministerpräsidenten bei der Besprechung der Vorromäus-Enzyklika zu einem förmlichen Zufall vor dem Papsi zu zwingen, und wie hat man Herrn v. Bethmann Hollweg vor dem Lande abgekanzelt, als er es wagte, einmal seine gottgewollte Abhängigkeit vom Junkertum einen Augenblick zu vergessen und sich im Reichstage für die Eltsch-Lothringische Verfassungsreform ins Zeug zu legen! Mit aller Deutlichkeit hat man dem höchsten Beamten zu verstehen gegeben, daß er und seine Kollegen nichts weiter sind und nichts weiter sein dürfen als gehorsame Diener der herrschenden Klassen, die es sich nicht einfallen lassen sollen, gegen den Stachel zu lösen.

In ihrer völligen Abhängigkeit von Zentrum und Konservativen kann die Regierung, selbst wenn sie es wollte, dem Volke kein Wahlrecht geben. Die Konservativen haben zu wiederholten Malen erklärt, daß sie an den Grundlagen des „bewährten“ Dreiklassenwahlrechts unentwegt festhalten, und das Zentrum, das zwar in seinem Programm die Übertragung des Reichswahlrechts auf Preußen fordert, tut in der Praxis

alles, um eine wirkliche Wahlreform zu vereiteln. Ja, sogar eine bloße Besprechung des freisinnigen Wahlrechtsantrages hat es zu verhindern gesucht, freilich ohne Erfolg. Wenn dieser Antrag, bei dessen Beratung die Regierung standalderweise durch Abwesenheit glänzte, schließlich doch noch in letzter Stunde auf die Tagesordnung gesetzt ist, so ist das wirklich nicht das Verdienst des Zentrums. Die Behandlung des Antrages durch das Junkerparlament ist noch in frischer Erinnerung. Angesichts der Komödie, die die Konservativen bei dieser Gelegenheit aufgeführt haben, angesichts der Hanswurstdiade, die sie sich leisteten, muß selbst der geringe Teil des Volkes, der dem Dreiklassenparlament bisher noch Vertrauen entgegengebracht hat, nicht nur jedes Vertrauen verlieren, sondern auch von Horn und Erbitterung erfüllt werden gegen eine Gesellschaft, die zu solchen Albernheiten bei den ernstesten Dingen ihre Zuflucht nimmt.

Mit aller Deutlichkeit hat das Abgeordnetenhaus aufs neue erklärt, daß es in seiner Mehrheit Gegner des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts ist und daß es auch von einer Neueinteilung der Wahlkreise nichts wissen will. Noch größer ist die Mehrheit, die sich einer demokratischen Gestaltung der kommunalen Wahlgesehe entgegenstellt. Wiederholt ist in der verflochtenen Session die Frage des kommunalen Wahlrechts angeschnitten, aber stets und ständig hat sich der Landtag mit gewaltiger Majorität für plutokratische Wahlgesehe ausgesprochen. Auf allen Gebieten will man dem Volke sein Recht vorenthalten, während die Mehrheit mit einer Raffinertheit, die ihres gleichen sucht, sobald es sich um die Wahrung ihrer eigenen Interessen, die Interessen der Besitzenden handelt, sich Vorteile zu verschaffen weiß. Es sei nur an das in dieser Session verabschiedete Ausführungsgesetz zum Wertzuwachssteuergesetz erinnert, das tatsächlich so gestaltet wurde, daß es die Großgrundbesitzer auf Kosten der Allgemeinheit bereichert. Ungeachtet hat man bei dem Ausführungsgesetz zum Viehschuhengesetz rücksichtslos alle Anträge niedergestimmt, die die Sozialdemokraten zum Schutze der kleinen Bauern und Landarbeiter gestellt hatten.

Unter Übergehung der kleineren Vorlagen, die mehr oder minder lokale Bedeutung haben oder kein allzugroßes Allgemeininteresse beanspruchen, erwähnen wir schließlich noch die beiden Zweiverbands-gesehe, in denen sich nicht nur der Städtehaß der Landtagsmehrheit äußert, sondern die auch deutlicher als irgend etwas anderes zeigen, wie heute, mehr als 100 Jahre nach Schaffung der Steinischen Städteordnung, der Begriff der Selbstverwaltung in sein Gegenteil verkehrt wird.

Aber nicht genug, daß die preussische Volksvertretung ein reaktionäres Gesetz nach dem andern schafft, billigt sie auch alle Maßnahmen der Regierung und ihrer Organe auf dem Gebiete der Verwaltung, mögen sie noch so verwerflich sein. Ja, man opfert sogar aus dem allgemeinen Steuerfädel Hunderttausende und Millionen für direkt unanständige Zwecke; man bewilligt ungeheure Summen zur Belohnung von Polizeispitzeln und noch mehr läßt man sich den Kampf gegen die sozialdemokratische Jugendbewegung kosten. Und abgesehen von den Sozialdemokraten erhebt sich niemand, um im Landtage dagegen zu protestieren.

Wie lange noch wird das preussische Volk solche Zustände in Gesehgebung und Verwaltung dulden? Wie lange noch wird es mit ansehen, daß eine übermüdete Clique mit seinen heiligsten Gütern ein frivoles Spiel treibt? Den unbequemen sozialdemokratischen Maßnahmen im Junkerparlament sucht man durch fortgesetzte Aenderungen der Geschäftsordnung den Mund zu stopfen. Um so lauter werden die Millionen Sozialdemokraten im Lande reden, sie werden stammenden Protest erheben gegen die preussische Eigenart, gegen diese unerhörte Mißwirtschaft und gebieterisch ihre Rechte fordern. Mögen die herrschenden Klassen sich befinden, ehe es zu spät ist!

### Kehtaus!

Dem Zentrum beginnt es schwül zu werden. Es merkt, daß der Gedanke der politischen Gleichberechtigung mit unüberwindlicher Kraft die Massen erfasst hat und daß es die Abwendung der katholischen Arbeiter rüstet in dem Momente, wo den allzu Langmütigen das schmähliche und verräterische Treiben, das die Merkanten im preussischen Landtag betreiben, zum Bewußtsein kommt. Deshalb sucht es jetzt, nachdem seine Fraktion zuerst die Beratung des Wahlrechtsantrages zu vermeiden gesucht und dann den Konservativen zuliebe jede positive Beschlusfassung verhindert hat, in der Presse seine praktische Wahlrechtsfeindschaft durch theoretische Wahlrechtsfreundlichkeit zu beschönigen. Die „Germania“ erklärt, daß nach Einführung des allgemeinen Wahlrechts im Elsaß das Dreiklassenwahlrecht unbedingt auf den Ausßerbeet geht und sie verspricht: „diesmal wird das Zentrum seine Forderungen höher zu spannen haben und nunmehr zum mindesten

gleich zwei Schritte avancieren.“ Dann wendet sich die „Germania“ mit folgenden Worten gegen die Konservativen:

„Die Herren von der Rechten sind nicht einmal konsequent in ihrem Handeln, sie stehen heute selbst einer partiellen Wahlrechtsverbesserung viel feindlicher als vor einem Jahre gegenüber. Das ist eine Politik, die auf Abwickeln berechnet ist, eine Politik, die bei aller Achtung vor den Persönlichkeiten, die sie verfolgen, eine unheilvolle ist. Herr Graf Schwerin-Löwis hat es für gut gefunden, das Zentrum öffentlich zu beleidigen und es eine unnütze Partei zu schelten; mögen die Konservativen dafür Sorge tragen, daß ihnen wegen ihrer Haltung in der Wahlrechtsfrage nicht mit ganz anderer Berechtigung dieser Vorwurf gemacht werden kann. Mögen sie es beizeiten einsehen, damit nicht irreparabler Schaden ihnen erwächst.“

Weder durch Angriffe von der Rechten, noch durch Drohungen der plutokratischen oder demagogischen Linken, noch durch Bismarckworte der „Genossen“ wird sich das Zentrum in seinem Vorgehen fügen lassen. Das Zentrum will das Reichstagswahlrecht für Preußen, und es wird zum Ziel gelangen, wenn nicht auf einem Marsch, so doch in Etappen, die es zurücklegen wird.“

Man wird sich diese Worte und die Versprechungen des Zentrums genau merken. Aber Glauben wird dem Zentrum auf bloße Worte hin kein Zurechnungsfähiger mehr schenken. Das Zentrum wird durch die Tat beweisen müssen, daß es ihm ernst ist. Vorläufig stehen alle Taten zu den wahlrechtsfreundlichen Worten im schärfsten Widerspruch.

Wie hinterhältig das Zentrum ist, zeigt auch der Bericht der „Preussischen Volkszeitung“ über die Wahlrechtsdebatte. Da wird unser Genosse Hoffmann mit seiner vortrefflichen Rede als belanglos, nicht ernstzunehmender Schwätzer, als „gewerksmäßiger Agitator“ hingestellt, wogegen sich der Junker Heidebrand in der Zeichnung des Zentrumsblattes als „der erste, soziale Politiker“ präsentiert, bei dessen Schilderung der scharfen Wirkungen des gleichen Wahlrechts, so sagt das Blatt verständnisvoll hinzu, „man an Portugal und Frankreich und das revolutionäre Treiben der deutschen Sozialdemokraten in der letzten Zeit“ habe denken müssen. Aus jeder Silbe dieser nichtsnutigen Darstellung leuchtet der heimtückische Wahlrechtshaß der Zenträmter, ihr Haß gegen Volksrechte und ihre Begeisterung für die Rechtsverweigerung und Volksbedrückung.

Und die „Preussische Volkszeitung“, der Ableger der „Germania“, antwortet auf unsere Bemerkung, daß das Zentrum die Volksbewegung für das gleiche Wahlrecht nicht nur nicht fördere, sondern nach allen Kräften hindere, mit folgenden Heuchelworten: „Man in Ernst mit einer Partei zusammenzugehen, von der uns eine tiefe Kluft der Anschauungen trennt, müssen wir hoffentlich ablehnen. Vorbedingung dazu wäre erst eine völlige Umarmung der Sozialdemokratie.“

Welche Prinzipienfestigkeit! Und wie war's denn in Bayern, als sich das Zentrum mit der Sozialdemokratie verband, um die Wahlreform gegen die Liberalen durchzusetzen? Damals griff das Zentrum mit beiden Händen zu, weil es sich dadurch zunächst die Majorität im Landtag sicherte. In Preußen aber fühlt es sich unter dem Dreiklassenwahlrecht als ausschlaggebende Partei und fürchtet in Wirklichkeit das gleiche Wahlrecht wie den Teufel. Deswegen und deswegen allein beruft es sich plötzlich auf Prinzipien, die wirklich beim Zentrum noch nie eine Rolle gespielt haben, wenn es nur sonst auf seine Rechnung kommt und der Förderung der kirchlichen Macht und der agrarischen Interessen gewiß ist.

Wein, das Zentrum wird niemanden mehr täuschen. In der Wahlrechtsfrage gibt kein Wandspien mehr, da muß endlich geppiffen werden. Aber als ein Zeichen für das siegreiche Vordringen des Wahlrechtsgedankens sind die Beteuerungen der „Germania“ allerdings von Wert.

Und dieselbe Anerkennung gebührt auch den Junkern und Merkanten für das famose Arrangement der Schlußsitzung. Ein solch schmählicher Zusammenbruch war ja auch wirklich noch nicht da. Schreibt doch selbst die reaktionäre „Tägliche Rundschau“:

„Ein nicht übermäßiges rühmliches Wirken hat der preussische Landtag heute höchst unruhiglich beschlossen. . . Dieser Kehtaus im Abgeordnetenhaus war in der Tat ein höchst unwürdiges und unerfreuliches Schauspiel; eine Reihe von Versuchen, mit der Minderheit umzuwirken ganz nach dem Willen der Mehrheit unter Unterstützung durch den Präsidenten. Dieses Verhalten der Mehrheit war nicht nur ungerecht, es war einfach töricht. Die moralischen Kosten werden die Konservativen allein zu tragen haben, da es ein Urteil, eine Kritik und eine von ihrem Zeitlämmchen abweichende Meinung bei den ultramontanen Wählern nicht gibt, die ultramontane Fraktion also sich jede Ungerechtigkeit und Torheit ungestraft leisten kann.“

Noch schärfer und treffender lautet die Kritik der „Vossischen Zeitung“:

„Vorgestern eine Post, gestern der Versuch einer Vergewaltigung — so hat die Landtagsession ihr seltsames Ende gefunden. Die Vorgänge, die sich zuguterletzt im Dreiklassenparlament abgespielt haben, sind standalös. Sie sind zugleich eine grelle

Illustration der Behauptung, daß ein schwarz-blauer Blod nicht bestehe. Tatsächlich hat, das erkennt jeder, der Augen hat zu sehen, dieser schwarz-blaue Blod in den letzten Tagen Orgien gefeiert. Auch die Abstimmungen über die einzelnen Teile des Wahlrechtsantrages waren offenbar abgekartetes Spiel. Das konnte man daraus entnehmen, daß eine ganze Menge Zentrumsmänner leer waren, in weiser Voraussicht, für den Fall, daß die Nationalliberalen nach der Ablehnung ihrer Abänderungsvorschläge für den gesamten Antrag der fortschrittlichen Volkspartei stimmen sollten. Dazu ist es nicht gekommen. Aber das Zentrum präsentiert seine Rechnung; umsonst leistet es keine Liebesdienste. Hält es der Rechten bei dem Wahlrecht, so muß ihm die Rechte bei der rheinischen Gemeindeordnung Gegenstände leisten.

Wie lange noch wird sich das Volk diese sogenannte „Vollvertretung“ gefallen lassen? Es war gestern Landtags-Rehrens. Hoffentlich ist die Zeit nicht fern, wo die Wählerkraft Ausschlag halten wird, gründlich und nachdrücklich, die Zeit, wo Korn sich sondern wird von Spreu.

Diesen letzten Worten wird man sicher zustimmen können. Nur bedürfen sie einer kleinen Korrektur. So lange das Dreiklassenwahlrecht besteht, können die Wähler nicht Rehrens halten. Dazu bedarf es der Beseitigung des niederträchtigen Privilegiensystems. Nicht vor den Wahlen zum Dreiklassenlandtag, sondern bei den Wahlen zum Reichstage muß die erste Abrechnung mit den Konservativen und national-liberalen Wahlrechtsfeinden und mit den liberalen Wahlrechtsverrätern vorgenommen werden. Dann aber muß die Massenbewegung der Entrechteten in Preußen dafür sorgen, daß dem Dreiklassenwahlrecht ein Ende bereitet wird. Die Herren im Landtage und die preussische Regierung müssen erfahren, daß das Privilegiensystem unhaltbar geworden ist.

Diese Erfahrung ihnen beizubringen, die Protestbewegung gegen die preussische Infamie immer mehr anschwellen zu lassen, das ist jetzt die wichtigste und dringendste politische Aufgabe. Daß diese Aufgabe Verständnis findet, das werden die Protestversammlungen der nächsten Woche den Herren mit ausreichender Deutlichkeit zum Bewußtsein bringen.

## Die Lords und die Krone.

London, 27. Juni. (Eig. Ber.)

Die Zeremonien der Krönung, die den Adel an seine Vergangenheit erinnern, scheinen verjüngend auf die oppositionellen Lords gewirkt zu haben. An Stelle der unentschiedenen Kritiker der Parlamentsbill finden die Liberalen auf einmal kampfbereite Gegner, die willens zu sein scheinen, das Experiment, das sie im Jahre 1909 mit dem Budget machten, im Jahre 1911 mit der Parlamentsbill zu wiederholen. Einige meinen, die entscheidende Stellungnahme der Lords, die in dem von Lord Lansdowne angekündigten Amendement zur Parlamentsbill zum Ausdruck kommt, sei nur eine Pose; andere glauben, daß den Lords der starke Wein der Krönungsfeierlichkeiten, bei denen sie alle Hauptrollen spielten, in den Kopf gestiegen ist; wiederum andere versichern mit Bestimmtheit, daß die Lords den König, dessen starke konservative Neigungen allgemein bekannt sind, demnach bearbeitet haben, daß er den Liberalen, sollten diese einen Pairsschub planen, um den Widerstand des Oberhauses zu überwinden, nicht willfährig sein wird. Was auch immer an diesen Meinungen und Behauptungen wahr sein mag, sicher ist, daß die Lords gefonnen sind, ein köhnes Spiel zu wagen, bei dem es entweder ihren Tod oder den der liberalen Regierung gilt.

Mit Hilfe Herrn Balfours hat Lord Lansdowne einen äußerst spizen Pfeil geschmiedet, der gerade auf das Herz der Vorlage, die Klausel 2, gerichtet ist. Dies ist der Teil der Parlamentsvorlage, in dem bestimmt wird, daß irgend eine Vorlage allgemeiner Natur, die von den Lords dreimal verworfen worden ist, auch ohne die Zustimmung des Oberhauses Gesetzeskraft erlangen kann. Lord Lansdowne beantragt nun in seinem Abänderungsantrage, daß Vorlagen, die a) die Existenz der Krone oder die protestantische Thronfolge berühren, oder Vorlagen, die b) die Einführung eines nationalen Parlaments, einer Nationalversammlung oder eines Nationalrates mit gesetzgebenden Befugnissen bezwecken, oder Vorlagen, die c) nach der Ansicht eines aus den Vertretern der beiden Kammern gebildeten gemeinschaftlichen Ausschusses Fragen von großer Wichtigkeit betreffen, über die sich die Wählerchaft noch nicht mit genügender Klarheit ausgesprochen hat, nicht, wie in der Klausel 2 vorgesehen ist, dem König nach der dritten Session einfach zur Genehmigung vorgelegt werden sollen, sondern den Wählern in einer noch vom Parlament zu bestimmenden Weise (Referendum) zur Abstimmung unterbreitet werden müssen. Die Frage, ob eine Vorlage unter die Bestimmungen der Paragraphen a und b fällt, soll von dem erwähnten wissenschaftlichen Ausschuss entschieden werden.

Dieser mit raffinierter Schlaueit ausgeflügelte Planantritt unterscheidet sich auffallend von der bisher beobachteten Taktik der Lords, deren stete Betonung der Notwendigkeit einer zweiten Kammer sich etwas plump ausnahm. Gleich mit den ersten Worten des Amendements wird die Krone, der man hange macht, daß die Vollvertretung mit der Parlamentsbill in der Hand sei eines Tages einfach hinwegdekretieren könnte, bei den Haaren in den Streit gezogen. Dann folgt ein sanfter für die protestantischen Eiferer bestimmter Rippenstoß. Und schließlich kommt der gegen die trische Homeride gerichtete Paragraph, der die liberale Regierung an der verwundbarsten Stelle trifft. Denn von allen Punkten des liberalen Programms ist die trische Selbstverwaltung zweifelsohne der am wenigsten populäre. Das Lansdownesche Amendement ist eine direkte Aufforderung an die Regierung, ihren Trumpf, den Pairsschub, die Ernennung von 500 Lords, auszuspielen.

Die ganze Abfassung des Antrages, der sich auf einige wesentliche Punkte beschränkt, weist darauf hin, daß die Lords eine kurze und scharfe Krise heraufbeschwören wollen. Wenn nicht die ganze Operation nichts als ein riesiger Bluff ist, so scheinen sie Grund zur Annahme zu haben, daß Herr Asquith seinen letzten Trumpf entweder nicht auszuspielen will oder nicht auszuspielen kann. Sie rechnen offenbar damit, daß das Kabinett demissionieren und der König Herrn Balfour mit der Regierung beauftragen wird. Daher die diesen Gerüchte über eine nahe bevorstehende Parlamentsauflösung und Neuwahlen im Juli. Gemäß den Zeitungsberichten treffen die konservativen Wahlagenten schon Vorkehrungen für diese Wahlen. Ueber den Ausfall dieser Wahlen herrschen die verschiedensten Ansichten. Ein Teil der Konservativen glaubt oder glaubte bis vor einigen Tagen (man muß sehr behende sein, um die Entwicklung und die schnell wechselnden Ansichten der modernen konservativen Partei verfolgen zu können), daß Neuwahlen an dem Stärkeverhältnis der Parteien wenig ändern würden. Das ist auch die Ansicht der maßgebenden liberalen Blätter. Andere Konservative rechnen mit

der Niedergeschlagenheit, die ein Rückzug Asquiths unter den liberalen Wählern verbreiten würde. Wer mit den Arbeitern in Berührung kommt, kann wahrnehmen, daß man anfängt, sich über den Kampf mit den Lords, bei dem so viel Geräusch gemacht wird und so wenig passiert, zu langweilen. Es besteht die Gefahr, daß bei bald stattfindenden Wahlen, viele Wähler irgend einem Kandidaten ihre Stimme geben werden, nur um der ewigen liberalen Litanei zu entkommen. Die Liberalen legen die offenkundige Teilnahmslosigkeit der Massen in der Weise aus, daß sie erklären, das Volk verhalte sich still, weil es wisse, daß seine Sache in guten Händen sei und triumphieren müsse.

Es ist schwer zu erkennen, welche zugkräftige Wahlparole die Liberalen ausgeben könnten, wenn es den Lords gelingen sollte, die Krone zum Widerstand zu bewegen. Eine republikanische Bewegung existiert in England nirgendwo und es ist auch mehr als zweifelhaft, ob sich die Masse der liberalen Partei zu einer Bewegung gegen die Krone verwenden läßt.

Die nächsten paar Tage werden zeigen, ob sich der englische Liberalismus gegen Adel und Krone und die hinter diesen stehenden imperialistischen und reaktionären Mächte wird behaupten können.

### Der oppositionelle Antrag angenommen.

London, 28. Juni. Oberhaus. Der erste wichtige Abänderungsantrag der Opposition zur Vetobill wurde mit 188 gegen 44 Stimmen angenommen. Dieser Abänderungsantrag setzt einen aus sieben Mitgliedern jedes Hauses bestehenden vereinigten Ausschuss unter dem Vorsitz des Sprechers ein, um zu entscheiden, ob eine Gesetzesvorlage einen rein finanziellen Charakter trägt. Nach der Vetobill sollte diese Frage lediglich durch den Sprecher entschieden werden.

## Politische Uebersicht.

Berlin, den 29. Juni 1911.

### Auf der Strecke geblieben.

Jordan v. Kröcher läßt mitteilen, daß er das Amt eines Präsidenten nicht mehr annehmen werde. Die beschämenden Ereignisse besonders der letzten Sitzung sind für diesen Beschluß mitbestimmend gewesen. Zwar wollen die Konservativen noch versuchen, ihren Kröcher zu halten, aber es ist nicht wahrscheinlich, daß dieses Bemühen Erfolg haben wird. Denn Herr v. Kröcher ist als Präsident völlig unmöglich geworden. Nicht daß ihm gewisse äußere Gaben fehlten. Er war schlagfertig und verfügte über einen gewissen urwüchsigen Humor. Was ihn aber unmöglich macht, ist sein völliger Mangel an Unparteilichkeit und an Gerechtigkeitsinn. Sein Verhalten gegenüber der sozialdemokratischen Fraktion erregte wegen der Brutalität, mit der er seine Nachmittel zur Anwendung brachte, selbst in bürgerlichen Kreisen Unwillen. Und dabei hatte er noch das persönliche Vech, im Kampfe mit unseren Genossen meistens sehr schlecht abzuscheiden. Ramentlich wenn er mit Adolf Hoffmann zusammentraf, zog sein Humor sehr bald den kürzeren und nur die Brutalität blieb übrig. Der Kampf mit der sozialdemokratischen Fraktion hat Herrn von Kröcher vor allem amtsüde gemacht.

Den Rest hat ihm dann sein Verhalten in den letzten beiden Sitzungen gegeben. Schon die Art, wie er die Abstimmung über den Wahlrechtsantrag arrangierte, daß jedes positive Resultat vereitelt werden konnte, war ein Liebesdienst für die Konservativen. Nur die einseitige Parteinahme Kröchers, der darauf ausging, nicht den Willen des Hauses zum Ausdruck kommen zu lassen, sondern das Machtgebot der Konservativen durchzusetzen, ermöglichte dem Herrn v. Heydebrand seine Sabotage. Jeden Schein der Objektivität aber ließ Herr v. Kröcher dann in der Schlussitzung vermissen, als er entgegen den Bestimmungen der Geschäftsordnung, entgegen seiner eigenen, wenige Tage vorher gegebenen Auslegung mit aller Macht eine Festsitzung der Tagesordnung durchsetzen wollte, wie sie den konservativen und liberalen Wünschen entsprach. Da konnten nicht nur die Nationalliberalen, sondern selbst die Freikonservativen mit ihrer Mißbilligung nicht mehr zurückhalten.

So fällt Herr v. Kröcher, der starke Mann, für den die Sozialdemokratie nur das Objekt der Gesetzgebung sein sollte, selbst als Objekt der Angriffe der kleinen sozialdemokratischen Fraktion. Er fällt, weil sein Mangel an Unparteilichkeit ihn zuletzt selbst im Dreiklassenhaus unmöglich gemacht hat.

### Ein Vertrauensvotum für Dr. Rießer.

Der Austritt des Vorsitzenden des Zentralverbandes deutscher Industrieller, des früheren Landrates Rötger, aus dem Hansabund, hat in diesem eine kleine Revolte zur Folge gehabt. Während eine Reihe Vereine und Mitgliedschaften dem Leiter des Hansabundes, dem Geh. Rat Dr. Rießer, ihre Zustimmung und ihr Vertrauen aussprachen, übten andere an der politischen Haltung und Geschäftsführung Rießers mehr oder minder scharfe Kritik, und verschiedene Herrn Rötger wahlverwandte Mitglieder erklärten sogar ebenfalls ihren Austritt. Unter diesen Umständen scheint das Gesamtpräsidium des Hansabundes für nötig befunden zu haben, in einer besonderen Sitzung zu dem Fall Rießer-Rötger Stellung zu nehmen und eine öffentliche Kundgebung zugunsten Rießers zu beschließen. Der einstimmig gefaßte, etwas lang geratene Beschluß hat folgenden Wortlaut:

„Das am 28. Juni 1911 zusammengesetzte Gesamtpräsidium des Hansabundes gibt zunächst seinem Bedauern über den Austritt des Herrn Landrats a. D. Rötger Ausdruck. Zu diesem verantwortungsvollen Schritt war nach einmütiger Ansicht der unterzeichneten Präsidenten und Vizepräsidenten ein Anlaß nicht gegeben. Die Prüfung der Sachlage und des Briefwechsels zwischen Herrn Landrat a. D. Rötger und Herrn Geheimrat Rießer ergibt, daß begründete Zweifel über Inhalt und Tragweite des einstimmigen Präsidialbeschlusses betreffend die Stellungnahme des Hansabundes zu den Wahlen und Stichwahlen nicht bestehen konnten, und zwar sowohl nach dem Wortlaut des Beschlusses, wie nach den seiner Fassung vorausgegangenen Verhandlungen im Gesamtpräsidium. Dieser Beschluß, der mit Ermächtigung des Präsidiums in den „Mittelwahlen“ des Hansabundes vom 24. November 1910 und seitdem wiederholt öffentlich bekannt gemacht worden ist, hat das Prinzip festgestellt, daß der Hansabund die Ausgabe von Stichwahlparolen in allen Fällen den politischen Parteien zu überlassen habe, zu deren ausschließlicher Zuständigkeit sie gehört. Eine wissenschaftliche Vereinigung, welche Mitglieder aller bürgerlichen Parteien umfaßt, darf sich unter keinen Umständen zur Ausgabe von Stichwahlparolen drängen lassen, falls sie nicht ihre Lebensinteressen gefährden will. Eine Ausnahme von diesem Prinzip

zugelassen, ist denn auch, wie hiermit festgestellt wird, seitens des Herrn Landrat a. D. Rötger weder bei der Beschlußfassung selbst, noch in den mehr als sechs Monaten, die seit jenem Präsidialbeschlusse vergangen sind, beantragt worden.

Die von Herrn Rötger beantragte Veröffentlichung des im Anschluß an den Hansatag vorbereiteten Werbeauftrags entspricht zunächst formell dem Recht und der Pflicht des geschäftsführenden Vorsitzenden, und überdies einer ihm durch einstimmigen Präsidialbeschlusse vom 28. September 1910 ausdrücklich erteilten Ermächtigung. Inhaltlich aber enthält dieser Werbeauftrag, der lediglich die Bekämpfung der „einseitigen demagogischen Agitationspolitik“ und die Durchsetzung einer besseren Würdigung der gewerblichen Arbeit zum Gegenstande hat, nicht die geringste Abweichung von dem bis dahin auch von Herrn Landrat a. D. Rötger vertretenen Programm des Hansabundes.

Das Präsidium des Hansabundes ist sich bewußt, seine schärfere nationale Aufgabe, die gemeinsamen Interessen aller Kreise der Industrie und gleichermassen des Handels, des Gewerbes, Handwerks und der Angestellten nach Maßgabe der Satzungen zu vertreten, bisher durchgeführt zu haben, und wird dieser Pflicht bis zur endgültigen Erreichung ihrer Ziele auch in der Folge unbedingte nachkommen.

gez. Dr. Rießer, Rikt, Grafemann, Dr. Stecke, Rik.

Liberaler Blätter sprechen die Zuversicht aus, daß endlich durch diese Kundgebung die Einigkeit im Hansabund wieder hergestellt wird. Eine naive Selbsttäuschung; denn allzu scharf sind die Interessengegensätze in den Reihen der Mitglieder dieses Bundes.

### Der Reichskanzler als Knecht der Konservativen.

Wir berichteten kürzlich, daß der Rittergutsbesitzer v. Egan-Krieger in einer konservativen Versammlung das Verhältnis des deutschen Reichskanzlers zu den Konservativen mit dem eines Knechts zu seinem Herrn verglichen hatte. Herr v. Egan-Krieger sucht jetzt in der „Nstpreuß. Ztg.“ diese Aeußerung folgendermaßen abzuschwächen:

Ich wies die versammelten kleineren Besitzer und ländlichen Arbeiter unter anderem darauf hin, daß für unseren Winkel an sich die Tatsache des Kanzlerwechsels heute von keiner so großen Bedeutung mehr sei. Jedem Bauer wäre in seinem eigenen Betriebe die Hauptfrage, ob sein neuer Vorgesetzter seine Sache gut oder besser mache als sein Vorgänger. In's Politische übertragen interessiere uns heute nur die Frage, wie der derzeitige Kanzler seinen Platz ausfüllt.

Gegenüber dieser Darstellung erklärt der Parteisekretär der fortschrittlichen Volkspartei Dr. F. Heinze in der „Königsberger Hart. Ztg.“:

Herr v. Egan-Krieger-Rodlad hat in seinen durchaus zusammenhanglosen Ausführungen nicht gesagt, daß „für unseren Winkel an sich die Tatsache des Kanzlerwechsels heute von keiner so großen Bedeutung mehr sei“. Vielmehr hat Herr v. Egan-Krieger nach meiner sofort vorgenommenen Aufzeichnung Wort für Wort erklärt: Die Konservativen hätten den Kanzler Bülow gestürzt, wie eben ein Besitzer seinen Knecht wegjage, der nicht mehr das leistete, was man von ihm verlange.“

### „Richter — feile Knechte“.

Wenn Sozialdemokraten mit gutem Grunde das Befehlen einer Klassenjustiz konstatieren, dann ist es gewöhnlich gerade die Zentrumspresse, die sich nicht genug zu tun weiß in stilloscher Entrüstung über die freien sozialdemokratischen Angriffe auf die „absolute Unparteilichkeit“ der deutschen Justiz. Deshalb ist es nicht uninteressant, gelegentlich zu konstatieren, daß auch Zentrumsführer in der Beurteilung dieser deutschen Justiz unter Umständen sehr scharfe Worte finden können. Bei einem kürzlich in Wamsee bei Berlin gefeierten Gastmahl der Zentrumsfraktion äußerte sich nach dem Bericht der ultramontanen „Köln. Volkszeitung“ der Zentrumsadgeordnete Rechtsanwalt Eduard Müller in Koblenz in einem Redebeitrag auf den Kulturkampf über die Rechtsprechung rheinischer Richter wie folgt:

„In der Verfolgung der Priester, Verfolgung der katholischen Presse, Verfolgung des katholischen Volkes, das treu zu seinen Priestern hielt und nur vielleicht einmal seiner Empörung Luft machte oder die aus dem Gefängnis heimkehrenden Priester feilich empfing, folgte Schlag auf Schlag. Viele Jahre hindurch ist nicht eine Woche vergangen, wo ich selber nicht in einem, sondern in mehreren solcher Fälle als Verteidiger vor Gericht fungieren mußte. Ich habe es miterlebt, daß die Justiz ihres hohen Berufes nicht mehr eingedenk war, daß sie selbst die Binde sich von ihren Augen gerissen und viele Richter feile Knechte der Staatsregierung geworden waren.“

So urteilt ein Zentrumsführer über deutsche Richter, wenn deren Urteile sich einmal gegen das Zentrum richten. Heute allerdings, nachdem das Zentrum Regierungspartei geworden ist, hat es sich über schlechte Behandlung durch die deutsche Justiz längst nicht mehr zu beklagen.

### Die Leichenrede als politische Demonstration.

Am 3. November v. J. fand in dem großen Industrieort Deuben bei Dresden das Begräbnis des Beamten des Fabrikarbeiterverbandes, Genossen Werner, statt. Der Verstorbene war Dissident und der Pfarrer hatte nichts am Grabe zu suchen. Der Arbeitersekretär Genosse Renke-Dresden widmete dem Verstorbenen einen kurzen Nachruf. Der das Begräbnis überwachende Polizeiwachmeister griff bei diesem Nachruf in wenig geschickter Weise ein und erregte dadurch den Unwillen der Leidtragenden. Renke bekam dann nach wenigen Tagen einen Strafbefehl, weil er ohne Genehmigung des Pfarrers am Grabe gesprochen habe. Der also Bedachte beantragte richterliche Entscheidung. Das Schöffengericht Döhlen verurteilte ihn. Gegen dieses Urteil wurde Berufung eingelegt, und das Landgericht kam zur Freisprechung, da die allgemeinen Bestimmungen des Reichsvereinsgesetzes das Selbstverwaltungsrecht der Friedhöfe, auf das sich das Schöffengericht bezogen hätte, aufhebe. Der Staatsanwalt beantragte indes Entscheidung des Oberlandesgerichts. Dieses hob den Bescheid auf und verwies die Sache zur nochmaligen Verhandlung an das Landgericht. Man kann gespannt sein, wie der Kampf um die Durchführung des Reichsvereinsgesetzes in Sachsen enden wird.

### Zur Charakteristik der anhaltischen Kirchenordnung.

Vor dem Dessauer Schöffengericht hatte sich am 27. Juni der Pastor Wiehle in Bremen, der verantwortlich für den Inhalt des „Anhalter Volksblattes“, Genosse Schnerl, sowie Parteisekretär G.üntzer und ein Arbeiter Kr. (letztere beiden in Verhüllung) wegen Verleumdung des anhaltischen Konfessionsrats und der anhaltischen Geistlichkeit zu verantworten. Pastor Wiehle war bis zum Jahre 1909 in Dröbel bei Verburg als Geistlicher tätig. Auf die Demissionation des Oberamtmanns Haberland wurde er im Jahre 1909 im „Interesse des Kirchendienstes“ zur Disposition gestellt. Im Januar dieses Jahres jagte sich Haberland im Zustande geistiger Zerrüttung eine Krone durch den Kopf. Im Anschluß an diesen Selbstmord schrieb Wiehle, der inzwischen wieder eine Pastorelle in Bremen angenommen hatte, an den ihm befreundeten Arbeiter Kr. einen Brief, worin er bemerkte, daß er dieses Ende des Haberland vorausgesehen habe. Anzuzweifeln seien aber diejenigen, die Haberland mit Tadel und Ehren überhäufte und seine mögliche Tyrannie gebildet

Hätten. Der Demissionstakt dieses Mannes habe er es zu danken, daß er ohne Verhör durch einen Machtspruch des Konfessoriums zur Disposition gestellt worden sei. Nach der geltenden Kirchenordnung müßten die Geistlichen nach jeder beliebigen Weise tanzen.

Da dieser Brief im „Vollblatt“ teilweise abgedruckt wurde, erfolgte Strafandrohung. Beantwortet wurden gegen Wiehle und Ehnert je 50 Mark Geldstrafe, gegen Günther, der durch Ueberrückung des Briefes an die Redaktion „Beihilfe“ geleistet haben soll, ein Monat Gefängnis und gegen den Arbeiter Kr., der den Brief an Günther übergab, 90 M. Geldstrafe. Verurteilt wurden Wiehle zu 10 M. und Ehnert zu 80 M. Geldstrafe. Günther und Kr. erzielten Freisprechung.

Den Hauptbestandteil der Verhandlung bildete naturgemäß die kritische Beleuchtung der haderländischen Demission und des Vorgehens des Konfessoriums. Dabei erfuhr man auch, weshalb Wiehle, der vierundzwanzig Jahre lang in Anhalt als Geistlicher amtierte, seines Amtes entsetzt worden ist. Man vernehme: Wiehle habe dazu beigetragen, daß bei einer Kirchenratswahl der einflußreiche Oberamtmann Haderland unterlag und an seiner Stelle ein der sozialdemokratischen Gesinnung verdächtiger Arbeiter gewählt worden sei. Er habe die Arbeiterbevölkerung einseitig begünstigt, die „kirchlich-gesinnten Kreise“ dagegen (gemeint sind die Honoratioren des Dorfes) weniger beachtet. Ferner habe er in einem Lokale verkehrt, in welchem sozialdemokratische Versammlungen abgehalten worden seien. Zudem habe er die Sitzungen des Gemeindefiskus nicht mit Gehet eröffnet und diese Sitzungen zum Teil in einem Restaurant abgehalten, wodurch dieselben infolge Biertrinkens und Zigarrenrauchens ihres „weiblichen und religiösen Charakters entleert“ worden seien.

Sicherlich sonderbare Gründe, aber bezeichnend für die anhaltischen Verhältnisse.

### Verlogenheit Beschimpfe.

Unter hiesigen Schimpfwörtern befreit die „Konserbative Korrespondenz“ unsere Behauptung, daß die Konserbative Fraktion dem Zentrum gefolgt hätte, den Landtag in der Sitzung vom 23. Juni beschlußfähig zu machen, um die Feststellung der Tagesordnung dadurch in das Belieben des Präzidenten zu stellen. Was es mit dieser Ablehnung auf sich hat, zeigen folgende Angaben über die Abstimmung, die wir der „Vollzeitung“ entnehmen:

„Zufällig läßt sich für den 23. Juni der altentworfene Beweis erbringen. Es fanden nämlich über die rheinische Landgemeindefürsorge zwei namentliche Abstimmungen an demselben Tage statt. Bei der ersten Abstimmung war das Zentrum noch ziemlich vollzählig; es fehlten nur vierzehn seiner Mitglieder unentschuldig. Dagegen hatte ein erheblicher Teil der Konserbativen die Order anscheinend mißverstanden und blieb bereits — unentschuldig — der Abstimmung fern, nämlich 71, nebst fünf Polen. Kein einziges Mitglied einer anderen Partei ist unter den ohne Entschuldigung fehlenden Abgeordneten verzeichnet. Dann kam die zweite Abstimmung, über den vom Zentrum eingebrachten Bürgermeisterei-Antrag. Und was geschah? Für den Antrag stimmten bloß 47 Mitglieder, darunter die Freisinnigen und die Sozialdemokraten, aber nur 20 Zentrumsmitglieder. Dagegen fehlten jetzt unentschuldig 77 Zentrumsleute, 72 Konserbative und 11 Polen. Sie machten das Haus laut Unruhe beschlußfähig. Die Zahl der unentschuldig fehlenden Mitglieder wuchs von einer zur anderen Abstimmung von 14 auf 77, die der affiliierten Polen von 5 auf 11. Der schwarz-blaue Bloch hatte seine Schuldigkeit getan.“

Das Beschimpfen der „Konserbativen Korrespondenz“ ist also wirklich von einer bemerkenswerten Unvorsichtigkeit.

### Aus einer christlichen Rettungsanstalt.

Der Volksschullehrer und Hausvater Heinrich Kühne von der christlichen Rettungsanstalt in Himmelforten wurde von der Stadt Straßammer, die drei Tage unter völligem Ausschluß der Öffentlichkeit gegen ihn verhandelte, zu 2 1/2 Jahren Gefängnis verurteilt. Der Hausvater hatte sich gegen § 174 vergangen, vermutlich in viel Fällen, da die §§ 73 und 74 herangezogen wurden.

### Stabsarzt und Dursche.

Der Stabsarzt Dr. Kirchbaum von der Kaiser-Wilhelm-Akademie hatte sich Mittwoch vor dem Kriegsgericht der Kommandantur zu Berlin zu verantworten. Die Anklage warf ihm fortgesetzte Verleumdung und vorchristliche Behandlung eines Untergebenen, Mißhandlung und Bedrohung mit dem Verdrehen des Lotzlags vor. Bei dem Angeklagten war der Meistler Treib längere Zeit Dursche. Während der Kompagniezeit dem L. ein vorzügliches Führungsgewissen ausstieß und der Stabsarzt C., bei dem L. früher als Dursche tätig war, bekundet, daß sich der Meistler tadellos geführt, ja sogar durch sein Benehmen die Bewunderung eines Kollegen hervorgerufen habe, behauptete der Angeklagte vor Gericht, daß er mit dem Durschen nicht zufrieden gewesen sei. Dieser sei verlogen, verheißlich und unzuverlässig gewesen. L. dagegen schilderte, wie er von dem Stabsarzt sehr häufig beschimpft worden sei. Bei einer Gelegenheit drohte der Angeklagte dem Durschen mit dem Degen zu bearbeiten. Eines Vormittags schickte der Stabsarzt L. fort, damit er für dreißig Pfennig Kopfsalat holen solle. Es war ihm aufgetragen worden, vier Köpfe zu bringen, doch gab es damals nur drei Köpfe für das Geld. Die Gesellschaftsinhaber ließ ihm schließlich vier, doch einer der Salatköpfe war bereits angefaßt. Als Dr. A. dies bemerkte, forderte er den Durschen auf, den schlechten Salat wieder fortzutragen. Noch ehe er ihn und her sprang der Angeklagte, der gerade am Schreibtisch saß, erregt auf und versetzte dem Durschen einen Stoß vor die Brust. L. rief jetzt: „Aber schlagen lasse ich mich nicht vom Herrn Stabsarzt!“ Er wandte sich nun um und darauf rief ihm der Angeklagte das Seitengewehr aus der Scheide, schickte ihm die Spitze der Waffe gegen die Brust, sahte ihn mit der anderen Hand am Hals und rief erregt: „Ich steche Dich tot. Ich bin im Recht, den Schädel spalte ich Dir!“ Dr. A. warf sodann die Waffe dem Soldaten vor die Füße. Wie Treib angab, hatte er tatsächlich Lehrsüchtel, der Angeklagte werde seine Drohung, falls er, der Zeuge, Widerrede geführe hätte, wahrmachen und ihn erstechen. Der Angeklagte wiederum behauptete, er habe beschrien, Treib, der nebenbei bemerkt, kleiner und schwächer als sein Vorgesetzter ist, habe aggressiv werden wollen, und um dem vorzubeugen, habe er dessen Waffe an sich gerissen. Das Gericht hielt den Angeklagten in allen Punkten der Anklage für überführt. Für die Drohung, die unter Mißbrauch der Dienstwaffe geschah, warf es fünf Tage Gefängnis, für die anderen Vergehen Stubenarrest aus. Die Gesamtsstrafe lautete auf zehn Tage Stubenarrest.

Die zehn Tage Stubenarrest werden dem Herrn Stabsarzt nicht wehe tun. Hätte der Fall umgekehrt gelegen, so hätte der Meistler mindestens 10 Jahre Zuchthaus erhalten.

### Spionageprozeß.

Westen früh 9 Uhr begann vor dem vereinigten Zweiten und Dritten Strafamt des Reichsgerichts der Spionageprozeß gegen den französischen Kapitän Charles Eugène Luy, der am 28. März 1880 in Paris geboren wurde, zuletzt in Velfort lebte und vor einigen Monaten in Friedrichshafen verhaftet worden ist. Die

Verteidigung führen die Rechtsanwälte Dr. Olla und Dr. Hahn aus Leipzig. Die Anklage vertreten Oberstaatsanwalt Streichert und Reichsanwaltsvertreter Dr. Stöber. Erschienen sind 15 Zeugen aus Deutschland und aus der Schweiz, zwei militärische und zwei Schreibfachverständige sowie ein Dolmetscher. Der Eröffnungsbeschluss erklärt den Angeklagten für hinreichend verdächtig eines Verjuchts der Spionage, begangen im Jahre 1910 durch Ausforschen dreier Zeugen. Auf Antrag des Oberstaatsanwalts wurde die Öffentlichkeit für die ganze Dauer der auf zwei Tage berechneten Verhandlung ausgeschlossen. Den Zeugen und sonstigen bei der Verhandlung beteiligten Personen wurde ein Schweigegebot auferlegt.

### Ein militärischer Prachtkerl.

Soldatenaquäler haben bislang immer milde Richter gefunden. Daß es auch weiter so sein wird, beweist ein Urteil des Dresdener Kriegsgerichts. Wegen einer Anzahl Mißhandlungen und Uebergriffe gegen Untergebene hatte sich der Sergeant Beckl vom Husarenregiment Nr. 20 in Waun zu verantworten. Schon während seiner Dienstzeit beim 18. Manenregiment hatte sich der Angeklagte in roher Weise an Soldaten vergangen. Er hat aber auch nach seiner Veretzung in das neue Husarenregiment die Mißhandlungen weiter betrieben und seine Untergebenen bei jeder passenden und unpassenden Gelegenheit geschlagen. Seine Lieblingsbeschäftigung war, die Soldaten während des Stalldienstes zu mißhandeln. Am meisten hatte der Husar Vorstände unter den Hohenheiten des Angeklagten zu leiden. Er wurde mit der Faust in den Rücken geschlagen, erhielt Stöße in die Seite, gegen den Kopf, wurde geohrfeigt und „Schwein“ genannt. Andere Soldaten wurden ins Gesicht und Gesicht geschlagen usw. Endlich bereitete eine Meldung seinem Treiben ein Ende. Vor Gericht spielte er den Unschuldigen. Er will niemals absichtlich geschlagen, sondern die Soldaten „versehentlich berührt“ haben! Stöße habe er nie ausgeteilt, vielmehr die Soldaten höchstens mal „angerammelt“!

Wegen Mißhandlung und „vorchristlicher Behandlung“ in 11 Fällen erhielt der Angeklagte — 4 Wochen mittleren Arrest! Beantwortet war Gefängnis und Degradation.

Dieser Mensch bleibt also „Erzieher der Volkshöhne im Königstod“.

### Die neuen Minister in Frankreich.

Paris, 28. Juni. (Fig. Ver.) Um die politische Physiognomie des neuen Ministeriums einigermaßen zu entziffern, tut man am besten, die Neuerungen der zwei Hauptorgane des Großkapitals zu betrachten. Der „Temps“ hält sich nur mit Mühe von unflug lautem Jubel zurück. „Herr Caillaux hat nicht das große Ministerium aufgebaut, das wir gewünscht hätten. Aber er hat nicht gezögert, die Konzentrationspolitik zu versuchen, die den verschiedenen Parteien repräsentative Elemente entnimmt.“ Wohl bedauert der „Temps“, daß Herr Etienne, sein Brotgeber, der Häuptling der Marokko-Ligue nicht Kriegsminister geworden ist. „Herr Etienne“ meint er, „wäre von der ganzen Armee mit Freude empfangen worden.“ Die Freude wäre bei den einfachen Soldaten, die in Marokko oder gar auf europäischen Kriegsschauplätzen kein Armeelieferungsbedürfnis und keinen Durst nach Geldentum befriedigen wollen, wohl nicht gar so überwältigend gewesen. Aber wenn der „Temps“ in seinen weltpolitischen Wünschen nicht voll befriedigt ist, so nimmt er freudig die Bürgerhaften an, die ihm Caillaux in sozialpolitischer Beziehung bietet. Denn Herr Dumont ist abgetan, als Opfer der eigenen Drohungen, die er gegen die Eisenbahngesellschaften richtete. Sein Nachfolger Augagneur, weiß er zu berichten, hat die Absicht, eine andere Methode einzulagen: „Er wird nicht nur den Zugverkehr auf der Westbahn zu überwachen, sondern auch unter dem Personal der Eisenbahnen jenen Reichsfrieden zur Herrschaft zu bringen haben, der sich nicht durch die „Waffen“, deren sich Herr Dumont, allerdings vergeblich, zu bedienen gedacht hat, nicht erzwingen läßt.“ Weiter erwartet der „Temps“, daß sich Caillaux mit Augagneur wegen der Auslieferung der Vergewerkungskonzeption an die Großkapitalisten ins Einvernehmen gesetzt hat. Und wenn ihn Augagneur, des einstigen sozialistischen Bürgermeisters von Lyon, autoritärer Charakter ein wenig beunruhigt, so erkennt er dankbar an, daß die Persönlichkeit des neuen Kolonialministers Sebrun, eines Schilling der Großindustriellen des Ostens, ein „leichtes Gegengewicht“ gegen ihn bilde. Jetzt erwartet er nur noch die Erklärungen des Ministeriums über die Unterdrückung der Sabotage und die Biedereinsetzung der Eisenbahner.

Weniger zufrieden ist das „Journal des Débats“. Aber immerhin bezeichnet es als „die größte Mühseligkeit“ Caillaux, den Arbeitsminister Paul Boncour, den Verteidiger des unausführbaren Altersversicherungsgesetzes, und den Arbeitsminister Dumont, „den Apologeten der revolutionären Eisenbahner“ verabschiedet zu haben.

Am bezeichnendsten aber ist, daß der „Temps“ vom Proporz, zu dessen eifrigsten Verfechtern er bisher zählte, mit auffälliger Zurückhaltung und das „Journal des Débats“ davon überhaupt nicht spricht. Für eine Rückkehr zur Aggressivpolitik gegen das Proletariat wären sie wohl bereit, den Proporz still einzufahren. Die Freitagssitzung wird zeigen, ob die bürgerlichen Republikaner die Schamlosigkeit haben, ihr Votum vom vorigen Donnerstag zu verraten und eine Deke gegen die organisierte Arbeiterschaft als Ersatz für die Wahlreform in Zahlung zu nehmen.

Paris, 29. Juni. Das neue Ministerium wird morgen sofort nach Abgabe der Regierungserklärung eine lebhafte Debatte zu bestehen haben. Es sind neben anderen folgende Interpellationen angekündigt: Von Caillaux über die allgemeine Politik des Kabinetts, von dem Sozialisten Vedouce über die Maßnahmen zur Wiedereinstellung der entlassenen Eisenbahner, von dem Nationalisten Georges Berry über die Maßnahmen zur Bekämpfung der Lebensmittelpreiserhöhung. Die Frage der Verhältniswahl wird voraussichtlich den Gegenstand einer besonderen Debatte bilden, die sich sehr bewegt gestalten dürfte, da die Anhänger dieses Systems gestern ihre Erklärung, daß sie den Gegnern keine weiteren Zugeständnisse machen wollen, erneuert haben.

### Portugal.

#### Die monarchistischen Umtriebe.

Lissabon, 29. Juni. In der Nationalversammlung erklärte der Minister des Auswärtigen Machado, das Treiben portugiesischer Aufständler in der spanischen Provinz Galicien vermage nicht, die Republik zu gefährden. Er habe volles Vertrauen zur Loyalität Spaniens, er freue sich auch über die Beweise der Achtung, die von den übrigen Nationen Portugal zuteil würden.

### Clרקet

#### Die Lage in Albanien wird ernst.

Skutari, 29. Juni. Alle Beschwichtigungs- und Versöhnungsversuche der türkischen Regierung können als gescheitert bezeichnet werden. Führer der Insurgenten haben in gemeinsamem Räte beschlossen, den Kampf mit vereinten Kräften wieder aufzunehmen. Die Albanesen zerreißen überall die Proklamationen Korçut Paschas, in denen ihnen die Bekannte Verlängerung der Frist für ihre Unterwerfung zugelegt wird.

### Amerika.

#### Der Vertrag mit England.

Washington, 28. Juni. Im Weissen Hause wird mitgeteilt, daß der englisch-amerikanische Schiedsgerichtsvertrag so gut wie abgeschlossen sei.

### Aus der Partei.

#### Eine Staatsaktion.

Auf Veranlassung auswärtiger Behörden wurde in Leipzig beim Verlagsbuchhändler Genossen Mich. Lipinski das Lieberbuch „Singe mit“ beschlagnahmt, weil in dem Lieberbuch das Bundeslied „Die Internationale“ abgedruckt worden ist. Eine frühere im Jahre 1907 erschienene Auflage war beschlagnahmt worden, weil die Lieder „Wet und arbeit“ und „Die Arbeitssänger“ abgedruckt worden waren. In Neuaufgaben wurden die Lieder weggelassen. Nunmehr ist gegen Genossen Lipinski ein Strafverfahren aus § 190 des Reichs-Strafgesetzbuches eingeleitet worden, weil er durch Abdruck der Lieder verschiedene Bevölkerungsklassen zu Gewalttätigkeiten aufgereizt haben soll. Die Lieder sind bisher unbeanstandet öffentlich gesungen worden, namentlich stand die Internationale in den letzten Jahren auf den Programmen vieler öffentlichen Veranstaltungen der Arbeitergesangsvereine, ohne daß der Staat oder die öffentliche Ordnung irgend wie gefährdet worden ist.

Personalien. Als zweiter Arbeitsschreiber für das Sekretariat in Gelsenkirchen wurde Genosse E. Scherber in Kassel gewählt.

#### Polizeiliches, Gerichtliches usw.

##### Abgelehnt.

Die Chemnitzer Staatsanwaltschaft, die vor kurzem die Verurteilung zweier Volksstimmen-Redakteure zu je 1/2 Jahre Gefängnis erreichte, verspürte Lust zu weiteren Vorhaben. Den Anlaß dazu bot ihr ein Artikel, betitelt: „Das neue Sozialistengesetz beschlossen“, der sich gegen die Reichsverfassungsordnung wandte. Es wurde ein Verfahren auf Grund des § 181 Str.-G.-B. eingeleitet und der verantwortliche Redakteur der Chemnitzer „Volksstimme“, Genosse Hermann Müller, vor den Untersuchungsrichter zitiert.

Die ganze Aktion ist jetzt ins Wasser gefallen, denn die zweite Kammer des Chemnitzer Landgerichts lehnte die Einleitung des Hauptverfahrens ab, weil der Artikel nicht eine Verächtlichmachung von Staatseinrichtungen, sondern eine ohne nähere Begründung gelassene „Schmähung“ enthalte.

### Aus Industrie und Handel.

#### Großeinkaufsgenossenschaft österreichischer Konsumvereine.

Die Konsumgenossenschaftsbewegung ist auch in unserem österreichischen Vaterlande in erfreulichem Aufschwunge begriffen. Wie sich aus dem Bericht der Großeinkaufsgenossenschaft österreichischer Konsumvereine ergibt, ist ihr Umsatz im Jahre 1910 gegenüber dem Vorjahre um mehr als 25 Proz. gestiegen. Er betrug im Berichtsjahre 1910 20 682 788 Kronen (19 058 824 Kronen im 1909). Der weitaus größte Teil des Umsatzes entfällt auf die Wiener Verbandsvereine, dann folgen die Konsumvereine des Distriktsverbandes Niederösterreich mit 2 126 385 Kronen Umsatz und jene des westböhmischen Distrikts mit 2 382 345 Kronen Umsatz. Die Verbandsvereine der Alpenländer verzeichneten mit der Großeinkaufsgenossenschaft 1 424 271 Kronen Umsatz. In Wien ist der Bau eines Zentralmagazins trotz der Schwierigkeiten des Wiener Magistrats als Baubehörde soweit vorgeschritten, daß es im Juli d. J. bezogen wird. Eine sehr erhebliche Steigerung weisen die Spareinlagen auf, da sich nicht bloß die Konsumvereine, sondern auch die Gewerkschaften immer mehr daran gewöhnen, ihre überschüssigen Gelder der Großeinkaufsgenossenschaft zu überweisen. Die Steigerung — von 308 873 Kronen im Jahre 1909 auf 800 439 Kronen im Jahre 1910 — beträgt nicht weniger als 163 Proz. Der erzielte Reingewinn in hiesiger Hinsicht im Berichtsjahre auf 75 048 Kronen, ein Ergebnis, das sich sehr günstig gestaltet hat, da die Gesellschaft den größten Teil des Jahres mit einem geringen Eigenkapital arbeiten mußte. Der Reservefonds beträgt 107 643 Kronen, gleich 13,35 Proz. des eingezahlten Stammskapitals.

### Soziales.

#### Ungültigkeit der Erklärung des Gehaltsauschlusses im Krankheitsfalle.

Während die Rechtsprechung in bezug auf die Gültigkeit des Gehaltsauschlusses für den Fall der Erkrankung des Gehilfen bisher außerordentlich inkonstante, scheint sie jetzt eine feierliche Form anzunehmen. Die Jubilatur neigt neuerdings richtigerweise immer mehr zu der Auffassung, daß der vertragliche Ausschluß der Rechte (Anspruch auf Gehalt bis zu sechs Wochen im Krankheitsfalle) unzulässig ist. So erklärte gestern die 2. Kammer des Berliner Kaufmannsgerichts in einem dort verhandelten Falle den vertraglichen Ausschluß des Gehalts für Krankheitszeit für unzulässig, und der Vorsitzende der Kammer hob hervor, daß erst kürzlich das Landgericht als Berufungsinstanz sich auf denselben Standpunkt gestellt habe. In der bemerkenswerten Urteilsbegründung des Kaufmannsgerichts heißt es: Dem klagenden Gehilfen ist trotz der gegenseitigen Vereinbarung mit dem Beklagten das Gehalt für die Zeit seiner Krankheit zuzusprechen, da der in Betracht kommende Vertragspakt nicht als gültig erachtet werden kann. Die Fassung des § 63 ist nach Ansicht des Gerichts zwingender Natur. Das ergibt sich aus der ganzen Tendenz des § 63, die als Schutzvorschrift für den wirtschaftlich Schwächeren anzusehen ist. Das Gesetz kann auch nicht deshalb anders ausgelegt werden, weil Mißbräuche vorkommen. Gegen derartige Mißbräuche kann sich der Kaufmannshand durch Einforderung ärztlicher Atteste und Verurteilung auf Gutachten von Sachverständigen genügend schützen. Aus der ganzen Natur des § 63 und dem öffentlichen Interesse ergibt sich jedenfalls, daß er zwingendes Recht sein soll.

### Jugendbewegung.

#### „Arbeiter-Jugend.“

Aus dem Inhalt der soeben erschienenen Nr. 13 heben wir hervor: Arbeiterjugend, ich grüße Dich! Von Jürgen Brand. — Briefe aus der Fremde. (Fortsetzung.) — Die Revolution in England. Von A. Conrad. (Schluß.) — Die Dampfmaschine. II. Von F. Kautsky. (Illustriert.) — Jugendtag in Hannover. — Hartour der Bielefelder Arbeiterjugend. — Ein Besuch der Kächener freien Jugend bei der hiesigen Arbeiterjugend. — Der Jugendklub für politisch erklärt. — Vom Kriegsschauplatz Köln, Groß-Stollberg, Jey, Görde. — Die Gegner an der Arbeit usw.

Beilage: Die Auswanderer. Erzählung von Emil Grill. — Gottfried August Bürger. (Mit Bild.) — Die Handwerksgehilfen im Mittelalter. (Illustriert.) — Gedichte von Bürger. — Die Schleswig-Holsteinische Arbeiterjugend Dänemarks besucht. Von E. A. Nicol.

# Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

## Der Bauklemperstreik.

Am Dienstag haben zwischen den Vertretern der Arbeitgeber im Bauklemperergewerbe und der Streikleitung von neuem Verhandlungen stattgefunden, und sie haben zu einem Ergebnis geführt, das den Abschluß des Kampfes möglich macht. In der am Mittwoch abgehaltenen Streikerversammlung, die mindestens ebenso zahlreich wie die zu Anfang des Streiks besucht war, berichtete Dietrich, wie die Verhandlungen zustande gekommen sind und was sie ergeben haben. Der Obermeister Mulad hatte den Streikleiter zunächst zu einer persönlichen Besprechung eingeladen, die Dienstagsvormittag stattfand und der dann mittags die Verhandlungen folgten. Die Arbeitgeber erklärten sich nun bereit, den Mindestlohn beim Abschluß des Streiks auf 77 Pf. festzusetzen, und vom 1. Oktober dieses Jahres 78, vom 1. April 1912 79 Pf. zu zahlen. Dafür sollten die Arbeiter etwas mehr Entgegenkommen hinsichtlich der Löhne der Jungausgelernten zeigen, namentlich mit Rücksicht darauf, daß die aus Süddeutschland zureisenden Klemperer nur 3 Jahre gelernt haben. Es wurde dann der Stundenlohn für das erste Jahr nach der Lehrzeit auf 60 Pf., für das zweite auf 62½, für das dritte auf 65 Pf. bemessen. Ein kleines Entgegenkommen zeigten die Arbeitgeber dann noch in der Werkzeugfrage, indem sie sich bereit erklärten, wenn der Arbeiter Werkzeug mit nach Hause nehmen muß, für diese Arbeit einen halben Stundenlohn zu zahlen. Es kommen hierbei nur Hammer, Schere, Reijer, Flachgange und Kolben in Betracht; anderes Werkzeug mitzunehmen ist keiner verpflichtet. Im übrigen soll der neue Tarifvertrag dieselben Bestimmungen enthalten wie sie in dem kurz vor dem Streik gefällten Schiedsspruch des Einigungsamtes aufgeführt sind. Die wichtigste Verbesserung gegenüber dem Schiedsspruch ist die, daß die allgemeinen Mindestlöhne in drei Stufen um je einen Pfennig erhöht sind. Voll befriedigen kann das Ergebnis der Verhandlungen ja die Streikenden keineswegs, wie auch der Referent betonte, jedoch ist die Kommission mit Rücksicht darauf, daß der Kampf nun schon in die achte Woche dauert und auf beiden Seiten Opfer genug gefostet hat, einstimmig zu dem Beschluß gekommen, den Streikenden unter diesen Bedingungen die Wiederaufnahme der Arbeit zu empfehlen, und die Vertrauensmänner haben gegen zwei Stimmen denselben Beschluß gefaßt.

Dem Bericht folgte eine zum Teil recht erregte Debatte. Ein Teil der Streikenden hielt die Zugeständnisse der Meister für viel zu gering, um auf dieser Grundlage den Streik zu beenden; jedoch waren sie in der Minderheit. Die geheime Abstimmung ergab 603 Stimmen für Anerkennung der Vereinbarungen und 188 für Fortsetzung des Streiks. Dieser Beschluß kam jedoch nur unter der Voraussetzung zustande, daß auch die Versammlung der Arbeitgeber die Vereinbarungen gutheißt. Geschieht das, so soll am nächsten Tage der neue Tarifvertrag endgültig festgelegt werden, und am Sonnabend wird eine neue Streikerversammlung über die Beendigung des Streiks beschließen. Lehnen die Arbeitgeber aber die Vereinbarungen ab, so dauert der Kampf fort.

## Tariffbewegung in der Wäschebranche.

Die Arbeiterschaft der Wäschebranche, die Näherinnen, Blätterinnen, Zusämerer und Heimarbeiterinnen, versammelten sich am Mittwochabend in Boelers Lokal, Weberstraße, um zu der Frage der Kündigung der Tarifverträge Stellung zu nehmen. Der Referent C u e, der die Tarifbewegung in der Wäschebranche seit dem Jahre 1906 kritisch beleuchtete, erklärte, daß die alten Verträge in der Praxis kaum noch befolgt werden. Diese Verträge seien zum Teil durch die vielfach veränderte Produktionsweise nicht mehr anwendbar, zum Teil aber von den Fabrikanten willkürlich und zum Schaden der Arbeiterschaft verändert worden. Die alten Verträge müßten abgeschafft werden, denn sie bilden nur noch einen Freibrief für die Unternehmer, die Arbeiterinnen und Arbeiter schamlos auszunutzen. Ein neuer Tarifvertrag müßte unter anderem die folgenden Forderungen berücksichtigen: Die Regelung der Löhne für die Lohn- und für die Akkordarbeiter, die Festsetzung von Anfangslöhnen für die Lohnarbeiter, die Geltung der eingeführten Lohnsätze auch außerhalb der Fabrik, die Verkürzung der Arbeitszeit für die Arbeiterinnen, bessere Einrichtungen in den Arbeitsstätten, freie Lieferung der Materialien, die Regelung der Lehrlingsverhältnisse usw. Der Referent betonte zum Schluß die Notwendigkeit einer starken Organisation, um diese Forderungen mit Nachdruck vertreten zu können. — Die Ausführungen des Redners wurden in der Diskussion lebhaft unterstützt; die Lage der Arbeiterinnen in der Wäschebranche wurde als sehr verwerfungsbedürftig bezeichnet, und einstimmig beschloß die Versammlung die Kündigung der bestehenden Tarifverträge.

In der Porzellanfabrik Teltow wurden vier Dreher gefaßt, weil sie sich weigerten, einen neuen Artikel, für den der Akkordpreis zu niedrig angesetzt war, anzufertigen. Der Arbeiterausschuß, welcher bei der Direktion vorstellig wurde, um sie zu veranlassen, die Kündigung zurückzuziehen, wurde ebenfalls gefaßt. Infolgedessen reichten die übrigen Kollegen einmütig ihre Kündigung ein.

## Deutsches Reich.

### Streik der Mühlenarbeiter.

Düsseldorf, 29. Juni. (Privattelegramm des „Vorwärts“.) Auf der Blangemühle sind 100 Mühlenarbeiter wegen Wahrung der Organisierung in Streik getreten. Zugang ist streng ferngehalten. Arbeiterfreundliche Blätter werden um Weiterverbreitung gebeten. Die Verbandsleitung.

### Der Kampf im Hamburger Holzgewerbe.

Nun dauert der Kampf im Hamburger Tischlergewerbe bereits die fünfzehnte Woche und auch jetzt ist ein Ende desselben noch nicht abzusehen. Mit einer seltenen Erbitterung stehen sich die Parteien gegenüber. Die Arbeiter wissen, was auf dem Spiele steht, deshalb halten sie fest zusammen, Abtrünnige sind fast gar nicht zu verzeichnen. Im Unternehmerlager vermag man sich nicht zu erklären, daß die Streikenden und Ausgesperrten monatelang so treu zusammenhalten. Immer wieder hat man prophezeit, eine große Anzahl der Streikenden ist kampfmüde und immer wieder sieht man sich bitter getäuscht. Jetzt hat man seit 14 Tagen das Gerücht verbreitet, der „Holzarbeiterverband“ ist mit seinem Geld zu Ende. Man wird bald einsehen, daß man auch hier wieder eine falsche Rechnung aufgemacht hat. Der Holzarbeiterverband wird den Kampf unter allen Umständen durchzuführen und wenn er noch Monate dauern sollte, an Geldmitteln fehlt es weder der Haupt- noch der Lokalfasse.

In den letzten Tagen hat sich ein Architekt zur Vermittlung an. Die Arbeitgeber verlangten, daß der Holzarbeiterverband das Umschauen in jeder Form neben dem paritätischen Arbeitsnachweis freigeben sollte. Da die Vertreter der Arbeiter die geforderte Erklärung nicht abgeben konnten, lehnte der Schlichter Verhandlungen ab.

Eine Anzahl maßgebender Firmen haben daraufhin die Forderungen der Arbeiter anerkannt, so daß heute rund 1800 Mann zu den neuen Bedingungen arbeiten. In den Reihen der Unternehmer ruort es ganz gehörig und nur dem schärfsten Terrorismus der Schornsteine war es bisher möglich, die offene Rebellion zu verhindern.

Zugang nach Hamburg ist auch fernerhin streng ferngehalten.

### Streik der Bäcker in Kiel.

Die Bäckergehilfen in Kiel fordern vollständige Beseitigung des Kopf- und Logiswesens im Hause des Arbeitgebers. Für die Hälfte der sämtlichen Kieler Bäckergehilfen war der Kopf- und Logisbeitrag bereits beseitigt. Des weiteren wird ein Mindestlohn von 25 M. pro Woche und die strikte Einhaltung der gesetzlich fest-

gelegten Arbeitszeit von 19 Stunden pro Tag verlangt. Alle weiteren Arbeiten sind als Ueberstunden zu bezahlen, und zwar pro Stunde mit 50 Pf. Als Ersatz für entgangene Sonntagsruhe wird ein Ruhetag in der Woche gefordert, und zwar soll derselbe vererbt gegeben werden, wie ihn das Einigungsamt des Berliner Gewerbegerichts bei der dortigen Bäckerbewegung vorgegeben hat. Trotz dieser bescheidenen Forderungen der Gehilfen lehnte eine Innungsversammlung mit 102 gegen 5 Stimmen jede Verhandlung über diese Forderungen ab. Auf Anfrage des Gewerbegerichts, das von den Gehilfen wegen Vermittlung angegangen wurde, erklärte der Obermeister der Bäckerei, es sei wenig Aussicht vorhanden, daß sie sich zu Verhandlungen vor dem Gewerbegericht herbeilassen würden. Die Gehilfen unterbreiteten dann den Arbeitgebern die Forderungen einzeln und beschloßen in einer Versammlung am Mittwoch, den 28. Juni, in allen denjenigen Betrieben, in denen diese Forderungen nicht bewilligt werden, sofort die Arbeit niederzuliegen. Dieser Beschluß wurde mit 185 gegen 7 Stimmen gefaßt. Es konnten beim Eintritt in den Streik sofort in 48 Bäckereien 157 Gehilfen zu den neuen geforderten Bedingungen weiterarbeiten.

Zugang nach Kiel ist ferngehalten.

### Der Buchbindertarif.

Wie wir gestern schon kurz mitteilten, sind die Verhandlungen über den Dreifachtarif (Leipzig, Berlin und Stuttgart) beendet. Das Ergebnis der Verhandlungen, welche drei Wochen währten, bedeutet einen Erfolg der Arbeiter. Die Arbeitszeit ist auf 52½ Stunden pro Woche festgesetzt. Erhöhungen der Minimallohne für Gehilfen und Arbeiterinnen sind durchgeführt worden. Der außerordentlich umfangreiche Akkordtarif ist einer gründlichen Revision unterzogen und im wesentlichen sind Verbesserungen für fast sämtliche Branchen des Berufes angenommen worden. An dem Tarif sind rund 8500 Arbeiter und Arbeiterinnen der drei Städte interessiert, für die eine durchschnittliche Lohnerhöhung von etwa 10 Proz. eintritt, an der allerdings die verschiedenen Branchen nicht gleichmäßig teilnehmen. Besonderer Wert wurde darauf gelegt, den Wortlaut der verschiedenen Tarifpunkte möglichst zweifelsfrei zu gestalten und auszulegen, um die bisher vielfach zutage getretenen falschen Auslegungen zu beseitigen. Die Arbeitszeitverkürzung nebst Erhöhung der Stundenlöhne tritt am 1. Juli in Kraft, während die Bestimmungen des Akkordtarifes erst am 21. Juli durchgeführt werden können, da die Drucklegung des Gesamtarifes trotz großer Anstrengungen nicht früher beendet werden kann.

### Steinarbeiterstreik im Maintal.

Im Maintal von Elmarn bis Aschaffenburg und einen Teil des badischen Odenwaldes mit erfassend stehen die Steinarbeiter seit März in der Lohnbewegung. Die Unternehmer möchten nur geringe Zugeständnisse, die am 21. Juni von der Bezirksversammlung der Arbeiter verworfen wurden. Die Arbeiterschaft der Gegend hat die Arbeit niedergelegt. Es kommen in Betracht die Orte Reichenhausen, Fachsenbach, Dorpsproleten, Stadtpfoleten, Mondfeld und Umgegend.

## Ausland.

### Der Seemannstreik.

Aus London, 28. Juni, wird uns geschrieben: Nach Southampton-Liverpool. In Liverpool haben die Streikenden bisher ihre größten Erfolge errungen. Die Parole für den eigentlichen Kampf war überhaupt erst für gestern ausgegeben — und heute kann schon über einen vollständigen Sieg berichtet werden. Alle großen Schiffsahrtsgesellschaften haben sich gezwungen gesehen, die Forderungen der Streikenden zu bewilligen. Ja, noch mehr, die Shipping Federation, diese brutale Schornsteiner- und Streikbrecherhandelsorganisation, deren übermächtiges Verhalten den ganzen Konflikt verursacht hat, ist für die Zwecke dieses Kampfes gesprengt. Gestern fand eine Versammlung der der Shipping Federation angehörenden Reeder Liverpool statt, in der nach langer gereizter Debatte der Beschluß gefaßt wurde, allen Reedern die völlige Aktionsfreiheit darüber zurückzugeben, ob sie den Seeleuten Konzessionen machen wollen oder nicht. Die Shipping Federation existiert also bis auf weiteres für sie nicht mehr. Man erwartet, daß nun auch diese Reeder noch im Laufe des heutigen Tages die Forderungen der Arbeiter bewilligen werden. Die Zusammenarbeit der Doder mit den Seeleuten war in Liverpool eine musterhafte.

Am erbittertesten tobt gegenwärtig der Kampf in Hull, wo der Hafenverkehr infolge des Widerstandes der Reeder total stillsteht. Ungeheure Massen von Butter, Eier, Speck, Gemüse und Obst liegen in den seit Sonnabend eingelaufenen Schiffen und können nicht ausgeladen werden. Alle Veruche der Reeder, Streikbrecher zu bekommen, sind bisher erfolglos geblieben. Im Orte herrscht große Erregung, und die Sympathien des Volkes wenden sich ganz den Streikenden zu. Die Lebensmittel-Importeure sind in Verzweiflung; auch sie halten den Streik für durchaus gerechtfertigt und richten die schärfsten Angriffe gegen die schornsteinerischen Reeder. In Manchester hielten die betroffenen Lebensmittelhändler gestern eine große Versammlung ab, in der beschlossen wurde, das folgende Telegramm an den Handelsminister zu senden: „Die heute in Manchester abgehaltene Massenversammlung von Lebensmittel-Großhändlern fordert Sie auf sofortige Maßnahmen zu ergreifen, um die Shipping Federation zu zwingen, dem Grundsatz des Schiedspruchs in diesem Kampfe zuzustimmen, damit die Butter, Speck, Eier und andere verderbliche Waren, die jetzt in Hull zugrunde gehen und von denen 10 Millionen Menschen abhängen, sofort weiter transportiert werden können.“ In Manchester, ebenfalls ein großer Hafen, haben gestern etwa 3000 Doder den Sympathiestreik erklärt, denn heute die anderen folgen werden. In Bristol ist der Kampf so gut wie abgeschlossen, nachdem nicht nur die Seeleute, sondern auch die Kohlenbunkerleute und die Doder ihre Forderungen bewilligt erhielten.

Eine wichtige Wendung wird von der heute in London stattfindenden Versammlung der lokalen Reederverbände erwartet. Nach dem Organ der Shipping Federation, der „Shipping Gazette“, wird dort wahrscheinlich beschlossen werden, daß die Shipping Federation selber offiziell den Seeleuten eine Lohnerhöhung bewilligt. Daß die Shipping Federation vom hohen Kohlen herabsteigen und den Seeleuten ein Kompromiß anbieten muß, ist der größte Triumph der Arbeiter. Gleichzeitig mit dieser Versammlung findet ebenfalls in London eine Konferenz des Transportarbeiterverbandes, der über 100000 Mitglieder zählt, statt, um über ein gemeinsames Vorgehen aller in Betracht kommenden Gewerkschaften zu entscheiden. Ein einstimmiger Beschluß würde den Kampf der Seeleute über alle Mägen stärken. Schon die Ankündigung der Konferenz hat unter den Reedern, die zum erstenmal die Macht der Arbeiter zu spüren bekommen haben, eine wahre Panik hervorgerufen. In London ist der Hafenverkehr fast normal, da ein Schiff nach dem anderen die Forderungen der Arbeiter bewilligt hat.

Grimsbj, 29. Juni. Die hiesigen Hafenarbeiter haben sämtlich die Arbeit auf den Schiffen niedergelegt. Keith, 29. Juni. Die hiesigen Hafenarbeiter haben den Generalstreik erklärt.

Antwerpen, 29. Juni. In einer gestern hier abgehaltenen Versammlung wurde den Reedern ein Ultimatum gestellt und ihnen mit einem Generalausstand der Dodarbeiter und Th. Glode, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdr. u. Verlagsanstalt

Verlader gedroht. Trotzdem glaubt man nicht, daß die Reeder den Forderungen der Streikenden nachgeben werden.

# Kommunales.

## Aus der Stadtverordnetenversammlung.

Der neue Vertrag mit der Straßenbahngesellschaft — das ist der „Friede“! So wurde gestern in der Stadtverordnetenversammlung mit stolzer Genugtuung erklärt, und die Gruppen um Cassel und um Mommsen hätten am liebsten den Abschluß des verheißenen „Friedens“ mit der Großen Berliner Straßenbahn durch schleunige Annahme des vom Magistrat vorgelegten Vertragsentwurfs sofort vollzogen.

Widerspruch erhob die sozialdemokratische Fraktion, die auch in diesem Entwurf eines neuen Vertrages keinen Anlaß sieht, von ihrer grundsätzlichen Stellungnahme gegen alle Monopole privater Verkehrsgesellschaften irgendwie abzuweichen. Was die Gemeinde Berlin zu erwarten hat, wenn der Vertrag angenommen wird, das wurde von unserem Genossen Heimann in einer großen Rede treffend dargelegt. Heimann erkannte an, daß es dem Magistrat gelungen ist, der Straßenbahngesellschaft diesmal manche Vorteile für die Stadt abzurufen. Im übrigen aber zeige sich auch in diesem neuesten Versuch einer Regelung der Beziehungen zwischen Stadt und Straßenbahn nur zu deutlich der schroffe Gegensatz, der zwischen den Interessen einer Kommune und denen einer Erwerbsgesellschaft besteht. Der Stadt Berlin werde nur übrig bleiben, mit ihrer Verkehrspolitik geradezu abzudanken. Unser Redner betonte, daß dem Groß-Berliner Zweverband seine Aufgabe auf dem Gebiete des Verkehrswezens durch einen solchen Vertrag wirklich nicht erleichtert werde. Die sozialdemokratische Fraktion müsse ihn rundweg ablehnen.

Von den Freiständigen äußerte der Stadtverordnete Rosenow Bedenken gegen den Vertragsentwurf, für den auch er trotz aller verlockenden Beigaben sich nicht begeistern könne. Mindestens solle man in einem Ausschuß sich die vom Magistrat vorgelegte Arbeit noch einmal sehr genau ansehen. Dagegen fanden die Stadtverordneten Cassel und Mommsen die Bedingungen des „Friedens“, der jetzt mit der Großen Berliner Straßenbahn geschlossen werden solle, überaus günstig für die Stadt Berlin. Sie sprachen die Erwartung aus, daß der Ausschuß nichts daran ändern werde.

Bürgermeister Reiche tat ein übriges, um die Zustimmung der Versammlung noch zu steigern. Er behauptete, nicht die Straßenbahngesellschaft sei es, die in den langwierigen Verhandlungen mit der Stadt sich Vorbeeren geholt habe. Diese naive Phraserei wird den leitenden Personen der Straßenbahngesellschaft nicht wenig Spaß machen. Die Vorbeeren, die der Magistrat im voraus sich bucht, werden ihnen sehr gleichgültig sein. Sie ziehen den Gewinn vor, den die Straßenbahngesellschaft später einmal davon haben wird.

Der Vertragsentwurf wurde einem Ausschuß überwiesen, der sofort ernannt wurde und schon am Freitag zusammentreten wird. Er will der Versammlung am Montag in einer Extratsitzung seine Beschlüsse vorlegen, über die dann entschieden werden soll. Ausschluß und Versammlung werden Sa und Amen sagen, daran ist leider nicht zu zweifeln.

## Verfassungen.

Die Möbelpolierer nahmen in ihrer Branchenversammlung Stellung zu einer Maßnahme der Unternehmer, die sich als Umgehung des Tarifs kennzeichnen. Vertragmäßig muß den Möbelpolierern seit dem 1. Oktober 1910 eine Lohnzulage von 5 Proz. gewährt werden. Eine Anzahl von Unternehmern umgehen diese Bestimmung dadurch, daß sie vom Arbeitsnachweis — wie der Referent Rigbur ausführte — nur Grundriever verlangen, dann von diesen Polierarbeiten berichten lassen und Polierere entlassen. In der wirtschaftlich schlechten Lage, in der sich die Möbelpolierer augenblicklich befinden, geben fertige Polierer sich dazu hin, Grundrieveradressen zu befehlen und leisten dann auf Verlangen der Unternehmer resp. ihrer Meister Poliererearbeit. Das trägt aber dazu bei, daß die Betroffenen sich und ihre Kollegen schädigen und an der großen Arbeitslosigkeit nichts ändern. In der äußerst regen Diskussion, an welcher auch der Obmann der Schlichtungskommission, Reiche, teilnahm, wurde allgemein das Vorgehen der Unternehmer beurteilt.

Folgende Resolution fand einstimmige Annahme: „Die zahlreich erschienenen Polierer protestieren ganz entschieden gegen die Maßnahmen der Unternehmer, welche an Stelle der Polierer Grundriever einsetzen und dadurch die Löhne drücken. Die Versammelten geloben, diese Maßnahmen illusorisch zu machen, indem sie streng darauf achten, daß kein Grundriever Poliererearbeit verrichtet.“

Darauf fand folgender Antrag die einstimmige Annahme: Die Versammlung gibt der Kontrollkommission die Ermächtigung, gegen die Kollegen, welche gegen den letzten Passus der Resolution verstößen, geeignete Schritte zu unternehmen.

## Letzte Nachrichten.

### Staatliche Monopolisierung der Lebensversicherung in Italien.

Rom, 29. Juni. (B. L. V.) In der Beratung über den Gesetzentwurf erklärte Handelsminister Ritti im Verlauf seiner Rede, der Staat übernehme nicht nur die moralische, sondern auch die gesetzliche Garantie für das nationale Versicherungsinstitut. Das staatliche Monopol stelle keine Lösung des Problems der Altersversorgung der Arbeiter dar, aber die Regierung habe sich zum Ziel gesetzt, den ersten Schritt zur Lösung dieses Problems zu tun. (Beifall.) Zum Schluß wies der Minister auf den Erfolg der Postsparkassen hin und wünschte dem nationalen Versicherungsinstitut den gleichen Erfolg. (Lebhafter Beifall; eine sehr große Anzahl von Abgeordneten begrüßwünschten den Minister.)

### Schwere Eisenbahnkatastrophe in Ostgalizien, zwei Tote und viele Schwerverletzte.

Lemberg, 29. Juni. (B. L. V.) Ueber das schwere Eisenbahnunglück, das sich gestern auf der ostgalizischen Lokalbahn bei Dorozjow ereignete, werden erst heute, da der Telegraphen- und Telefonverkehr gestört war, Einzelheiten bekannt. Danach hat ein Personenzug, nachdem er die Station Dorozjow verlassen hatte, infolge falscher Signalgebung eine Weiche überfahren und war so auf die einseitige Strecke geraten, auf der sich von der entgegengesetzten Seite ein anderer Personenzug näherte. Die beiden Züge waren in schnellster Fahrt begriffen, als sie aufeinander stießen.

### Straßenbahneraustausch in Oporto.

Radriz, 29. Juni. (B. L. V.) Nach Meldungen aus Oporto sind die dortigen Angestellten der elektrischen Straßenbahn in den Streik getreten. Der Verkehr dürfte vollständig eingestellt werden. Die Gemeindeverwaltung will versuchen, den Betrieb der Straßenbahn unter Heranziehung von Geniesoldaten weiter zu führen.

Gaul-Singer & Co., Berlin SW. Dierzu 3 Beilagen u. Unterhaltungsbl.

Achter Kongreß der Gewerkschaften Deutschlands.

Dresden, den 29. Juni.

Im Kampf ums Koalitionsrecht.

Die Diskussion über Dr. Heinemanns Referat füllte die heutige Sitzung voll aus. Der Kongreß hatte den Rednern zu diesem für die Gewerkschaften wichtigsten Thema vom Koalitionsrecht unbeschränkte Redezeit zugewilligt.

Vierter Verhandlungstag.

Die Diskussion über

Koalitionsrecht und Vorentwurf zum Strafgesetzbuch

wird fortgesetzt.

Wohls Berlin (Gemeinde- und Staatsarbeiter und Bediensteten): In der Praxis wird schon jetzt unser Koalitionsrecht nach Möglichkeit eingeschränkt.

Die Stadterverwaltung Kiel hat einen langen Kampf, sogar mit Aussperrung gegen ihre Arbeiter, geführt, nur um sie nicht dem Gewerbegericht zu unterstellen.

Gemeindevertretungen keine Erwerbsunternehmungen

sind und ihre Arbeiter, mit Ausnahme allenfalls der Gas- und Elektrizitätsarbeiter, nicht unter das Gewerbegericht fallen.

Man will uns das Streikrecht nehmen, aber niemand denkt daran, dafür „Ersatz“ zu leisten.

die Arbeiter zu „Beamten“ macht?

(Heiterkeit.) Höhere Löhne werden dabei nicht gezahlt, wie sich in Leipzig, Hamburg usw. erwiesen hat.

Schmidt Berlin (Landarbeiter): Wir stehen unter den reaktionären Landesgesetzen.

bedroht Verabredungen zum Streik mit Gefängnisstrafe.

Ein direktes Koalitionsverbot für die Landarbeiter existiert nicht. Das Landgericht Lissa hat einen Landarbeiter freigesprochen.

Kleines feuilleton.

Ein blinder Dichter. Gleich Milton und Hieronimus Borm gehörte auch der vor einigen Tagen verstorbene dänische Dichter Wilhelm Bergsøe zu den unglücklichen Poeten, denen ein grausames Geschick frühzeitig das Augenlicht geraubt hatte.

Künstliche Wohlgerüche. Meist geben wir uns dem schönen Wahn hin, die süßen, künstlichen Wohlgerüche seien ursprünglich aus den zarten Kelchen bunter, zarter Frühlings- und spünger Sommerblüten geschöpft.

Landarbeiter existieren in Bayern, Mecklenburg, Pommern usw. Aber in Anhalt wird sogar der außer der Landwirtschaft stehende „Ausseher“ von Landarbeitern bestraft.

Im Reichstag sind die Sozialdemokraten immer, auch nicht ohne Erfolg, für volle Koalitionsfreiheit der Landarbeiter eingetreten.

Oberagrarien Dr. Köpcke auf Görzsdorf bei Dahme

in der Mark die Forderung um Erhöhung der Barlöhne (1 M. bezw. 60 Pf. für Frauen und 80 Pf. für Kinder) um 10—20 Pf. stellen, lehnte Köpcke das ab und sagte: Wenn's nicht paßt, der kann gehen!

Paul Müller Berlin (Seemann): Ich will das glänzende Referat Heinemanns nur aus der Praxis ergänzen.

Der Versuch der Sozialdemokraten im Reichstag, das Koalitionsrecht der Seeleute in der Seemannsordnung von 1902 zu sichern,

scheiterte an der Mehrheit und an der Regierung. Jetzt versucht man es mit Radeltischen.

Auch in diesem Jahre haben die Nieder Verabredungen mit der Reichsregierung getroffen, für den Fall eines Seemannsstreiks in diesem Frühjahr Marinemannschaften, ja sogar Referatmannschaften den Rednern zur Verfügung zu stellen.

(Bewegung und lebhaftes Hört! hört!) Wir Seeleute haben alles Verständnis für die Notwendigkeiten des Verkehrs, aber wenn es zu einem Streik käme, wäre die jegliche gewissenlose Entrechtung der Seeleute daran schuld.

Ramens der deutschen Seeleute fordere ich für unsere Väter auf See vollstes Koalitionsrecht, da sie der politischen Rechte ermangeln, namens der deutschen Seeleute stimme ich vollkommen der Resolution zu.

sie betörender und fäher nicht die Futis an den Stufen Allahs un-fäheln können.

In den siebziger Jahren mußte man noch für ein einziges Gramm des sehr lieblich riechenden Vanillin der Vanilleschoten ungefähr ein Goldstück bezahlen, — heute kostet es kaum einen Groschen, da es in bedeutenden Mengen aus Coniferen hergestellt wird.

41 Jahre im Gletscher. Eine interessante Entdeckung wurde kürzlich am Fuße des Wolfen-Gletschers im Chamony-Gebiete gemacht.

Janschel Gladbeck (Bergarbeiter): Unerhört sind die Schikanen, denen man die Bergarbeiter wegen der Ausübung des Koalitionsrechts aussetzt.

Knappschäftsälteste werden gemahregelt, in jedem Revier haben wir die Terroristen sitzen.

Die von den Schornmachern terrorisierten Minister treten nun für ein solches Scharfmachergesetz ein.

Die Diskussion wird abgebrochen. Im Laufe der Sitzung waren die

Vorschläge für die Wahl der Generalkommission

eingereicht worden. Vorgeschlagen sind die bisherigen Mitglieder und außerdem Albin Wohls (Gemeindearbeiter), Konrad Bruhns (Fabrikarbeiter), Theodor Leipart (Holzarbeiter), S. Käppler (Mühlen- und Bauarbeiter), S. G. (Bergarbeiter), Jakobkeit (Maler) und Paula Thiede (Buchdruckerin).

Die Gewerkschaftskommission Belgiens bedauert in einem Telegramm, daß sie sich nicht vertreten lassen konnte.

Gierauf wird die Sitzung geschlossen, da der Kongreß am Nachmittag einen Dampferausflug in die Sächsische Schweiz unternimmt.

Stadtverordneten-Verammlung.

24. Sitzung vom Donnerstag, den 29. Juni 1911, nachmittags 6 Uhr.

Vorsteher Nischel eröffnet die Sitzung nach 5 1/2 Uhr. In den Ausschuss zur Vorberatung der Vorlage wegen der neuen 325-Millionen-Anleihe sind von der soz. Fraktion deputiert Stadtv.

Die Bestätigung der Wiederwahl des Oberbürgermeisters Kirchner ist beim Magistrat eingetroffen.

Abschluss von Verträgen mit der „Großen“ Berliner Straßenbahn, der Westlichen, Südlichen und Nordöstlichen Vorortbahn und der Berlin-Charlottenburger Straßenbahn.

Die Beratung dieser Verträge wird vorweg genommen.

Stadtv. Heumann (Soz.): Ich möchte zunächst unserem Bedauern darüber Ausdruck geben, daß der Oberbürgermeister heute nicht an seinem Plage ist, er der den Verkehrsfragen von Anfang an ja das größte Interesse entgegengebracht hat.

die eine Zeitlang zu haben gewesen wäre, wurde zunächst durch die Sturzhaftigkeit der Stadterverwaltung (Widerpruch und Jurist), dann durch den Haß der Regierung und gewisser Parteien gegen die großen Städte vereitelt.

jener aus elf Personen bestehenden Expedition war, die im September des Jahres 1870 eine Besteigung des Mont Blanc unternommen hatte.

Notizen. Bühnenchronik. Fritz Raffarty wurde für eine Reihe von Rollen vom 1. November ab für das Neue Theater verpflichtet.

Ein Dichterdichter als Minister. Das berühmte Montmartre-Kabarett „Chat Noir“, wo einst der ebenso betriebsame wie schätzbare Rodolphe Salis die Vergügungen der jungen Künstler und Poeten anstaltete, ist jetzt nicht nur — durch Maurice Donnay in der französischen Akademie, sondern auch in der Regierung der Republik vertreten.

Die Memoiren einer Kronprinzessin a. D. Die Gräfin Montignolo, die frühere Kronprinzessin von Sachsen, hat einem Londoner Verleger ihre Erinnerungen verkauft, die zum Herbst erscheinen sollen.

über die Verkehrsrisikore immer lauter wurden, erhob sich auch der Ruf nach Eingemeindung immer stärker wieder. Er fand oben keinen Widerhall, dagegen erschien plötzlich der Plan eines

**Zwangszweckverbandes,**

das betreffende Gesetz ist vor wenigen Tagen verabschiedet worden, und heute sollen wir über eine Verkehrsborlage entscheiden, welche für die nächsten 2 bis 3 Jahrzehnte von ausschlaggebender Bedeutung für das ganze Groß-Berliner Verkehrsweesen sein wird. Wir sind von Anfang an Gegner der großen privaten Monopolgesellschaften gewesen, wir halten die Regelung des Verkehrsweesens in Gemeinschaft mit einer großzügigen Wohnungsreform für eine Hauptaufgabe des Gemeinweesens; heute wird wir für eine Verlängerung des Vertrages mit der „Großen“ womöglich noch weniger als früher zu haben. Gewiß, 23 Millionen bei Abschluß des Vertrages hat auf den Tisch, ist ja auch für Berlin keine Kleinigkeit. Aber wir sind doch hier Gemeindevorsteher von Berlin, und dem Gewinn von 23 Millionen stehen die §§ 5 und 6 des Vergleichs gegenüber, in denen wir im Verkehrsweesen zugunsten der „Großen“ einfach

abdanken.

Wir haben stifer so viel Sozialpatriotismus wie irgend einer hier, nur ist er zuweilen ganz anders geartet (Heiterkeit). Dieser Sozialpatriotismus wird durch die Borlage sehr schwer verlegt. Die Vertreter einer Allianzgesellschaft durften es wagen, die städtischen Unterhändler direkt zu verhöhnen. Als nämlich letztere geltend machten, es würde der Stadt unmöglich werden, eine eigene Verkehrsreform zu betreiben, da antworteten die Herren Arnold und Wiede: „Groß-Berliner Verkehrsreform“, die gibt es nach diesem Vertrage nicht mehr, die wird fortan von der „Großen“ gemacht.“ (Hört! hört!) Dieser empörende Ausdruck beruht nicht etwa auf Größenwahn jener Herren, sondern entspricht leider genau den tatsächlichen Verhältnissen. Werden die §§ 5 und 6 Gesetz, so beherrscht die „Große“ allein die Straßen Berlins in solchem Umfange, mindestens soweit der Verkehr von Osten nach Westen in Frage kommt. Man hat uns schließlich gnädigst die Verbindung der beiden Siemenslinien gestattet; von Westen nach Osten aber ist uns der Verkehr vollkommen abgeschnitten. Angesichts solcher Verhältnisse mühte für Berliner Vertreter die Wage doch in die Höhe gehen, auch wenn 23 Millionen draufstiegen.

**Wo kommen diese 23 Millionen her?**

Selbst die „Große“, die fast alle Bestimmungen des alten Vertrages umzudeuten beifügen gewesen ist, kann nicht bestreiten, daß sie 1919 und den Wert des Vahnkörpers abzugelien haben wird; der macht die 23 Millionen Mark aus, und so erweitert sich dieses Jettatage des Vertrages als eine epische Fäulung. Der Einheitspreis von 10 Pf. ist ja von der Gesellschaft durch die Einführung der Anschlussbetriebe längst durchlöchert. Diese Anschlussbetriebe wurden ermöglicht, indem die Gesellschaft Tochtergesellschaften schuf, die keine selbständige Existenz haben, und mit diesen ihre Anschlussbetriebe vereinbarte. Jetzt sollen wir alle diese 48 Anschlussbetriebe genehmigen, so daß also schon vor 1920 der Einheitspreis aufgehoben

und der neue Tarif an seine Stelle getreten sein wird. Wo bleibt da der Einheitspreis und seine Vorteile? Von 1920 ab soll es der „Große“ gar gestattet sein, bei Strecken über 5 Kilometer 15, über 10 Kilometer 20 Pf. zu nehmen; das bedeutet 2,6 bis 4 Millionen Mark Mehreinnahme. Wenn auch unsere Gewinnbeteiligung sich entsprechend erhöht, so fällt das doch gar nicht ins Gewicht gegenüber der Last, daß diese Tarifänderung für den Verband, wenn er nach 1920 die Bahn erwerben will, eine kapitalisierte Mehrbelastung von 60—100 Millionen Mark (Hört! hört!) ausmacht. Dem Verbands wird durch die Vertragsbedingungen allerdings der Weg zur Uebernahme geebnet, aber es dürfen dabei gewisse Umstände nicht übersehen werden. Die Gesellschaft hat planmäßig die jetzigen verworrenen Zustände geschaffen. Sie hätte, wenn sie loyal verfuhr, mit den Vororten keine Verträge schließen dürfen, die dem Berliner Verträge entgegenstehen; sie hat sich aber darum nicht gekümmert. Erst jetzt, wo der Verband in die Nähe rückt, läßt sie sich zu Zugeständnissen herbei. Diese Zugeständnisse schweben aber in der Luft. Wenn nun die staatliche Genehmigung zum Vertriebe keinem andern als der „Großen“ gegeben wird? Etwas günstiger stehen wir ja dem Staate gegenüber, wenn wir die Bahn besitzen, aber gewonnen ist das Spiel dann auch noch nicht. Einer Aufsichtsbehörde, die hinter dem Rücken der größten Kommune einer privaten Erwerbgesellschaft die Konzession um 80 Jahre verlängert und dadurch die jetzigen Schwierigkeiten mitgeschaffen hat, ist alles zugutrauen. Also das Erwerbsrecht ist nicht allzu hoch zu bewerten. Nach allem, was wir hier erfahren haben, vermögen wir weder zu glauben noch zu hoffen; wir halten die ganzen Vertragsbestimmungen angesichts des Kleinbahngesetzes und seiner Handhabung für illusorisch; werden die alten Schwierigkeiten auch beseitigt, es werden sich neue, größere aufürmen. Darum hat unser verstorbener Freund Singer immer noch den

**Ankauf als die beste Lösung**

hingestellt, obwohl ja auch er eine absolute Sicherheit nicht bietet. Die einzige Lehre, die hier zu ziehen ist, ist, daß die Kommune sich mit privaten Gesellschaften in Verkehrsfragen überhaupt nicht einlassen darf. Wie kann man da nun ein solches Abkommen schließen wollen und noch dazu unmittelbar vor Zutrittstreten des Verbandes? Der Verband ist ein für uns absolut nicht annehmbares Gebilde; er kommt aber und eine seiner Hauptaufgaben ist die Regelung der Verkehrsverhältnisse Groß-Berlins. Mit dieser Borlage erschweren Sie diese Regelung (Widerpruch), es sei denn, daß der Verband das Unternehmen spätestens am 1. Januar 1920 übernimmt. In dem neuen Verträge vermischen wir auch jede Erwähnung der Beamtenpensionskasse; welches sind die Gründe dafür? Ich und auch andere Mitglieder der Verkehrsdeputation hatten erwartet, daß die Regierung Widerspruch gegen das Abkommen erheben würde. Tatsächlich aber ist die Regierung beifried, auf diese Weise aus dem Dilemma herauszukommen, in welches sie durch die Konzessionsverlängerung durch Herrn Thielen gekommen ist. (Zustimmung.) Der Zweckverband ist für die Regierung Nebenfrage, für sie kam es nur darauf an, durch die Zusammenfassung der Gemeinden Groß-Berlins sich einen kaufkräftigen Käufer für die fiskalischen Wälder zu sichern, da sie sie doch nicht mehr alle für Erbauungszwecke zu opfern mocht. In diesem Vergleich wird keine großzügige Groß-Berliner Politik betrieben; wir sollen ja bei den niveaubahnen überhaupt abdanken. Das lehnen wir rundweg ab und bitten Sie, dem Abkommen Ihre Zustimmung zu versagen. (Beifall.)

Stadt. Rosenow (R. L.): Die so eminent bedeutsame Borlage ist uns erst spät am Dienstag zugegangen und hatten wir dafür, daß sie gründlicher Auskühberatung unterworfen werden muß, um dann noch den Ferien in aller Ruhe und Ruhe die übrigen Stadten der Boratung zu durchlaufen. Ich beantrage hiermit die Verweisung an einen Ausküh. Persönlich halte ich an der Ueberzeugung fest, daß die städtische Regie im Verkehrsweesen das prinzipiell Richtige ist, und die Borlage hat mich darin nur noch bestärkt. Leider haben sich die Verhandlungen wegen Erwerbes der Aktien der „Großen“ für die Stadt zerschlagen und statt dessen haben wir den Vertrag bekommen. Die 23 Millionen, die wir bekommen sollen, gleichen unseren Anspruch nicht aus, denn die Gesellschaft selbst schlägt den Wert des Vahnkörpers für 1919 auf 33 Millionen, wir lassen uns also einen Abzug von 4 Proz. infestzinsen gefallen. Müssen wir das? Und brauchen wir ein neues Erwerbsrecht, da wir es doch für 1919 schon besitzen? Bis 1919 könnten wir noch Konkurrenzbahnen bauen; der Vertrag schafft aber schon jetzt ein absolutes Monopolrecht der „Großen“ fast für die ganze Stadt. Wenn die Stadt nur will, wird sie bessere Bedingungen erreichen. (Beifall.)

Stadt. Gassel (R. L.) schließt sich den einleitenden Worten Geimanns betz. den Oberbürgermeister an. Die Notwendigkeit einer Auskühberatung läßt er an sich nicht für gegeben. Er stimmt in dessen der Auskühberatung bei, sehe aber keine Notigung, die Sache bis nach den Ferien zu verschieben und einen Rückverluft von 230 000 P. Betriebszafahren. Der Ausküh solle

vom Vorstande ernannt und sein Bericht von der Versammlung in einer Ertrastzung am Montag entgegengenommen werden. Nebenher sucht dann unter Volkemil gegen Geimann und Rosenow die Einzelheiten des Vertrages, insbesondere das neue Erwerbsrecht, in das bestste Licht zu setzen.

Stadt. Kammlen (Fr. Fr.): Auch wir halten Auskühberatung nicht für durchaus notwendig, da die einzelnen Mitglieder mehr als bei anderen Borlagen über den Fortgang der Verhandlungen auf dem laufenden erhalten worden sind. Das Bedauern über die Abwesenheit des Oberbürgermeisters teilen wir; sie ist auch sachlich zu beklagen, denn wir alle wissen, wie entschieden seine Gegnerschaft gegen das Verfahren der „Großen“ war, und jetzt ist er angesichts der Entwidlung, die die Zweckverbandsidee genommen hat, ein Freund des Vertrages geworden! (Hört! hört!) Besonders glücklich ist die Lösung der Frage des Erwerbsrechts. Die bestehenden Differenzen schafft der Vertrag in glücklicher Weise aus der Welt.

Bürgermeister Dr. Reide: Auch unsere Wünsche begleiten den Oberbürgermeister. Er hat der entscheidenden Magistratsitzung nicht beigewohnt, aber unter die Akten geschrieben, daß er sich aus tatsächlichen Gründen mit der Borlage einverstanden erklären. (Hört! hört!) Der Kampf ums Recht mit der Gesellschaft war notwendig; aber jeder Kampf muß einmal ein Ende haben. Der Wunsch nach Verständigung trat auch in der Bürgererschaft immer deutlicher hervor. Der Ankauf des Unternehmens ist nach den Bestimmungen des Zweckverbandsgesetzes eine präfixe Sache, und was würde bei dem Kauf aus unserem Verhältnis zu den Vororten? Die gleichen Erwägungen sprechen gegen Kauf mit Verpachtung. Es bleibt daher nur die Verlängerung des Vertrages übrig. Zu einer Tarifhöhung wird die Gesellschaft 1920 schon mit Rücksicht auf die dann vorhandene verschärfte Schnellbahnkonkurrenz nicht scheitern. Mit der Beamtenpensionskasse ist alles in Ordnung. Muß ein Ausküh sein, so lassen Sie ihn schnell arbeiten, jeder Tag Verzögerung bedeutet einen Verlust von 2500 M. Das hier vorgelegte Wert wird für die Bürgererschaft nicht nur wohlgefällig, sondern auch wohlätig sein. (Beifall.)

Stadt. Hufien (Soz.-fortschr.): Wir stellen unsere prinzipiellen Bedenken gegen den Vertrag zurück und empfehlen ebenso schleunige wie gründliche Auskühberatung.

Stadt. Goldschmidt (R. L.) bedauert, daß der Ausküh so rasch arbeiten soll; die Borlage bedürfe der abergründlichsten Beratung. Weder die Bürgererschaft noch die Versammlung habe bisher von den Einzelheiten genauere Kenntnis gehabt. Den kleinen Deuten mühte das billige Verkehrsmittel mit dem Einheitspreis erhalten bleiben; dem Arbeiter werde sonst die Freizügigkeit bei der Arbeitssuche erschwert.

Damit schließt die erste Beratung. Der Antrag Rosenow, den Ausküh durch die Abteilungen wählen zu lassen, wird abgelehnt; der Ausküh wird sofort vom Vorstande ernannt. Ihm gehören auch die Stadts. Bruns, Geimann, Hinge und Hoffmann (Soz.) an.

Die zur Entlastung des Verkehrs auf dem Velle-Alliance-Platz und über die Halleische Torbrücke geplanten

**Straßenburchlegungen:**

1. Durchlegung der Charlottenstraße vom Endeplatz nach der Lindenstraße nach Beseitigung der Sternwarte; 2. Festlegung von Fuchslinien für eine neue Straße von der Ecke der Linden- und Hollmannstraße nach der Ecke der Wittschiner- und Alten Jakobstraße; 3. Durchlegung der Sanlwikstraße nach der Horkstraße, sind von dem niedergesetzten Ausküh gezeichnet worden, und zwar Nr. 1 einstimmig, Nr. 2 mit 9 gegen 5, Nr. 3 mit allen gegen 2 Stimmen. Berichterstatter ist Stadt. Liebenow (R. L.).

Wegen die neue Straße unter 2 machen Stadts. Werner und Labowitz (R. L.) Bedenken geltend, da sie keine Verkehrsverbesserung bewirken werde. Sie beantragen Ablehnung der Nr. 2. Stadtbaurat Krause tritt ihnen entgegen, ebenso Stadts. Körte (Fr. Fr.).

Stadt. Siliag (R. L.) erklärt diesen Straßendurchbruch für einen Diebstahl am Portemonnaie der Steuerzahler. (Unruhe.) Die Mehrheit nimmt die Magistratsvorschlüge an. Ueber die Borlage wegen Herstellung eines

Berichts über die Berliner Gemeindeverwaltung für die 5 Jahre 1906—1910 hat ein besonderer Ausküh unter dem Vorsitz des Stadts. Dr. Wehl (Soz.) beraten, der auch als Referent fungiert. Die verlangten 2000 M. sollen bewilligt werden; die dringenden Wünsche nach früherem Erscheinen dieses Berichts wie der Jahresberichte haben sich in folgender einstimmig zur Annahme empfohlenen Resolutton niedergeschlagen:

Gleichzeitig erucht die Versammlung den Magistrat, veranlassen zu wollen, daß die fünfjährigen Verwaltungsberichte, sowie die Jahresberichte über die Gemeindeverwaltung schneller veröffentlicht werden. Zu diesem Zweck möge die Borlage betreffend die Herstellung des fünfjährigen Berichts bereits vor Ablauf des fünfjährigen Zeitraums bei der Versammlung eingebracht werden.

Die Versammlung beschließt ohne Debatte nach den Auskühentwürfen.

Die am 1. Mai in Kraft getretene neue

**Dienstanzweisung für die Schulkommission**

ist der Versammlung im Laufe des April vorgelegt und von ihr einem Ausküh überwiesen worden, der am 20. Juni darüber berieten hat. Obwohl die Anweisung als Verwaltungssache vom Oberbürgermeister am 1. Mai in Kraft gesetzt ist, hat der Ausküh doch einige nachträgliche Änderungen vorgeschlagen, um deren Vornahme der Magistrat ersucht werden soll. Zum Referenten ist der Auskühvorsitzende Stadts. Manasse (Soz.) bestellt. Die Bestimmung, daß der Magistratsinspizient auch bei der Wahl der Kommissionsmitglieder mitzuwirken habe, soll in Wegfall kommen; die Schulkommission soll für die Festlegung von Mitgliederstellen nicht „Vorschläge machen“, sondern „Wünsche äußern“ können; ausnahmsweise sollen Mitglieder und Helferinnen auch in der Nähe (nicht innerhalb) des Bezirks wohnen dürfen; endlich soll ein Passus, der eine Art Befestigung der gewählten Kommissionsmitglieder involviert, geändert werden. Den Antrag, daß in jeder Schulkommission mindestens eine Helferin hinzugezählt werde, hat der Ausküh mit 6 gegen 5 Stimmen abgelehnt.

Stadt. Dr. Rosenfeld (Soz.) spricht namens seiner Fraktion das lebhafteste Bedauern aus, daß der Magistrat mit der Dienstanzweisung wie erwähnt verfahren ist. In der Schuldeputation sei bekanntlich die sozialdemokratische Fraktion nicht vertreten. Im übrigen nimmt er den abgelehnten Antrag wieder auf, damit die Zugiehung von Helferinnen nicht auf dem Papier stehen bleibe.

Der Antrag Rosenfeld wird gegen eine starke Minderheit abgelehnt, die Auskühentwürfe gelangen zur Annahme.

Der Entwurf zum Neubau einer

**Bestuhlungsanlage für die Zentrale in Sud**

ist jetzt in der Auskühberatung einstimmig genehmigt und die Erhöhung der Gesamtkosten von 150 000 auf 340 000 M. zur Bewilligung empfohlen worden. Nach dem Referat des Stadts. Dr. Kuhlmann (Fr. Fr.) beschließt die Versammlung den Auskühentwürfen gemäß.

Mit dem Vorentwurf zum

**Neubau einer Gemeindepfelschule**

in der Sechliner Straße erklärt sich die Versammlung entsprechend dem einstimmigen Antrage des niedergesetzten Auskühes einverstanden.

Der Verkauf einer Teilfläche des

**Gasbehältergrundstücks**

in der Fichtestraße wird vom eingesetzten Ausküh zur Annahme empfohlen.

Stadt. Gwald (Soz.) wiederholt die schon in erster Lesung vorgebrachten Gegengründe. Der gebotene Preis sei viel zu niedrig.

Stadt. Jacobi (R. L.): Das Hauptargument des Kollegen Gwald, daß keine Anliegerbeiträge gezahlt werden sollen, fällt fort, denn es kommen dort solche gar nicht in Frage. Wir halten das Grundstück mit dem Angebot für gut bezahlt.

In demselben Sinne spricht Stadts. Gassel.

Stadt. Gwald: In der Rüllenhoffstraße werden viel feurere Preise bezahlt.

Der Verkauf wird beschloffen.

Der Kaufvertrag, den die Stadt mit dem Besitzer Köder in Lichtenberg wegen Ankaufs von Ländereien zur

**Erweiterung des Wasserwerks Lichtenberg**

abschließen soll, und der Eisenbahnvertrag dieses Herrn mit dem Fiskus, in welchen Vertrag die Stadt eintreten soll, um einen Eisenbahnanschluss für das Werk zu erreichen, sind in dem dafür eingesetzten Ausküh und in einer Subkommission desselben Gegenstand sehr gründlicher Prüfung gewesen. Trotz wiederholter Hinweise des Syndikus Dr. Hirsjorn auf die Unsichtbarkeit von Änderungen des Vertragsentwurfs hat der Ausküh mit 5 gegen 4 Stimmen eine einschneidende, die Ansprüche des Herrn Köder reduzierende Umgestaltung des Kaufvertrages und den Abschluß eines Eisenbahnvertrages direkt mit Herrn Köder in Vorschlag gebracht. Referent ist Stadts. Jden (R. L.).

Der Debatte wird ein Antrag Herzberg (Fr. Fr.) zugrunde gelegt, der die kleinen Zugeständnisse enthält, die Herr Köder noch zu machen geneigt ist. Für diesen Antrag und gegen die Auskühvorschlüge erklären sich Stadts. Giese (R. L.) und Stadts. Herzberg, der den Ausbau der Berliner Wasserwerke für unmöglich erklärt, wenn das Lichtenberger Reservoir nicht vergrößert wird; sonst habe Berlin die Kalamität eines Wassermangels eventuell zu gewärtigen. Stadts. Dr. Paul (R. L.) kann nicht einsehen, weshalb das notwendige größere Reservoir gerade in Lichtenberg gebaut werden soll. Stadts. Sonnenfeld (R. L.) übt an dem Verhalten des Magistrats, der die seit 4 Jahren in Vorbereitung befindliche Borlage so spät vor die Versammlung gebracht habe, und an dem Vertrage selbst scharfe Kritik.

Stadtsyndikus Dr. Hirsjorn weist den Vorwurf der Verschleppung der Borlage als unbegründet zurück.

Stadt. Dr. Gohn (Soz.) hält den Vorwurf der Verschleppung aufrecht, wie auch sonst in dieser Sache sehr saumselig gearbeitet worden sei. Es würde ungewöhnlich töricht sein, für die Zuficherung des Eisenbahnanschlusses nur bis 1950 noch 150 000 M. zu zahlen. Die großen Neubauten der Berliner Konsumgenossenschaft seien auch auf Köderchem Terrain errichtet; das Terrain sei wertvoller und doch billiger erworben worden; hier sehe man den Unterschied zwischen tüchtiger und — magistratlicher Geschäftsführung. (Heiterkeit.)

Bürgermeister Dr. Reide (erregt): Wer zu behaupten mocht, daß im Berliner Magistrat nicht sehr tüchtige Arbeit geleistet wird, sagt entweder etwas Unnahes, um nach außen Einbruch zu machen, oder er kennt unsere Arbeit nicht.

Stadt. Prof. Dr. Kernst (Fr. Fr.) legt dar, daß die Anlegung eines Reservoirs in der Uuhöhe auf die äußersten Schwierigkeiten stoßen würde. Salus publica suprema lex: Volksgesundheit über alles! (Beifall.)

Um 412 Uhr schließt die Generaldiskussion; die Absicht des Referenten, noch ein längeres Schlusswort zu sprechen, wird von der Versammlung mit stürmischen Oho-Rufen aufgenommen.

In der Spezialberatung werden die Auskühentwürfe abgelehnt, und die Borlage mit den von Herrn Köder genehmigten Änderungen angenommen.

Nach 412 Uhr nachts werden die Beratungen abgebrochen. Nächste Sitzung Montag, den 3. Juli, 5 Uhr.

**Jugendbewegung.**

**Ein Freispruch.**

Vor dem Schöffengericht in Hannover hatte sich am Mittwoch der Leiter der am 23. April stattgefundenen Jugendfeier des Jugendauskühes Hannover-Linden, der Expedient Bernhard Kalle in Linden, wegen Uebertretung der §§ 5, 6 und 18 Nr. 2 des Reichsvereinsgesetzes zu verantworten. Nach einem von einem Kriminalschutmann gelieferten Bericht sollte die Veranstaltung einen politischen Charakter getragen und besonders die Festrrede des Gewerkschaftssekretärs Kurt Mey sich in politischem Fahrwasser bewegt haben. Der Angeklagte berief sich auf das ausschließliche Darbietungen erster Künstler und eines Gesangsvereins enthaltende Festprogramm, bestritt aber nicht weiter die Absicht der Leitung, durch die Feier die Jugend den freien Gewerkschaften näher zu bringen. Leheres gab auch Gewerkschaftssekretär May zu, der indessen, entgegen einer Behauptung des Kriminalschutmannes, bestritt, ausdrücklich von bürgerlichen und kirchlichen Organisationen gesprochen und vor diesen gewarnt zu haben. Der Anstwalt hielt die Anklage aufrecht und beantragte die Verurteilung der bereits ergangenen polizeilichen Strafverfügung, beziehungsweise die Verhängung einer Geldstrafe von 15 M., während der Verteidiger für Freisprechung plädierte. Das Schöffengericht hat den Angeklagten kostenlos freigesprochen. In den Urteilsgründen heißt es, dem Bericht sei es nicht zweifelhaft gewesen, daß die Festrrede und überhaupt die ganze Veranstaltung in ihren letzten Zielen und Zwecken politischer Natur waren. Es sei aber nicht erwiesen, daß politische Erörterungen wirklich stattfanden, denn schließlich könnten für diese Feststellung die letzten Zwecke nicht allein maßgebend sein. Die Frage, ob das in der Festrrede zum Ausdruck gekommene Verben einer politischen Erörterung gleich zu erachten sei, habe das Gericht verneint. Die Äußerungen des Festrredners gingen über eine allgemeine Empfehlung der dem Jugendausküh nahestehenden Gewerkschaften und wohl auch der sich diesen anschließenden Partei nicht hinaus, und dies müsse auch von der Warnung vor den anderen Gewerkschaften gesagt werden. Da nach allem diesem von politischen Erörterungen keine Rede sein konnte, habe das Gericht den Strafbeschl aufheben und auf Freisprechung erkennen müssen.

**Soziales.**

**Der Denktettel**

In einem Streitfall vor dem Kaufmannsgericht zu Hamburg war der Mehrhändler Georg Rinne in Hamburg, Mittelstr. 34, Inhaber mehrerer Filialen, auf dem Vergleichsweg verurteilt worden, seinem klagenden Angestellten ein gutes Zeugnis auszustellen. Das erzürnte den Herrn sehr, und es bedurfte erst einer wiederholten Aufforderung, bevor er das Zeugnis wirklich ausshändigte. Am aber schraubte er Rache und schrieb seinem ehemaligen Angestellten folgende Karte:

Hamburg, den 23. Mai 1911.

Indem ich hoffe, daß Sie Ihr Zeugnis jetzt erhalten, werde ich es für meine Pflicht halten, Ihre späteren Chets über Ihren Charakter schriftlich aufzuklären und Ihnen natürlich die beste Auskunft zu erteilen. Sie werden noch an mich denken, alter Freund.

Daß das aber keine leere Drohung war, sondern der Herr Rinne auch die Tat folgen ließ, lehrt eine Auskunft, die dieser Herr vier Tage später wirklich erteilte. Dieselbe lautet wörtlich:

Hamburg, den 27. Mai 1911.

Herrn . . . . . in . . . . .

Auf Ihre gest. Anfrage kann ich Ihnen nur den Rat geben, engagieren Sie jeden andern Menschen, falls Sie sich vor Schaden bewahren wollen, nur diesen J. G. nicht. Solch einen frechen Menschen habe ich noch nicht gekannt. Ich habe ihn wegen Arbeitsverweigerung plötzlich entlassen. Das gute Zeugnis hat mir das Kaufmannsgericht diltiert; dann hat er mich noch nachträglich, als er nicht mehr bei mir in Stellung war, denürrt. Ich glaube, Sie sind über den Herrn jetzt genügend informiert.

Georg Rinne.

So offenbart sich bei Gelegenheit das Unternehmertum, und in solchen Händen ist oft das Schicksal von so und soviel Angehörigen.

### Aus der Frauenbewegung.

#### Kinderschutzhüter und Jugendfürsorge.

Nur langsam bricht der Gedanke der Jugendfürsorge und der Kinderschutzhüter in Österreich Bahn. 1910 wurde das erste Kinderschutzhüteramt in Wien gegründet und diesem folgte im selben Jahre die Kinderschutzhüterin in Böhmen-Ost. Seitdem hat noch keine der deutschen Städte den Versuch unternommen, dem Beispiel dieser Städte zu folgen. In Wien wurde am 1. Juni 1911 eine Berufsvormundschaft geschaffen, die vorübergehend alle Kinder, die der Gemeinde Wien nicht nur vorübergehend unterstellt sind, beaufsichtigen soll. Auch hier werden, wie in Wien, nur die in der Gemeinde zuständigen Kinder und vor allem die unehelichen Kinder berücksichtigt. Das ist schon eine sehr unheilvolle Beschränkung dieser Institutionen. Das größte Kontingent der Bevölkerung wohnt heute ja nicht in der Gemeinde, wohin es zuständig ist. In Wien sowohl wie in Böhmen kommen die Bewohner aus allen Gegenden der Monarchie zusammen und eine Berufsvormundschaft, die nur die zuständigen Kinder unter ihre Obhut nimmt, beschränkt ihren Wirkungsbereich in jeder Beziehung.

In Wien sollen alle Beamten, die mit dieser Berufsvormundschaft zusammenhängen, nur Ehrenämter sein, wodurch sie wiederum eine Beschränkung erfahren. Der angestellte Beamte muß seiner Pflicht ganz anders nachkommen als der freiwillige Mitarbeiter, er kann auch zur Rechenschaft gezogen werden, während der freiwillige Helfer seiner strengen Kontrolle unterliegt.

In ähnlicher Weise will auch Graz seine Wundelpflege regeln. Hier besteht allerdings schon eine Jugendbeschäftigung bei dem Bezirksgericht Graz, die einen Teil der Pflichten erfüllt, die dem Berufsvormund zufallen sollen. Alle Kinder, die keinen Vater haben, werden hier Sammelvormünder zugewiesen, die nun einem städtischen Sammelvormund unterstellt werden, der ein besoldeter städtischer Beamter sein soll.

All diese Versuche sind nichts mehr als Anfänge, die unter den jetzt obwaltenden Umständen noch sehr lange auf einen wirklichen Erfolg warten lassen werden. Die Gemeindevertretungen haben nicht den Mut, größere Geldmittel zur Verfügung zu stellen, weil sie zuviel Geld zu Repräsentationen und anderen unnützen Dingen verpulvern. Das allgemeine Wahlrecht zu den Gemeindevertretungen wäre das beste Mittel, um die Jugendbeschäftigung der Gemeinden zu fördern und die nötigen Mittel dazu flüssig zu machen.

### Aus aller Welt.

#### Der Feldmarschall als Schauspieldirektor.

Aus London wird uns geschrieben: Lord Ritchener hat sich als Direktor des Krönungsschauspiels nicht schlecht blamiert. Seine Hauptpflicht war es, die Statisten, die stämmigste, zahlreichste Volksmenge, zu organisieren und in Schranken zu halten. Es ließ daher als weiserer Mann in allen Straßen, die zum

Krönungsbüch führen, aus mächtigen Balken und Brettern und schweren eisernen Riegeln und Volgen Parzifaden errichten, die mit Toren versehen waren, die geschlossen werden sollten, sobald die inneren Straßen unbedeutend voll wurden. Die Tore schlossen nach außen, so daß eine vortreffliche Vorrichtung getroffen war, nötigenfalls ein paar Tausend Menschen zu Tode zu quetschen. Auf dem Wege, den die königliche Vorleistung nahm, hatte er ferner eine zwölf Kilometer lange Soldatenreihe aufgestellt, die nebst den aufgebauten Volkstanzregimenten den Zweck hatten, die glücklichen Zuschauer, die Westminster erreichten, am Fußhaken zu hindern. Ein Karilloneur zeichnete den Sinn der Musikregel sogleich und zeichnete ein kleines Mädchen, das hinter einem Volkstanz steht und sich dessen reichlich zugemessenen Pöbel anschaut. — Das ist alles, was ich von der Krönung gesehen habe.

Die Londoner waren zuerst über diesen Aufwand von militärischem Scharfsinn verblüfft, dann paktete sie die Wit. So etwas war noch nie dagewesen! Sie wollte man lehren, wie man sich bei einem öffentlichen Umzuge aufzuführen hat? Es gibt wohl keine andere Stadt in der Welt, wo es bei ähnlichen Gelegenheiten so ordentlich und doch so ungezwungen ohne Einmischung der Polizei hergeht. Niemand drängt sich vor; wer den besten Platz erwirbt hat, behält ihn kraft des ungeschriebenen Gesetzes; und auf dem Bürgersteig lassen die Zuschauer stets Platz genug für eilige Fußgänger. Einige Briefe aus dem Publikum, die in der Presse erschienen, ließen erkennen, was man von dieser neuen lokalen-mäßigen Behandlung dachte. Aber die Volkstimmung kam erst deutlich an den beiden Tagen zum Ausdruck, an denen der König durch die Stadt zog. Die Statisten streiften. Die großen Volksmengen, die man erwartet hatte, ließen sich nicht bilden. Nirgends war es gedrängt voll und an vielen Stellen waren so wenig Zuschauer vorhanden, daß die Polizei die Leute verteilen mußte, um dem König die Lächer in der Begeisterung zu verbergen.

Heute nach der Blamage kritisiert natürlich die ganze bürgerliche Presse die Anordnungen, die schon eine Woche vor der Krönung von dem Genossen Lansbury in scharfer Weise beurteilt wurden. Der linksliberale „Star“ schreibt: „Derartige Methoden passen mehr für Rußland oder Indien, und wir bedauern, daß ihre Anwendung zu jenen leeren Stellen bei einem Umzuge geführt hat, bei dem sich das Volk nicht in den Straßen hätte drängen sollen, um seinen König und seine Königin willkommen zu heißen. Es ist schade, daß neulich, als Herr Lansbury im Parlament protestierte, kein anderer Abgeordneter den Mut fand, ihn zu unterstützen — wieder ein schlimmes Zeichen für unsere wachsende Vormundung durch die Luxurianten. Aber die große Masse des Volkes — und besonders die unteren Mittelschichten, an die sich die Arbeiter immer wenden — haben eine Lehre gegeben, die alle „Hochhausbauer“ in Zukunft beherzigen werden.“

#### Deutschland in der Welt voran!

Dem Deutschen Reiche ist Heil widerfahren. Trotz der angestrengten Repräsentationspflichten gelegentlich der Londoner Krönungsfeierlichkeiten hat der deutsche Kronprinz Zeit gefunden, in Rochester an einem Polo-Wettbewerb teilzunehmen. Und siehe da: die Mannhaftigkeit, unter der sich der Kronprinz befand, siegte mit vier zu zwei Toren. Der durch

die wüste Hitze der Südeuropäer in England etwas in Mitleidenschaft gezogene deutsche Name strahlte durch das glänzende Polo-Spiel des deutschen Thronfolgers in neuem Glanze.

#### Der „Kanalfieger“.

Die Begeisterung für den Flugsport hat sich in origineller Weise ein Gannet junger gemacht, der sich am Mittwochmorgen dem Kommandanten von Calais als Abiatischer Legation vorstellte. Der wie ein Fieger gekleidete junge Mann erzählte dem vertrauensvollen Militär, daß er von Calais aus nach London fliegen wolle, um von dort aus an dem europäischen Rundfluge teilzunehmen. Sein Apparat befindet sich in Tourcoing, wo er eine Zwangslandung habe vornehmen müssen. Der Kommandant traf sofort die notwendigen Maßnahmen, um dem Kommando des Publikums zum Start Genüge zu leisten. Truppen wurden zur Absperrung des Fluges kommandiert und der beabsichtigte Flug — öffentlich bekannt gemacht. Zu Ehren des Fliegers gab die Sportkomitee der Stadt ein Frühstück und stellten dem Flieger, der bedauerlicherweise bei der Landung in Tourcoing sein Portomonnaie verloren hatte, ihre Güter zur Verfügung. Schließlich fuhr Legation mit der Bahn nach Tourcoing, um mit seinem Apparat auf dem Luftwege zurückzukehren.

In den Nachmittagsstunden pilgerte Groß und Klein nach dem Landungsplatz, um die Ankunft des Fliegers zu erwarten. Wer nicht kam, war natürlich der „Kanalfieger“, trotzdem eine tausendköpfige Menge bis in die finstere Nacht seiner Ankunft harzte. . . ;

#### Kleine Notizen.

Der Naturheilkundige, vom Schwurgericht in Gera wurde der Naturheilkundige Heinrich Schneider aus Ronneburg wegen Vergehens gegen §§ 218 und 219 des Strafgesetzes zu sechs Jahren Zuchthaus verurteilt. Er hatte sich mit bei ihm lernenden Waisenkinder verhalten und ihnen die Frucht abgetrieben. Tödlicher Unfall auf einem Schießplatz. Bei Schießübungen, die das 4. französische Artillerieregiment mit 40-Millimeter-Geschützen auf der Insel Elba vornahm, platzte ein Kanonenrohr. Zwei Artilleristen wurden tödlich verletzt.

#### Eingegangene Druckschriften.

Käte Ghan. Nieder aus aller Zeit mit Glorreicher oder Kladerbegleitung. Preis 2 M. Verlag und Eigentum des Scharflichter-Verlags in Leipzig.  
Die Besteuerung nach dem Ueberflut. Ein Beitrag zur organischen Neuordnung der direkten Steuern in Preußen. Von Bürgermeister G. Weihenborn. Preis 1,20 M. Verlag von Duncker u. Humblot, Leipzig.  
Zeitliche Musik. Gedichte von Hans Behold. Preis 1,50 M. Verlag von Theodor Diederichs, Wien.  
Kosmopolitismus. Von Sigura Lönnblad. Uebersetzung aus dem Schwedischen. Preis 5,40 M. Verlag von Paulsen u. Buchholdt, Berlin W. 54.  
Galvarian. Das Ethisch-Politische Weltmittel bei psychischen Nervenkrankheiten. Von Oberarzt Dr. Breckler. Preis 1,50 M. Karl Barthold, Verlagshandlung, Halle a. S.  
Dr. R. Lindemann. Die Erde. Eine gemeinverständliche Geologie. Lieferung 6 und 7. Jede Lieferung 80 Pf. Stuttgart, Kosmos, französische Verlagshandlung.  
Dr. Kurt Floerke. Handgärtnerbüchlein. Mit vielen Bildern, Plänen und Tabellen. Preis 1 M., geb. 1,50 M. Französische Verlagshandlung, Stuttgart.

## Todes-Anzeigen

**Sozialdemokratischer Wahlverein**  
für den  
**4. Berliner Reichstags-Wahlkreis.**  
Köpenicker Viertel.  
(Bezirk 307.)  
Den Mitgliedern zur Nachricht,  
daß unsere Genossin  
**Frau Pauline Schulz**  
Gurylestraße 10  
gestorben ist.  
Ehre ihrem Andenken!  
Die Beerdigung findet am  
Freitag, den 30. Juni, in Schwedt  
a. Oder statt.  
219/18 Der Vorstand.

Am Sonntag, den 25. d. Mts., vorunglückte beim  
Baden mein Hausdiener  
**Otto Henze.**  
Ich verliere in ihm einen fleißigen und treuen Arbeiter,  
dem ich ein ehrendes Andenken bewahren werde.  
252/25  
**Firma Felix Landé.**

Hierdurch die traurige Nachricht,  
daß unser Kollege, der  
Hausdiener  
**Otto Henze**  
am Sonntag beim Baden im  
Rüggelsee durch Ertrinken seinen  
Tod fand.  
Wir verlieren in demselben  
einen braven, pflichttreuen Kollegen  
Ehre seinem Andenken!  
Die Kollegen  
der Firma Felix Landé.  
Die Beerdigung findet heute  
Freitag, nachmittags 4 Uhr, von  
der Leichenhalle des Gnaden-  
Kirchhofes, Darsfußstraße, aus statt.

**Verband der Steinsetzer,**  
„**Masterer u. Berufsg. Deutschlands**“  
Filiale Groß-Berlin.  
**Bezirk Rixdorf.**  
Den Mitgliedern die traurige  
Nachricht, daß unser Kollege, der  
Steinsetzer  
**Otto Lüdemann**  
am 28. Juni im Alter von  
31 Jahren verstorben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am  
Sonntag, den 2. Juli, nach-  
mittags 4 Uhr, von der Leichen-  
halle des Richter Gemeindefest-  
hofes, Lützstraße, aus statt.  
Um rege Beteiligung ersucht  
Der Vorstand.

**Verband der Brauerei- und  
Mühlensarbeiter**  
und verwandter  
Berufsgruppen.  
Ortsverwaltung Berlin.  
Den Mitgliedern zur Nachricht,  
daß der Kollege  
**Wilhelm Mogge**  
Maschinenpersonal,  
Schultheiß-Brauerei, Abt. II  
am 27. Juni nach schwerer Krank-  
heit verstorben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am  
Sonntag, den 1. Juli, nach-  
mittags 5 1/2 Uhr, von der Leichen-  
halle des Heilig-Kreuz-Kirchhofes  
in Mariendorf, Eisenweg Str. 62,  
aus statt.  
Rege Beteiligung erwartet  
48/8 Die Ortsverwaltung.

**Dankfagung.**  
Für die innige Teilnahme und die  
zahlreiche Beteiligung bei der Beerdigung  
meines lieben, ungeschicklichen  
Mannes sage ich hiermit allen Be-  
teiligten, insbesondere dem Ausschuss  
Beschäftigter sowie dem Direktor, dem  
Konkorperspersonal und den Kollegen  
der Firma Utermöhle unseren innigsten  
Dank.  
Witwe Ida Behrend nebst Kindern.

**Dankfagung.**  
Für die vielen Beweise herzlicher  
Teilnahme und die zahlreichen Kranz-  
spenden bei der Beerdigung unserer  
lieben Tochter und Schwester  
**Charlotte Tietze**  
sagen wir allen Verwandten und  
Bekanntem sowie dem Arbeiter-  
Gesangsverein Tegel unseren innigsten  
Dank.  
**Familie Tietze.**

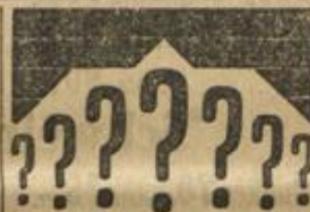
**Dankfagung.**  
Für die vielen Beweise herzlicher  
Teilnahme und Kranzspenden bei der  
Beerdigung meines geliebten Mannes,  
unseres guten Vaters und Bruders,  
des Schlächtermeisters  
**Wilhelm Küster**  
sagen wir hierdurch allen Beteiligten,  
insbesondere den Parteigenossen, unseren  
herzlichsten Dank.  
Die trauernden Hinterbliebenen.

**Dankfagung.**  
Für die liebevolle Teilnahme und  
zahlreichen Kranzspenden bei der Be-  
erdigung unseres lieben Sohnes und  
Bruders, des Schanzwärters  
**Karl Ludewig**  
sagen wir allen Freunden und Be-  
kannnten sowie dem Verbande der  
freien Gast- und Schanzwarte und  
dem Kreisverbanden Nieder-Barnim,  
Bez. Rixdorf, unseren herzlichsten  
Dank.  
Die trauernden Hinterbliebenen.

**Tischler-Verein**  
zu Berlin (C. D. 89).  
Sonnabend, den 1. Juli,  
abends 8 1/2 Uhr, Melchiorstr. 15:  
**Versammlung.**  
Vereinsangelegenheiten. — Kundgabe  
des Beschlusses zu der am 9. Juli nach  
Sachsenhausen am Dämmerlichte statt-  
findenden Dampfperle mit Musik  
zu Anwesenheitsleistungen. Güte wil-  
kommen.  
Der Vorstand.

**Reste**  
Damenstiche, schwarze und  
farbig, Kostüm-Stoffe, Seiden-  
Muslin, Trikots-Stoffe, Seiden-  
Plüsch, Sammet, Seide etc.  
**Konfektion**  
Paletots, Jackets, Regen-  
mäntel, Kostüm und Kostüm-  
röcke in grosser Auswahl.  
**C. PELZ**  
Kottbusstraße 5.

**Kasseler 80 Pf.**  
ohne Knochen —  
auch bei einzelnen Stunden 2500b  
**Fett ohne**  
**2 Pfd. 95 Pf., 6 Pfd. 2.80.**  
Verband nach auswärts 55 Pf. franco.  
Zu Partien und Reise empfehle:  
unser beliebte rote Polnische 90 Pf.  
u. Hohenzollerwurst 1.10  
F. Nietsch, Wilhelmstr. 109-110.



**Die Frage:**  
„Wo?“  
kaufe ich Möbel,  
Spiegel, Poisterwa-  
ren, Teppiche etc.

am vorteilhaftesten?  
kann nur richtig be-  
antwortet werden  
nach einem Besuch  
meiner vielseitigen  
Ausstellungen

Billigste Kassapreise  
auch bei  
Teilzahlungen!  
Dabei weitgehende  
Garantie für Qualität

Wer?  
bietet Ihnen das?  
Nur  
das Möbel-Magazin  
**Otto Piehl!**  
BERLIN N  
Brunnenstr. 120.

**Teilzahlung**  
Wöchentlich nur 1 Mark  
Herrn- und Damen-Uhren,  
Ketten, Frischwinger, Gram-  
mephons, Mandolinen, Geigen,  
Teppiche, Stühle und Tisch-  
decken, Silber, Fahrrad etc.  
F. Nietsch, Wilhelmstr. 109-110.  
Jahre & Köpfig, 60b 99-112217 14

**Pollmanns**  
**Bandagen**  
Geschäft, nebst Artikel zur  
Gesundheits- u. Krankenpflege,  
Verbandstoffe, Gummwaren etc.  
Berlin N., Lothringers Str. 60.  
Lieferant für Krankenkassen  
Eigene Werkstatt.

**Dr. Simmel**  
Spezial-Arzt  
für Haut- und Harnleiden.  
dicht am  
Prinzenstr. 41, Moritzplatz,  
10-2, 5-7, Sonntags 10-12, 2-4

**Zeitungs-Ausgabe bestellen**  
und Inseraten-Aannahme.

Zentrum: Albert Gahnisch, Auguststr. 50, Eingang Kochstr. 1.  
2. Wahlkreis, W.: Gust Schmitt, Kirchhofstr. 14, Hochparterre.  
S. und SW.: Hermann Berner, Oranienstr. 72.  
3. Wahlkreis: St. Fris, Prinzenstr. 31, Hof rechts part.  
4. Wahlkreis: Hrn: Robert Wengels, Gr. Frankfurterstr. 120.  
— Richard Habelbusch, Weichselbörnerplatz 4 (Baden).  
5. Wahlkreis, S. d. Osten: Paul Böhm, Kaufherplatz 14/15.  
6. Wahlkreis: Leo Buch, Jannemannstr. 12 (Hof).  
Wedding: Karl Heide Kahl, Rognersbörnerstr. 49.  
Rosenthaler und Oranienburger Vorstadt: Wilhelm  
Baumann, Bernauerstr. 9, vom part.  
Gendarmenbrunn: F. Trapp, Steinfelderstr. 10.  
Schönhauser Vorstadt: Karl Bars, Vogelenstr. 123.  
Adlershof: Karl Schwarzkopf, Hoffmannstr. 9.  
Alt-Glienicker: Wilhelm Darré, Rudowstr. 33 II.  
Baumschulenweg: D. Hornig, Moritzbörnerstr. 13, I.  
Bernau, Röntgenstr., Zepernick, Schönau und Schön-  
brück: Helmuth Prose, Döberstr. 74, part.  
Biesdorf: Leopold Peters, Döberstr. 38.  
Bohnsdorf und Falkenberg: Alois Lauf, Bohnsdorf, Ge-  
nosenschaftshaus „Paradies“.  
Charlottenburg: Gustav Scharnberg, Erlenheimerstr. 1  
Eichwalde, Zenthen, Hirsdorf und Hankels Ablage:  
Dietrich, Glienicker, Stubenrauchstr. 59.  
Erkner: Ernst Hoffmann, Fritzbirgshäger Chaussee.  
Friedenau-Petershagen: E. Heibarts, Petershagen.  
Friedenau-Steglitz-Südende-Gr.-Lichterfelde-Lank-  
witz: D. Berner, Altemstr. 5 in Steglitz.  
Friedrichshagen: Ernst Bertram, Köpenicker Straße 13.  
Grünau: Franz Klein, Friedrichstr. 10.  
Johannisthal: Giedde, Kaiser-Wilhelm-Platz 6.  
Karlshorst: Richard Häler, Köpenickerstr. 9, II.  
Königs-Wusterhausen: Friedrich Baumann, Bahnhofstr. 13.  
Köpenick: Emil Hühner, Köpenickerstr. 6, Baden.  
Lichtenberg, Friedrichsfelde, Hohenschönhausen:  
Otto Seiffel, Kronprinzstr. 4, I.  
Mahlisdorf, Kaulsdorf: Scheide, Mahlisdorf, Waldseeufer 14.  
Mariendorf: August Reip, Chaussee 296, Hof.  
Marienfelde: Emil Weizner, Döberstr. 14.  
Neuenhagen: Johann Häufiger, Wollersdorf.  
Nieder-Schöneweide: Ray Friebe, Köpenickerstr. 14 II.  
Nowawes: Wilhelm Rappé, Friedrichstr. 7.  
Ober-Schöneweide: Alfred Bader, Wilhelmminnenhofstr. 17 II.  
Pankow-Niederschönhausen: Rihmann, Wollersdorf 30.  
Reinickendorf-Ost, Wilhelmshagen und Schönholz:  
G. Gursch, Köpenickerstr. 55, Baden.  
Rixdorf: W. Heinrich, Köpenickerstr. 2, im Laden; Rühr, Steglitz-  
str. 29/30.  
Rummelsburg, Boxhagen: A. Rosenfranz, Wollersdorf 55.  
Schöneberg: Wilhelm Baumann, Martin Lutherstr. 69, im Laden.  
Spandau, Nonnendamm, Staaken, Seefeld und  
Falkenhagen: Köppen, Breitenstr. 64.  
Tegel, Borsigwalde, Wittenau, Waldmannslust,  
Hermesdorf und Reinickendorf-West: Paul Riens, Borsigwalde, Rüdigerstr. 10.  
Teltow: Wilhelm Dönau, Teltow, Berliner Str. 16.  
Tempelhof: Albert Zitel, Berliner Straße 41/42.  
Treptow: Rob. Gramann, Rüdigerstr. 412, Baden.  
Weißensee: R. Hübnermann, Sedowstr. 105, dattere.  
Wilmerdorf-Halensee-Schmargendorf: Paul Schuber, Wilmersdorf 23.  
Sämtliche Parteiliteratur sowie alle wissenschaftlichen Werke werden geliefert.



Zur Vermeidung von Verwechslungen: Die Firma **A. Wertheim** unterhält in Berlin nur diese 3 Geschäfte

# A. Wertheim

G. m. b. H.

Versand-Abteilung Berlin W. 66 Leipzigerstr. 132/37. Bei Briefen ist genaue Adresse erforderlich.



Rosenthaler Str. Leipziger Strasse 132-37 Oranien Strasse

Freitag und Sonnabend soweit vorhanden

## Preiswerte Lebensmittel

Die mit \* versehenen Artikel sind von der Zusendung ausgeschlossen.

**Jagd- und Manöver-Konserven** (bürgerl. Küche) Dose ca. 1 Pfd. **68 Pf.**  
**Echte Halberst. Würstchen** 75 Pf. in Dosen von 4 u. 6 Paar . . Dose  
**Einmache-Essig** in Flaschen à Su. 10 Ltr. Ltr. **22 Pf.**

\***Bananen** . . . . . Pfd. **18 Pf.**  
 \***Garten-Erdbeeren** . . Pfd. **23 Pf.**  
 \***Schwarze Kirschen** . Pfd. **10 Pf.**  
 \***Melonen** (Cantaloupe) . . Pfd. **33 Pf.**  
 \***Pfirsiche** Pfd. **45**, Kiste 12 Stück **80 Pf.**  
 \***Neue Kartoffeln** . . 3 Pfd. **20 Pf.**  
 \***Wirsingkohl** . . . . . Kopf **6, 14 Pf.**  
 \***Fr. grüne Gurken** **5, 10, 15 Pf.**  
 \***Einlege-Gurken** . . . . . Mdl. **48 Pf.**  
 \***Wachsbohnen** . . . . . Pfd. **10 Pf.**  
 \***Tomaten** . . . . . Pfd. **20 Pf.**  
 \***Schoten** . . . . . Pfd. **10 Pf.**  
 \***Karotten** . . . . . 3 Bund **10 Pf.**

\***Ahlbecker Fludern** 3 Stück **25**, Pfund **40 Pf.**  
 \***Kieler Fludern** Pfund **25** und **40 Pf.**  
 \***Geräuch. Aale** Pfd. **1.10**, Bund **36 Pf.**  
 \***Neue saure Gurken** Stück **10 Pf.**  
 \***Neue Matjes-Heringe** 3 Stück **25 Pf.**

\***Kassel. Rippespeer** Pfund **75 bis 90 Pf.**

\***Rehwild**  
 Keule Rücken Blätter  
 4.50 bis 8 Mk. 7 bis 10 Mk. 1.50 bis 2.50

**Rollschinken** ca. 6-10 Pfund schwer . . . . . **1.25**  
**Landschinken** ca. 7-10 Pfund schwer . . . . . **1.15**  
**Mausschinken** ca. 2 1/2-3 Pfund schwer . . . . . **1.15**  
**Schinkenspeck** in Stücken von 1/2 bis 4 Pfund . Pfd. **95 Pf.**  
**Zervelat- u. Salamiwurst** Pfd. **1.20**  
**Bauernmettwurst** m. Knoblauch Pfund **1.00**  
 \***Teewurst** . . . . . Pfund **1.10**

**Echte Braunschweig. Zervelatwurst** im Feldern Pfund **1.40**  
**Harte Thüringer Zervelat- und Salamiwurst** . . Pfund **1.70**

Nur Leipziger und Rosenthaler Strasse:

### \*Rindfleisch

**Schmorfleisch** . . . . . Pfd. **95 Pf.**  
**Brust u. Gulaschfleisch** Pfd. **70 Pf.**  
**Querrippe** . . . . . Pfd. **65 Pf.**  
**Gehacktes Fleisch** . . Pfd. **60 Pf.**  
**Talg** . Pfd. **45**, ausgelassen **55 Pf.**  
**Pökeltzunge** . . Pfd. **1.35, 1.50**  
**Pökelfeist** . . . . . Pfd. **90 Pf.**

### \*Schweinefleisch

**Frischer Schinken** 70, geteilt **75 Pf.**  
**Kamm und Schuft** 70, geteilt **75 Pf.**  
**Frisches Rippespeer** . Pfd. **90 Pf.**

### \*Kalbfleisch

**Kalbskeule** Pfd. **90 Pf.**, geteilt **1.00**  
**Kalbsrücken** Pfd. **80**, geteilt **90 Pf.**  
**Kalbskotelette** . . . . . Pfd. **1.10**  
**Kalbsbrust** Pfd. **80**, -Spitze **90 Pf.**  
**Kamm u. Bug** Pfd. **65**, geteilt **75 Pf.**  
**Hammelkeule** Pfd. **80**, geteilt **85 Pf.**

### \*Fische

**Kabeljau** in ganz. Fischen **8 Pf.** **Seelachs** **7 Pf.**  
**Schellfisch** . . . . . Pfund **11 Pf.**  
**Rotzungen** . . . . . Pfund **9 Pf.**  
**Grosse Schollen** . . . . . Pfund **10 Pf.**  
**Bratschollen** . . . . . Pfund **8 Pf.**  
**Krebse** Mdl. **30 Pf.** bis **4.00**, **Solokrebse** Stck. **50, 75 Pf.**  
**Grosse Heilbutten** in ganzen Fischen, ohne Kopf Pfund **35**, ausgeschnitten **40 Pf.**  
**Lebende Aale** . . Pfd. **75** u. **85 Pf.**  
**Lebende Schleie** . . . . . Pfd. **88 Pf.**  
**Lebende Hechte** **88**, **Karasschen** **75 Pf.**

\***Jagdwurst** . . . . . Pfund **90 Pf.**  
 \***Rotwurst** . . . . . Pfund **45, 70 Pf.**  
**Frankfurter Würstchen**  
 Dose **85 Pf.**, 5 Paar **1.40**, 10 Paar **2.50**  
 Dose 6 Paar **12 Paar**  
**Delikatess-Würstchen** **80 Pf.** **1.50**  
**Prager Schinken** in Dosen, tafelfertig, s. Warmmachen, ca. 6-9 Pfund schwer . . Pfund **1.40**

In Raffinade eingekocht  
**Himbeer u. Kirschsafft** 1/4 Fl. **85 Pf.**  
**Johannisbeersafft** . . 1/4 Fl. **85 Pf.**  
**Zitronensaft** . . . . . 1/4 Fl. **95 Pf.**  
**Erdbeersafft** . . . . . 1/4 Fl. **1.00**  
**Ananassaft** . . . . . 1/4 Fl. **1.25**  
**Grenadine** . . . . . 1/4 Fl. **1.60**  
**Zitronen-Most** mit Ameisensäure konserviert . . . . . 1/4 Fl. **1.40**  
**Natürlicher Zitronensaft** mit Alkohol konserviert . . 1/4 Fl. **1.00**  
**Apfelsaft** naturrein, alkoholfrei . . . . . 1/4 Fl. **60 Pf.**

**Globus-Bouillon-Würfel**  
 Inhalt 10 20 50 100 500 Stck  
 1.28 54 Pf. 1.35 2.50 12.00

**Kochbutter** . . Pfund **1.00, 1.10\***  
**Tischbutter** . . . . . Pfund **1.15\***  
**Holstein-Tafelbutter** Paket ca. 90 Stück 1/3 Pfund **63 Pf.\***  
**Emmentaler Käse** . . Pfund **1.10\***  
**Harzer Käse** Kiste ca. 90 Stück **1.35\***  
**Schweizer** Pfd. **80**, **Tilsiter** **58 Pf.\***  
**Limburger** Pfd. **60**, **Romalour** Stück **25 Pf.\***  
**Steinbüscher** Pfd. **85**, **Camembert** 2 St. **35 Pf.\***  
**Spitzkäse** 3 St. **20**, **Faustkäse** 3 St. **20 Pf.\***  
**Bratenschmalz** . . . . . Pfund **55 Pf.\***

**Junge Gänse \***  
 Pfund **55, 65, 75 Pf.**  
 Enten . . . . . **2.00, 3.00\***  
 Hühner zu billigsten Preisen. \*

### Verkäufe.

**Teppiche!** (sehr haltbar) in allen Größen, fast für die Hälfte des Wertes Teppichlager Brünn, Hofischer Markt 4, Bahnhofstraße 109, Teppichhaus Conrad Fischer, Vorwärtsstraße 158.

**Grundbesitzer** der Politik, von Friedrich Stampfer, Schubert 3 III, Buchhandlung Vorwärts, Lindenstraße 69 (Laden).

**Verkauf** 6 Wandelbühnen, Selbstverständlich bezogenster Wareneinfuhr, Kierbilligste Zerkettung, Gebrochene, Sommerpaletts, Herrenhosen, Nierenauswahl, Brautbetten, Vermietungsbett, Laubbetten, Wäscheauswahl, Gardinenauswahl, Teppichauswahl, Steppdecken, Vinschiffdecken, Goldschalen, Tischdecken, Wandbühnen, Warenverkauf ebenfalls Sonntag.

**Vorwärts** erhalten fünf Grosen Extrarabatt, nicht bei Gelegenheitskäufen, Teppich-Thomas, Teppiche, farblich haltbar, spottbillig.

**Schlafdecken** 1.15, Schürtblatt 2.50, Steppdecken 3.75.  
**Teppich-Thomas**, Oranienstraße 160, Oranienplatz; Rosenfelderstraße 54.  
**Gutsmilch**, haltbar, fettreich, hat dauernd abzugeben, sofort oder später Rinkow, Tilsiterstraße 84, Amt VII, 6747.

**Teppiche**, Vorläufer, Tüllstoffe, Gardinen, Steppdecken, Läuferstoffe, Tischdecken, Diandeden, spottbillige Teppichpreise, Potsdamerstraße 109, Teppichhaus Conrad Fischer, Vorwärtsstraße 158.

**Vapagien**, großartige Sprecher, ansehen frei, Restaurant, Romanodantienstraße 52. 2732R\*

**Zimmlische Steppdecken** 4.15 (Seidenerlag), Boallas-Steppdecken 8.50, große Schlafdecken, grauhaarig, 1.10, Normal-Schlafdecken 1.65, Inventur-Ausnahmepreise, Teppichhaus Emil Veforre, Oranienstraße 158. 1998R\*

**Jugend-Räumungspreise** nur kurze Zeit, Extrarabatt gratis und gratis, Teppichhaus Emil Veforre, Oranienstraße 158. 1998R\*

**Teppiche** (Gardenstiel), Steppdecken, Gardinen, Tischdecken, Tischdecken, Uebergardinen, Sofa-Kofferteil spottbillig, Fabriklager Rauerhof, Große Frankfurterstraße 9, Flureingänge, Vorwärtsstraße 158, Petersburgerstraße 23. 2784R\*

**Damenstaschen**, Spezial-Verkauf und Reparatur, Ullrichstr. 14, Vorderbergstraße 142. 2455B\*

**Wenig** getragene Anzüge, Weinleider usw. (für jede Figur passend), große Auswahl, auch Damenkleider billig, Weiß, Wäckerstraße 67 I. \*

**Damenkleider** mit gestreifter Passe 1.15, Herrenkleider 1.15, Normalmädchen, Arbeiterkleider sowie elegante Kleidermuster bis zur Hälfte des Wertes, Wäckerstraße 67 I, Vorderbergstraße 21, Alexanderplatz.

**Kinderwagen**, Klappportwagen, Kinderbettchen, beschaffen, neu, spottbillig, Erzbergerstraße 19 A, vorn II rechts. 797

**Möbel**  
**Möbel-Verkehr**, Fabrik von Volkswaren, Brunnenstraße 7, am Kolonialer Tor, Wohnungsanrichtungen auf Kredit und gegen bar, Nieren-Auswahl, Stube und Küche, Anzahlung von 15 Mark an Einzelne Möbelstücke von 5 Mark Anzahlung an, Hervorragend schöne Muster in bunten Rufen, Wochens, Monats- oder vierteljährliche Raten nach Ueber-einkunft, Liefer auch nach auswärts, Vorzeiger dieses Inzerats erhält beim Kauf 5 Mark gutgeschrieben, Kunden, die ihr Konto beglichen haben, erhalten einzelne Möbelstücke ohne Anzahlung, Sonntags geöffnet.

**Möbel** ohne Geld! Bei ganz feiner Anzahlung geben Wirtschaften und einzelne Stube auf Kredit unter äußerster Preisnotierung, auch Waren aller Art, Der ganze Osten kauft bei uns, Kretschmann u. Co., Koppentstraße 4, (Eckhäuser Bahnhof). \*

**Möbel** gebrauchte Möbel stehen zum sofortigen billigen Verkauf, Kauft nur bei Kretschmann, Kalkstein-allee 56, Beste Bedienung. 2521B

**Fahrräder**  
**28.00**, Halbrenner, aufgabehalter sofort Horn, Koppentstraße 33. Inzeratenteil veranlagt; Th. Vloß, Berlin, Druck u. Verlag: Vorwärts, Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW.

**Herrenrad**, Damenrad, einmal benutzt, 35,-, Holz, Blumenstraße 36b. 2108R\*

**Räderverleihung**, Einräder, Zweiräder, Fahrradteile, 25.00, Motor-motoräder spottbillig Große Frankfurterstraße 14, Kammereit. 92/13

**Platinabfälle**, Gramm 5.20, Gold-, Silber-, Platin-, Palladium-, höchsthaltend, Rohe, Neue Königstraße 76. 2166\*

**Kupfer**, Messing, Platinabfälle, Silberabfälle, Goldschmelze, Kieper Koppentstraße 20a (gegenüber Rautenstraße). 205R\*

**Zahngelbte**, Staniol, höchsthaltend, Edelschmelze, Dresdenstraße 9 (Hochbahn). 92/19\*

**Kassenscheine!** Frau Robert Koppent, Glienickerstraße 21, nächst Kloster Betmische, Leimbische, vier Handbücher, vier Taschentücher 0.10, Lieferung und Abholung Sonntag. \*

**Patentanwalt Müller**, Gieselerstraße 81. 2430R\*

**Teilhaltung**: Eine Part wohntlich, elegante Herrengarderobe, fertig und nach Maß, Garantiert, tabelloser Sitz, Kiebel, Brunnenstraße 10. 2506R\*

**Charlottenburg**, Sophie-Charlotten-Strasse 84, Nähe Bahnhof Westend und Untergrundbahn: Eine und zwei Stuben, Küche, Speisekammer, gemeinsames Bad billig.

**Schöne Wohnung**, 2 Stuben und Küche, vollständig neu renoviert, 29 Mark, zu vermieten, Suttmannstraße 15 beim Wirt. 2730R\*

**Zimmer**  
**Möblierte** Stube Waldemarstraße 52, Hof IV rechts. 76  
**Möbliertes** Ballonzimmer, Badbenutzung, sofort an Herrn zu vermieten bei Brandt, Lindenstraße 47, I.  
**Sturzimmer**, möbliert, sofort an 1 auch 2 Herren zu vermieten, Rittenwalderstraße 44, vorn II. 2512B  
**Zimmer**, 12.00, Wasserlocherstraße 42, III. 93/16

**Möbliertes** Zimmer, 15.00, Hollmannstraße 33, vorn pariert, Wendl. 2515B

**Schlafstellen**  
**Freundliche** Schlafstelle, Herren, vermietet, Komagni, Dresdenstraße 107-108, vorn II. 2493B\*  
**Möblierte** möblierte Schlafstelle, Rirbachstraße 57, Seitenladen. 7136  
**Schlafstelle**, zwei Mädchen, Christianstraße 111, Hof IV, Dree.  
**Separate** Schlafstelle, sauber, Klein, Fankstraße 25, Vorderhaus.  
**Herr** findet saubere, möblierte Schlafstelle, Witwe Stephan, Dager-Schulzestraße 55, Hof II. 25145  
**Für** Herrn möblierte Schlafstelle (13.-) bei Schwarzlopf, Mariannenstraße 45, II vorn. 76

**Arbeitsmarkt**  
**Stellenangebote**  
**Kabelwäcker** für dieglame Wollen gesucht, die mit der Fabrikation vollständig vertraut sind. Offerten unter "P. 1" an die Expedition dieses Blattes.  
**Zeitungsfrauen** sofort verlangt, Prenzlauer Allee 54, Ode Danziger-Strasse. 93/11\*  
**Zeitungsfrauen** sofort verlangt, Königsstraße 56/57. 93/5\*

**Zum Arbeitsmarkt** durch besonderen Druck hervorgehobene Anzeigen kosten 50 Pf. die Zeile.  
 Bekannter Mitarbeiter der Parteipresse, lücht, Berichterhalter, Schrift u. Glauer, gewerlich u. gen. erfahren, sucht bis 1. Okt. geeign. redaktionellen Posten. Best. Angebote u. N. 1 an die Haupt-Exp. des Vorwärts\*. 2496B

Partei-Angelegenheiten.

Sozialdemokratischer Zentralwahlverein Teltow-Beeskow-Storkow-Charlottenburg. Um vielfachen Anfragen zu begegnen sowie einem scheinbar von interessierter Seite zu bestimmten Zwecken absichtlich verbreiteten Gerücht entgegenzutreten, stellen wir hierdurch ausdrücklich fest, daß der Gastwirt Friedrich Duschka in Beeskow uns seinen Saal nicht zur Verfügung gestellt hat. — Herr Duschka hat zwar der Arbeiterkassette wochenlang erzählt, daß er zur Hergabe seines Lokals bereit sei, als jedoch ein Vertreter unseres Zentralwahlvereins auf Wunsch des Herrn Duschka zwecks Abklärung der Sache zu ihm kam, hat er diesem kaum Rede gestanden, sondern nur erklärt, daß er es wegen seines Hypothekengläubigers nicht machen dürfe und daß schon ein Brief an den Zentralvorstand unterwegs sei. Dieser Brief ist jedoch bis heute nicht eingetroffen.

Z. A.: Alex Page 18. Richtenrade. Sonnabend, den 1. Juli, pünktlich 8 1/2 Uhr abends, im Lokale des Herrn Janke, Krüger- und Hohenzollernstraßen-Ecke: Generalversammlung des Wahlvereins. Tagesordnung: Bericht des Vorstandes, Kasfenbericht, Neuwahl des Vorstandes, Verschiedenes.

Erker-Woltersdorf. Morgensonnabend, den 1. Juli: Generalversammlung des Wahlvereins bei Degebrodt. Es ist eine wichtige Tagesordnung zu erledigen. Der Vorstand.

Neuenhagen, Eggersdorf, Bruchmühle, Frederksdorf, Petershagen. Sonntag, den 2. Juli, nachmittags 4 Uhr, im „Alten Dehauer“, Petershagen: Generalversammlung. Tagesordnung: 1. Bericht der Bezirksleitung. 2. Neuwahl derselben. 3. Verschiedenes.

Rudow. Am Sonntag, den 2. Juli, nachmittags 4 Uhr: Öffentliche Versammlung für Männer und Frauen auf dem Grundstück bei Palm, Köpenicker Str. 51. Arbeiter, sorgt für Massenbesuch. Der Einberufer.

Teltow. Am Sonnabend, den 1. Juli, abends 8 Uhr, findet im Lokale des Gen. B. Bonow, Berliner Str. 10, eine öffentliche Kommunalwählerversammlung statt. Tagesordnung: Die diesjährigen Stadtverordnetenwahlen und die letzten Vorgänge aus der Stadtverordnetenversammlung. Referent: Stadtverordneter Ad. Ritter-Werlin.

Wähler! Erscheint in Massen in dieser Versammlung, um gegen die Angriffe des Lehrerkollegiums und der städtischen Beamten Protest zu erheben. Das Lehrerkollegium und die städtischen Beamten sind schriftlich eingeladen.

Freitagabend 8 Uhr: Handzettelverteilung von den bekannten Stellen.

Berliner Nachrichten.

Große Panik bei einem Brande.

Aufregende Szenen spielten sich gestern früh bei einem Brande ab, der in der ehemaligen Franzerskaserne in der Alexanderstraße 10, unweit des Alexanderplatzes, ausbrach. Durch ein an sich kleines Feuer gerieten dort mehr als 20 Mietparteien in ernste Lebensgefahr, da ihnen durch eine ungemein starke Rauchentwicklung jeder Ausweg abgeschnitten war. Nicht weniger als 36 Personen, Männer, Frauen und Kinder mußten durch die Feuerwehr unter Verwendung von mechanischen Leitern und allen möglichen Rettungsgeräten und Apparaten gerettet werden. Wenn das Rettungswerk auch glänzend gelang, so starb doch eine Frau später an den Folgen des ausgehenden Scharfes und eine andere Frau mußte mit ihrem vier Jahre alten Kind nach dem Krankenhause am Friedrichshain geschafft werden. Die übrigen geretteten Personen erholten sich im Freien bald wieder, so daß sie nach Abloschung des Brandes ihre Wohnungen wieder aussuchen konnten.

Das Grundstück Alexanderstr. 10 ist fiskalisch und liegt an der Ecke der Voltairerstraße. Es ist mit zwei langgestreckten, dreistöckigen Gebäuden bebaut, die vor Jahren das Franzers-Regiment beherbergten. Jeder Flügel hält fünfzehn Fensterfront. Auf dem ausgedehnten Hof, der nach der Voltairerstraße zu liegt, befindet sich ein größerer Schuppen und außerdem wird er zur Aufbewahrung von Wagen benutzt. Das eigenartige an dem Kasernenbau ist, daß er nur drei Treppenaufgänge hat, von denen einer an der Stelle liegt, wo Vorderhaus und Seitenflügel zusammenstoßen, der zweite am äußersten Ende des Vorderhauses und der dritte in der Mitte des Seitenflügels. Alle Wohnungen haben in den einzelnen Etagen einen gemeinsamen Korridor, der am Tage stark verdunkelt und zur Abendzeit nur mäßig erleuchtet ist. Die einzelnen Zimmer der Etagen sind nur klein und tragen noch Kummern aus der Kasernenzeit. Im ganzen wohnen in den Baulichkeiten nahezu fünfzig Familien. Gestern früh gegen 7 Uhr brach nun in dem Treppenhause des Seitenflügels Feuer aus, das bald den ganzen Seitenflügel und das Vorderhaus verqualmte. Als die Gefahr von den Mietern bemerkt wurde, waren die langen Korridore schon vollständig mit dichtem Rauch angefüllt, so daß an ein Passieren nicht mehr zu denken war. Es bemächtigte sich daher der Bewohner eine große Panik.

Alles stürzte nach den Fenstern und schrie um Hilfe, zumal sich die Verqualmung von Minute zu Minute noch vergrößerte. In diesem kritischen Augenblick traf ein Löschzug aus der nahen Keibelstraße auf der Brandstelle ein. Das ganze Grundstück und ein Teil der Alexanderstraße war in dichtem Rauch eingehüllt. Vorn und hinten gellten Hissens und zum Teil konnte man die gefährdeten Personen wegen des Rauchs nicht einmal sehen. Nur ein rasches und entschlossenes Eingreifen der Feuerwehr konnte hier eine Katastrophe verhindern. Denn schon trafen einzelne Personen Anstalten, auf die Straße und den Hof hinauszuspringen. Brandinspektor Wende ließ die mechanische Leiter errichten und alle möglichen Rettungsgeräte, wie Galen- und Stiegleitern, Rettungsleinen, Sprungtische usw. vornehmen. Während von allen Seiten Mannschaften in die einzelnen Stockwerke einströmten, um die bedrohten Personen zu beruhigen oder zu retten, rief der Brandinspektor den geängstigten Männern und Frauen immer wieder mit lauter Stimme zu:

„Oben bleiben! Nicht springen!“

Unterdessen waren durch die Rauchmeldung „Mittelfeuer! Menschenleben in Gefahr!“ noch sechs weitere Löschzüge herbeigeleitet, und überall ging das Rettungswerk vor sich. Ueber sechs mechanische Leitern, elf Galen- und sieben Stiegleitern, sowie mit zwei Rettungsapparaten wurden insgesamt 36 Personen von der Feuerwehr in Sicherheit gebracht, und zwar 17 Personen nach der Straße und 19 Personen nach dem Hof. Außerdem wurden zahlreiche Tiere, Hunde, Katzen und Vögel, aus den verqualmten Räumen herausgeholt. Alles dies spielte sich in wenigen Minuten ab. Eine 70jährige Frau Franke, die gleichfalls von Feuerleuten ins Freie geschafft worden war, erkrankte bald darauf und starb auf dem Wege nach dem Krankenhause am Friedrichshain, vermutlich infolge von Herzschwäche. Eine Frau Geier mußte mit ihrem vier Jahre alten Sohn Fritz nach demselben Krankenhause geschafft werden, da beide an den Folgen der Raucheinatmung erkrankt sind. Lebensgefahr scheint aber nicht zu bestehen. Das Feuer zerstörte das

Treppenhause gänzlich und wurde mit mehreren Schlauchleitungen gelöscht. Auch ein Möbellager im ersten Stock ist stark in Mitleidenschaft gezogen worden. Die große die Hygieneentwicklung war, geht daraus hervor, daß im zweiten und dritten Stock fast alle Wohnungsküchen des Seitenflügels angebrannt oder direkt verkohlt sind. Die Stieglammen schlugen zwanzig bis dreißig Meter in den Korridoren entlang. In der zehnten Vormittagsstunde konnten vier Löschzüge wieder abrücken, während durch zwei neue Züge die vollständige Abloschung mit den Aufräumungsarbeiten durchgeführt wurde. Die Ursache des Brandes ist nicht ermittelt. Doch wird angenommen, daß einige Kisten mit Holzwole, die im Erdgeschoß unter der Treppe standen, durch Selbstentzündung in Brand gerieten. Während des Feuers sammelten sich Tausende von Menschen an, die dem Schauspiel zusahen.

Ueber den Brand wird an den Minister des Innern und an den Polizeipräsidenten ein ausführlicher mit Zeichnungen versehener Bericht erstattet werden, der hoffentlich dazu beiträgt, daß die alte Kaserne, die den Forderungen der modernen Bautechnik in keiner Weise entspricht, endlich der Spitzhade verfällt. Nur der Bravour der Feuerwehr ist es zu danken, daß hier nicht eine entsetzliche Katastrophe eingetreten ist, die in ihren Folgen noch weit schlimmer werden konnte, als die Brände in der Ledebur Straße und in der Neuen Friedrichstraße. Nur durch die veraltete Bauart mit den langen durchgehenden Korridoren und den unzureichenden Holztreppen konnte das an sich nicht bedrohliche Feuer eine derartige Ausdehnung annehmen und so viel Menschen in schwere Lebensgefahr bringen. Wie die Feststellungen der Feuerwehr ergaben, waren die langen Korridore nur mit ganz kleinen Lampen erleuchtet und die Mannschaften mußten, um überhaupt den Weg zu finden, ihre Magnesiumfackeln in Tätigkeit setzen.

Wie die nachträglichen Feststellungen ergeben haben, sind von den Feuerwehmannschaften nicht 86, sondern sogar 44 Personen über Leitern und mit anderen Rettungsgeräten in Sicherheit gebracht worden. Das Befinden der Frau Geier hat sich im Laufe des Nachmittags gebessert, so daß sie mit ihrem vierjährigen Sohn bald wieder aus dem Krankenhause am Friedrichshain entlassen werden kann. Die Leiche der Frau Franke, die nach den Rettungsversuchen an den Folgen der ausgehenden Aufregung starb, wurde von dem Krankenhause nach dem Leichenschauhaus geschafft. Bei den Aufräumungsarbeiten mußte in der Hauptsache die Decke des dritten Stocks in großem Umfange aufgerissen werden, da sich das Feuer in dieser Höhenlage festgesetzt hatte. Das Treppenhause selbst ist vollständig ausgebrannt und eingestürzt. Unfälle sind bei den Aufräumungsarbeiten nicht vorgekommen, obgleich die Feuerwehr mit Leitern im Dachgeschoß förmliche Gerüste bauen mußte. Nach den neueren Ermittlungen soll das Feuer nicht im Treppenhause selbst, sondern im ersten Stock in einem Möbellager entstanden sein. Die Untersuchung nimmt ihren Fortgang.

Daß Oberbürgermeister Kirchner amtsmüde sei, behauptet jetzt auch eine Parlamentskorrespondenz. Sie will aus Herrenhauskreisen, die Herrn Kirchner nahe stehen, erfahren haben, daß die Amtsüberlegung bereits in den nächsten Wochen erfolgen werde. Demgegenüber wird uns von anderer Seite berichtet, daß Herr Kirchner nicht daran denke, sein Amt niederzulegen, und daß er auch niemand gegenüber eine Aeußerung getan habe, die zu einer Schlussfolgerung berechtigen könnte, wie sie jene Korrespondenz verbreitet. — Oberbürgermeister Kirchner ist übrigens gestern vormittag mit seiner Familie nach Bad Wildungen abgereist, wo er einen mehrtägigen Kuraufenthalt nimmt.

Der Urlaub städtischer Arbeiter.

Stund drei Monate sind es her, daß die Stadtverordnetenversammlung den Magistrat ersuchte, die Urlaubsordnung der städtischen Arbeiter dahin abzuändern, daß nach dreijähriger Dienstzeit drei Tage, nach fünfjähriger sieben und nach zehnjähriger Dienstzeit zehn Tage Urlaub gewährt werden. Bei der Beschlußfassung wurde vorausgesetzt, daß der Magistrat zu diesem Beschlusse so zeitig Stellung nehmen werde, daß die städtischen Arbeiter noch in diesem Sommer in den Genuß der kleinen Verbesserung kommen würden; denn es war so ziemlich das einzige Positive, was aus den monatelangen Beratungen des mit der Lohnfrage der städtischen Arbeiter betrauten Ausschusses herausgekommen war. Der Magistrat scheint aber für die städtischen Arbeiter noch keine Zeit gefunden zu haben. Wie uns mitgeteilt wird, ist auf Anfragen in dieser Sache eine vom Oberbürgermeister Kirchner unterzeichnete Antwort des Inhalts ergangen, nach der es für das laufende Jahr bei den geltenden Bestimmungen über die Verurlaubung von Arbeitern verbleibt. Die Sozialpolitik des Berliner Magistrats in Arbeiterfragen kann nicht trauer beleuchtet werden als durch diese Verfügung.

Wogu sich auch etwas belesen, es handelt sich ja nur um Arbeiter! Die mögen geduldig warten, bis sie drankommen; gewöhnt sind sie es ja. Da kommt es auf ein Jahr nicht an!

In Verzweiflung gerndet!

Der Selbstmord eines Dienstmädchens wird in Wilmersdorf in der Umgebung des Hauses Hohenzollern-Damm 5 viel besprochen. Fräulein Marie Lossag, die bei der in diesem Hause wohnenden Familie eines Rentier Dietloff seit Anfang März d. J. in Stellung war, verließ am Freitag voriger Woche die Wohnung der Herrschaft und kehrte nicht wieder. In den letzten Tagen hatte sie noch die Wäsche fertig zu machen gehabt, und es soll aufgefallen sein, daß sie diese Arbeit in ungewöhnlicher Weise beschleunigte. Sie brachte auch ihre eigenen Sachen in Ordnung, zog am Freitag saubere Kleider an, schloß ihre übrige Habe in einen Koffer und nahm den Schlüssel mit. Am Dienstag dieser Woche wurde dann ihre Leiche in Charlottenburg aus der Spree herausgezogen.

Liedes! Um mer soll es gewesen sein, der das junge Mädchen in den Tod trieb. Ein Wilmersdorfer Postbote, mit dem sie seit längerer Zeit ein Verhältnis hatte, soll ihr einen Abgabebrief geschrieben haben. Darüber habe sie sich so gequält, daß sie in einen Zustand der Geistesverwirrung geriet und verzweifelt ihrem Leben ein Ende machte. Noch in der vorhergehenden Woche war sie am Montag mit ihrer Schwester zusammen, die in einem anderen Vorort bei Berlin in Stellung ist. Marie sagte der Schwester nichts von einem Abgabebrief, doch fiel sie ihr dadurch auf, daß sie einmal im Tone der Bedrücktheit auftrte: „Lieber heute als morgen!“ Am Mittwoch voriger Woche traf in Mariens Heimatort Meditz bei Ribbenow zum Geburtstag der alten Mutter ein Gratulationsbrief ein, der den für die Mutter unverständlichen Satz enthielt: „Ihr werdet fröhlich beisammen sein, ich aber werde im Dunkeln sein.“ Zwei Tage darauf ging das Mädchen, um Frieden im Tod zu finden.

Personen, die in der Nachbarschaft wohnen, haben schon seit einigen Tagen ein verwirrtes Wesen an ihr bemerkt. Sie behauptete, daß die Herrschaft ihr allerlei Gegenstände verstecke und sie danach suchen lasse, um sie verrückt zu machen. Am Donnerstag lief sie noch zu später Abendstunde auf die Straße hinab, um in der benachbarten Kaiserallee eine Butterbäckerei zu suchen. Offenbar wurde das bedauernde Mädchen von Wahnbildungen verfolgt, die bereits eine Geistesstörung vermuten lassen.

Die Veränderung, die mit Marie vorgegangen war, hätte eigentlich auch der Herrschaft längst aufgefallen sein können. Was hat die Herrschaft zum Schutze des Mädchens unternommen? Hat die Verzweiflung bei ihr Gelegenheit gefunden, sich einmal auszusprechen? Als sie verschwunden war, wurde die alte Mutter benachrichtigt, die dann sofort aus Meditz hierher eilte. Hätte die Mutter bezweifeltes Kenntnis von der Bedrücktheit der Verwirrtheit ihrer Tochter erhalten, so wäre vielleicht das äußerste behilft worden. Der sorgenden Mutter hätte Marie sich anvertraut, von ihr hätte die bedrückte Tochter ausgerichtet werden können. Am letzten Tage muß das Verhalten des Mädchens so gewesen sein, daß auch die Herrschaft kaum noch im Klaren über die Sachlage sein konnte. Die Tochter der Frau Dietloff ließ schließlich Polizei herbeiholen. Polizei! Sollte etwa der Schutzmann, den sie zu Hilfe rief, sie vor dem Mädchen schützen? Wenn es das Mädchen selber war, das ihr als Schutzbedürftig galt, wäre da nicht die Hilfe eines Arztes der beste Schutz gewesen? Der Polizist sagte, er könne nichts tun, solange das Mädchen nicht Schaden anrichte oder kein Arzt sie für geisteskrank erklärt habe.

Noch an demselben Tage verließ Marie die Dietloffsche Wohnung und floh in den Tod. Ihre schmerzgebeugten Eltern haben die Leiche nach Meditz überführen lassen. Heute wird sie in der Heimat zur Ruhe gebettet werden.

Der Ankauf der Wühlheide. Die Stadtgemeinde Berlin hat, wie bekannt, für 20 Millionen Mark die Wühlheide vom Forstfiskus angekauft. Die Stadt will auf dieser rund 5 250 245 Ar großen Fläche ein neues Grundwasserwerk anlegen, das täglich zirka 65 000 Kubikmeter Wasser zu fördern imstande ist. Von dem durch das Wasserwerk nicht in Anspruch genommenen Waldgelände bleiben zunächst 125 Hektar nach dem Kaufvertrag für einen Volkspark reserviert. Vorgefunden ist die Uebergabe der Wühlheide seitens des Fiskus erfolgt. Heute erfolgt vor dem Amtsgericht Köpenick die Auflassung des Gebietes durch den Forstmeister Kottmeier für den Fiskus und den Magistratsassessor Dr. Nieß für den Magistrat. Die allgemeine Verwaltung der Wühlheide untersteht fortan der Deputation für die städtischen Wasserwerke. Die wirtschaftliche Verwaltung ist dem städtischen Oberförster Grassow übertragen, dem zwei Forstbeamte an Ort und Stelle unterstehen.

„Wohltuende Berücksichtigung.“

Wenn Arbeiter und Unterbeamte staatlicher Betriebe sich mit Klagen und Beschwerden über ungünstige Arbeits- und Dienstverhältnisse an die Öffentlichkeit wenden, dann pflegen die Vertreter der betreffenden Behörden so sagen, die Beamten sollten sich vertrauensvoll an ihre Vorgesetzten wenden, dann würden berechtigte Wünsche und Beschwerden wohltuend berücksichtigt werden. — Die Lokomotivführer der Station Mummelsburg haben vor längerer Zeit diesen Weg beschritten, aber wohltuende Berücksichtigung ihrer berechtigten Wünsche haben sie nicht gefunden. Im Oktober vorigen Jahres wandten sich Lokomotivführer der Station Mummelsburg an das zuständige Maschinenamt mit der Bitte um Erleichterung des Nachdienstes. Sie wünschten nicht nur in ihrem persönlichen Interesse, sondern auch mit Rücksicht auf die Betriebsicherheit, daß ihnen nicht so viele Nachdienstleistungen hintereinander zugeteilt werden. Die Lokomotivführer hatten neun Nachdienste zu verrichten, die durch einen Ruhetag unterbrochen waren. Dann folgten einige Frühdienste, die den Beamten nötigten, um 2 Uhr morgens die Wohnung zu verlassen und darauf mußten wieder sieben Nachdienste geleistet werden. — Die Lokomotivführer trugen ihre Wünsche auch dem derzeitigen Vertreter des Maschinenamtes vor. Doch von wohltuender Berücksichtigung merkten sie nichts. Ihr Gesuch wurde nicht einmal beantwortet. — Nach drei Monaten erst wurde den Lokomotivführern mitgeteilt, daß ihr Gesuch am 19. Januar an die Direktion weitergegeben sei. Wieder vergingen einige Monate, in denen die Gesuchsteller auf wohltuende Berücksichtigung ihrer Wünsche hofften. Dann kam am 1. Mai der neue Dienstplan, der die Hoffnungen der Lokomotivführer gründlich vernichtete. Statt der bisherigen neun aufeinander folgenden Nachdienste wurden deren vierzehn von ihnen verlangt, die durch zwei Ruhetage unterbrochen werden. Dem Turnus der vierzehn Nachdienste folgen einige Frühdienste, die um 12 1/2 Uhr nachts beginnen, um 10 Uhr vormittags enden und als „Tagesdienst“ gelten. Der diesem „Tagesdienstturnus“ folgende Nachdienst beginnt um 10 Uhr abends. — Als die Lokomotivführer einen ihnen vorgelegten Ingenieur darauf ausmerklam machten, daß diese Dienstverteilung in Verbindung mit anderen Dienstvorschriften die Sicherheit des Betriebes gefährden müsse, erhielten sie eine nichts weniger als wohltuende Antwort.

Wie verhält sich das Verhalten gegenüber den berechtigten Wünschen der Lokomotivführer mit den Worten des Ministers Breitenbach im Landtage: „Gerade der Dienst auf der Lokomotive ist sehr anstrengend und aufreibend und wir haben alle Veranlassung, uns um das Wohl und Befeh dieser Beamten zu kümmern.“

„Entziehung des Erholungsurlaubs“, dies Thema behandelte am 28. d. M. eine gut besuchte Versammlung der Handwerker und Arbeiter des Berliner Wasserwerks in Tegel. Wie aus den Ausführungen des Referenten Genossen Jabel vom Gemeindefreierverband hervorging, ist den Arbeitern, welche im Laufe der Urlaubsperiode krank waren, der Erholungsurlaub entzogen worden. Als Grund dieser Maßnahme wurde den Arbeitern durch den Materialienverwalter G., welchem während der Ferien des Dirigenten Sp. die Leitung übertragen ist, folgende Verfügung durch Aushang bekannt gegeben:

Verfügung des Magistrats vom 2. November 1906. Ein in der laufenden Urlaubsperiode außerhalb Berlins zugezogener Krankheitsurlaub ist auf den Erholungsurlaub der Arbeiter anzurechnen.

Ausnahmen hiervon können zugelassen werden, wenn ein besonderer Erholungsbedarf des Arbeiters vorliegt.“

Diese Verfügung ist an keiner weiteren Stelle bekanntgegeben und muß erst jetzt in Tegel angekommen sein, denn der Dirigent Sp. hat, bevor er auf Urlaub ging, die Liste genehmigt, nach welcher alle Arbeiter, welche fünf Jahre bei der Stadt beschäftigt sind, Urlaub erhalten sollten. Sein Vertreter hat nun nicht nur die Entziehung angeordnet, sondern auch zwei Arbeiter, welche schon beurlaubt waren, zurückholen lassen. Diese Maßnahme wurde von den Arbeitern als eine Vergewaltigung der ihnen vom Magistrat zugestandenen Rechte empfunden. Wenn wirklich die von G. angezogene Verfügung erlassen ist, so ist dieselbe aber außer Kraft, da am 12. November 1906 ein Erlass des Oberbürgermeisters Kirchner erfolgt ist, der die Anrechnung der Krankenzzeit auf den Erholungsurlaub der Arbeiter regelt. In diesem Erlass ist ausdrücklich bestimmt:

„Um eine unrichtige Anwendung unserer Anordnung (des Magistrats) auszuschließen, wollen wir uns in solchen Fällen für die Zukunft die Entscheidung selbst vorbehalten und weisen daher in Abänderung unserer Verfügung vom 17. August (1) d. J. die Verwaltungsstellen hiermit an, alle Fälle in denen es zweifelhaft sein kann, ob nicht ein doppelter Urlaub in Frage kommt, weil bereits eine als Erholungsurlaub zu erachtende Arbeitsunterbrechung stattgefunden, fortan uns zur Entscheidung vorzulegen. An sämtliche Verwaltungsstellen.“ (2)

Wir Recht fragen die Arbeiter, wie ein zur Vertretung des Betriebleiters bestellter Beamter, entgegen dem Erlass des Oberbürgermeisters, selbständig den Urlaub der Arbeiter freizugehen konnte. Um hier Klarheit zu schaffen, wurde eine Resolution einstimmig angenommen, welche den Arbeiterausschuß beauftragt, sofort Schritte zu unternehmen, um den Arbeitern den entzogenen Urlaub wieder zu sichern.

Neuerungen im Groß-Berliner Verkehr am 1. Juli. Im Verkehre von Groß-Berlin bringt der 1. Juli verschiedene Neuerungen. Die Staatsbahn eröffnet den Betrieb der Parallelstrecke Heerstraße—Spandau. Von dieser war bisher nur die Teilstrecke Heerstraße—Rembahn in beschränktem Umfang dem Verkehr übergeben worden. An der neuen Strecke liegen die Stationen Rembahn und Nischelberg. Rembahn ist ein Bahnhof II. Klasse, Nischelberg ein Haltepunkt. Beide sind für den Personen-, Gepäck- und Expressgutverkehr geöffnet. Vom 1. Juli an wird der gesamte Vorortverkehr zwischen der Stadtbahn und Spandau über die neue Strecke geleitet. Neben die alte Hauptstrecke geht nur noch der Fernverkehr. Sämtliche Vorortzüge halten an den beiden Stationen. Von Heerstraße bis Rembahn brauchen die Züge 4 Minuten, bis Nischelberg 7 Minuten, bis Spandau 13 Minuten. Die Allgemeine Omnibusbeförderung eröffnete am 1. Juli eine Verbindung zwischen dem Potsdamer Platz und dem Hansa- und Bellevueviertel durch den Tiergarten. Die Pferdewagenstraße—Knoabit geht in ihrem nördlichen Teil von der Baustraße durch die Lüneburger Straße, über das Helgoländer Ufer, die Knoabitbrücke, die Brückentalstraße nach der Fienburgstraße bis zum Vorfließ. Der Ortsdienst der Post wird am 1. Juli dadurch erweitert und beschleunigt, daß man sich die Antwort des Empfängers von den Woten durch den Fernsprecher zusprechen lassen kann. Das Zusprechen erfolgt von der öffentlichen Fernsprechstelle oder dem Postamt, das der Wohnung des Empfängers am nächsten liegt. Die Gebühr für die Antwort wird auch als Bezahlung für das Zusprechen gerechnet. Die Zahl der Wörter, die in der Antwort enthalten ist, kommt dabei nicht in Betracht.

Einbruch beim Schuhmann. Als der Schuhmann R. aus der Paulstr. 35, dessen Frau verreist ist, gestern morgen vom Dienst nach Hause kam, machte er die unangenehme Entdeckung, daß Einbrecher während der Nacht in der Wohnung gehaust hatten. Die Wohnungstür war mit Nachschlüsseln geöffnet und sämtliche Behälter erbrochen. Über 285 M. bares Geld fielen den Einbrechern noch für 1800 M. Wäsche, Kleidungsstücke usw. in die Hände.

Einen verhängnisvollen Verlauf nahm ein Streit, der gestern früh in der Grefswalder Straße 80 zwischen den bei der Holzbearbeitungsfabrik von Westphal beschäftigten 40 resp. 35 Jahren alten Kulischer Bruno Haberstroh und Anton Borgele entstanden war. Die beiden Männer schlugen mit verschiedenen Gegenständen aufeinander ein und konnten nur mit Mühe durch andere Angestellte der Firma getrennt werden. Borgele hatte mehrere blutende Wunden am Kopf und im Gesicht erlitten, während Haberstroh anscheinend ganz unversehrt geblieben war. Während sich B. nach der nächsten Polizeiwache begeben hatte, um sich seine Wunden verbinden zu lassen, brach B. plötzlich bestimmungslos zusammen. Er wurde von seinen Arbeitskollegen sofort nach dem Krankenhaus Friedrichshain gebracht, verstarb aber bereits auf dem Kranort. Der Tod ist, wie ärztlicherseits festgestellt wurde, infolge innerer Verletzungen eingetreten.

Die Leiche eines neugeborenen Kindes männlichen Geschlechts wurde gestern vormittag in einem Abteil zweiter Klasse auf dem Bahnhof Lichtenberg—Friedrichshof gefunden. Die Leiche war in röthliches leichtes Papier und Zeitungspapier eingewickelt und mit Bindfaden verschmürt. Das Paket lag unterm Sitz.

Erschossen aufgefunden wurde gestern nachmittags 4 1/2 Uhr am Steffensee in Nischelberge ein junger Mann. Neben ihm lag ein Revolver. Wie festgestellt wurde, hatte sich der in den letzten Tagen Dallegende eine Revolverkugel in die linke Brustseite und eine zweite in die linke Schläfe geschossen. Bald darauf starb er. Papiere, die man bei dem Toten fand, lauteten, daß er der Sohn des Seifenfabrikanten Hermann Wittner, Berlin, Schützenstr. 71 sei. Die Leiche wurde auf polizeiliche Veranlassung nach der Leichenhalle in Schildhorn geschafft.

Ein Zusammenstoß zweier Straßenbahnwagen ereignete sich gestern gegen 8 Uhr morgens in der Neuen Schönhauserstraße. Dort fuhr ein in der Richtung nach Nordend sich bewegendes Straßenbahnwagen der Linie 47 in die falsche Weiche und stieß infolgedessen gegen den Vorderperron eines aus entgegengesetzter Richtung kommenden Einsatzwagens derselben Linie. Bei dem Zusammenstoß erlitt der Schneidermeister Hufnagel aus der Schönhauser Allee 97 eine Kopfverletzung, die er sich bei einem in der Nähe wohnenden Arzt verbinden ließ. Der Bureauassistent August Schulz, Herthaplatz 8 in Nieser-Schönhauser wohnt, trug einen Verwundenen davon, setzte jedoch seinen Weg fort. Eine Betriebsstörung trat nicht ein.

Aus dem Tegeler See gefischt wurde eine Leiche, die als dienstliche des 23jährigen Bureaubeamten Robert Ermel aus Reinickendorf rekonnoziert worden ist. Er hatte am letzten Sonnabend an verbodener Stelle gebadet und war dabei ertrunken. Die Leiche wurde nach der Tegeler Leichenhalle gebracht.

Der Frauenmord bei Stolpe am 23. Januar d. J. wird am 10. Juli das Schwurgericht III in der Turnstr. 91 beschäftigen.

Die Leiche des am Sonntag im Freibad Müggelsee ertrunkenen 23 Jahre alten Hausdieners Henze wurde gestern von dem eigenen Vater des Ertrunkenen schwimmend aufgefunden. Der Ertrunkene soll heute bereits beerdigt werden.

Ein zweiter Straßenbahnunfall trat gegen 1/2 Uhr nachmittags in der Frankfurter Allee zu. Dort versuchte vor dem Hause Nr. 158 die siebenjährige Schülerin Hedwig Ruch, Proskauer Str. 4 bei den Eltern wohnhaft, unmittelbar vor einem nach Herzberge folgenden Straßenbahnwagen der Linie 71 auf das Gleis zu gelangen, obwohl der Führer des Waggons sofort alle Bremsmittel anwandte, wurde das Mädchen umgestoßen und kam unter dem Vorderperron vor dem Schutrahmen zu liegen. Es erlitt eine Durchschuß des linken Unterschenkels und Hautabrisse am rechten Oberschenkel. Die Verunglückte erhielt in der Unfallstation in der Warschauer Straße Notverbände und wurde dann nach dem Krankenhaus Friedrichshain übergeführt.

## Vorort-Nachrichten.

### Charlottenburg.

#### Stadtverordnetenversammlung

Die wichtigste Vorlage, mit der sich die Stadtverordnetenversammlung in ihrer letzten Sitzung am Mittwoch zu beschäftigen hatte, war die über die Regelung der Aufnahmebedingungen für Klassenpatienten der städtischen Krankenhäuser und den Bau eines Pavillons für Kranke zweiter Klasse, über welche ein Ausschuß mehrfach beraten hatte und nun Bericht erstattete. Schon bei der ersten Beratung hatten unsere Genossen sich scharf gegen die beabsichtigte Klassenteilung der Kranken gewandt. Der Ausschuß war über die Magistratsvorlage noch hinausgegangen, indem er auch noch eine erste Krankenkasse einrichten will. In dieser sollen die Kranken einen Verpflegungssatz von 14 M., auswärtige von 17 M. bezahlen, außerdem noch sämtliche Nebenkosten und das Arzthonorar, in der zweiten Klasse soll nur ein fester Satz von 8 M., für die Auswärtigen von 11 M. bezahlt werden, für Nebenkosten und Arzt dagegen nichts. Es soll diese Einrichtung, wie der Berichtsteller ausführte, dem Mittelstande zugute kommen.

Die Ärzte sollen für die Mehrarbeit von der Stadt entschädigt werden, und zwar die leitenden Ärzte mit je 6000 M. jährlich, die Oberärzte mit je 1000 M. jährlich.

Der Oberbürgermeister wies sich sehr ausführlich gegen die geplante Errichtung der ersten Klasse, wodurch den Privatfanatorien unnötige Konkurrenz gemacht werde, und gegen den Plan, die Kranken zweiter Klasse den Arzt nicht besonders bezahlen zu lassen. Die Stadtverordneten Wolmann (liberal) und Stadthagen (Alle Klassen) bejauhrten im wesentlichen die Aus-

schußsätze, nur wünschten sie die Kosten für die erste Klasse noch etwas zu erhöhen und dafür die für die zweite Klasse, den Mittelstand, noch etwas herabzusetzen. Der Stadtverordnete Ziesch (Soz.) geistelte mit scharfen Worten das Bestreben der Klassenteilung in den städtischen Krankenhäusern. Wenn dort die Behandlung der Kranken eine derartige ist, daß der Mittelstand nicht hingehet, so sei die einzige logische Konsequenz, die Behandlung in der jetzt bestehenden einzigen Klasse, die später die dritte werden soll, so zu gestalten, daß auch die Angehörigen des Mittelstandes das Krankenhaus aussuchen. Nach den Plänen des Ausschusses muß die Behandlung der Patienten dritter Klasse sicher noch schlechter werden. Die leitenden Ärzte und Oberärzte würden sich vornehmlich mit den Patienten der zweiten und noch lieber der ersten Klasse beschäftigen, die ja noch extra bezahlen sollen. Wie verschieden der Ausschuß ihre Arbeit für die Patienten dritter und zweiter Klasse wertet, zeigt der Umstand, daß die leitenden Ärzte für die 600 Betten dritter Klasse gegenwärtig mit 10 000 resp. 8000 M. honoriert werden, also pro Bett mit 17 resp. 13 M., und dazu für die 40 Betten zweiter Klasse eine Zulage von je 6000 M., also pro Bett 150 M. erhalten sollen. Wenn man an eine Zulage für die vermehrte Arbeit denke, so solle man sie in erster Linie den Assistenzärzten zuwenden.

Zur Sache waren noch etwa 10 Redner gemeldet, aber bei dem Widerstreit der Meinungen, namentlich auch zwischen dem Magistrat und der Mehrheit der Versammlung, hielt man es für angebracht, die Debatte abzubrechen und die Vorlage in den Ausschuß zurückzuweisen.

Sonst lagen nur kleinere Vorlagen vor; wir erwähnen eine Vorlage zur Bewilligung von 3000 M., um eine Kommission von vier Magistratsmitgliedern und 16 Stadtverordneten zu einem mehrtägigen Besuch der Hygienaeinrichtung nach Dresden zu schicken, von unseren Genossen werden die Stadtverordneten Vogel und Scharnberg dieser Kommission angehören.

Eine ziemlich erhebliche Zeit beanspruchte die Wahl von acht Stadträten, da sie in gesonderten Wahlgängen durch Zettelwahl stattfinden mußte, je auscheidenden Herren wurden sämtlich wiedergewählt. Die auscheidenden Herren wurden sämtlich wiedergewählt.

Die geheime Sitzung zog sich bis in die zwölfte Stunde hin.

### Schöneberg.

Die Stellung der Sozialdemokratie zur Religion lag einem Vortrag zugrunde, den Genosse Emil Unger in der letzten Wahlvereinsversammlung hielt. Den beifällig entgegengenommenen Ausführungen folgte eine kurze Diskussion, an der sich die Genossen Unger, Schöneberg und Urban beteiligten. Nachdem noch auf das am 9. Juli in den „Neuen Rathausgärten“ stattfindende 22. Stiftungsfest hingewiesen, wurde zu regem Besuch des nächsten Jahlabends aufgefordert, der sich außer mit der Kreisgeneralversammlung und den Parteitagungen, noch mit der Neuwahl der Funktionäre beschäftigen muß.

Ein schwerer Straßenbahnunfall ereignete sich am Mittwoch nachmittags gegen 5 Uhr am Bahnhof Schöneberg in der Kolonnenstraße. Dort fuhr der 13jährige Sohn des Hohenfriedbergstraße 18 wohnenden Monieurs Kautz auf einem Zweirad gegen den Motorwagen eines ihm entgegenkommenden Straßenbahnwagens der Linie V, wurde umgestoßen und geriet mit den Beinen unter den Schutrahmen des Vorderperrons. Der Verunglückte konnte bald aus seiner Lage befreit werden; er hatte schwere Verletzungen an den Knien und beiden Unterschenkeln erlitten und mußte nach dem Schöneberger Krankenhaus übergeführt werden.

### Rummelsburg.

Die Vereinigungsfrage Vorklagen-Rummelsburg-Lichtenberg. Die Gemeindevertretung von Vorklagen-Rummelsburg saßte in der Sitzung am Mittwoch nach mehrstündiger geheimer Beratung den Beschluß, in eine Vereinigung mit der Stadt Lichtenberg unter der Voraussetzung zu willigen, daß der Einkommensteuerzuschlag ein gleicher sein muß. Dagegen erklärte sich die Gemeinde Rummelsburg bereit, die zurzeit in Rummelsburg erhobene höhere Sätze bei der Grundwertsteuer, Gewerbesteuer, wie auch 1/2 Proz. Umsatzsteuer, welches der Kreis erhebt, auf die Dauer von fünf Jahren weiter zahlen zu wollen. Die Möglichkeit dieser Beschlußfassung ist darauf zurückzuführen, daß der zur Leitung der Vereinigungsbestrebungen als Regierungskommissar eingesezte Landrat Graf v. Rödern am 1. Juli d. J. seinen Posten als Landrat verläßt und dieserhalb nicht nur äußerst eifrig für die Vereinigung beider Orte eingetreten war, sondern auch noch besonders von dem Bestreben befehlte, die grundsätzlichen Abstimmungen beider Orte noch vor seinem Abgang herbeizuführen. Die Abmachungen, welche die beiden Bürgermeister von Lichtenberg und Rummelsburg nach mehrmaligen persönlichen Verhandlungen mit dem Regierungskommissar getroffen hatten, gingen dahin, daß Rummelsburg bei der Einkommensteuer 110 Prozent, und bei den Realsteuern die jetzigen Sätze noch auf fünf Jahre weiter zahlen soll. Ein weiterer Vorschlag von Lichtenberg ging noch dahin — Gleichmäßigkeit des Einkommensteuerzuschlages, dafür aber Fortzahlung der höheren Realsteuern auf die Dauer von acht statt fünf Jahren. Der Rummelsburger Beschluß, der erst nach mehrstündiger, äußerst reger Debatte, in welcher um das für und wider scharf gestritten wurde — und nur durch die eindringliche, sachliche Verebamtheit unserer Genossen erzielt wurde — weicht von den Abmachungen der beiden Bürgermeister vor dem Landrat nur insoweit ab, als Rummelsburg auf die Gleichstellung des Einkommensteuerzuschlages beharrt. Unreulich ist es hierbei, daß von den volljährig erschienenen Vertretern bei 4 Stimmenthaltungen sämtliche anderen 26 Vertreter für die Verschmelzung stimmten. Die Differenz zwischen Abmachung und Beschluß ist eine so geringe, daß sie von Bedeutung überhaupt nicht in Frage kommen kann. Die Meinung unserer Genossen war, daß dieser Streitpunkt sofort sehr vorteilhaft aus der Welt geschafft werden könnte, indem nach der Vereinigung statt der bisherigen 100 Proz. (jetzt Lichtenberg) sofort 110 Proz. Einkommensteuerzuschlag erhoben würde. Dem zukünftigen Groß-Lichtenberg wäre damit unstreitbar weit besser gebient, als wenn die jetzt 55 000 Rummelsburger 110 Proz. und die etwa 90 000 Lichtenberger nur 100 Proz. Einkommensteuerzuschlag zahlen würden. Es liegt sonach jetzt nur noch an Lichtenberg, ob vom 1. April 1912 ab die beiden Orte ein statisch Gemeindefwesen bilden werden.

### Lichtenberg.

Dem Bau einer 42 Klassen enthaltenden Gemeindefschule hat die Bauabteilung in ihrer Sitzung vom 28. Juni zugestimmt. Die Schule ist bestimmt für den nördlichen Ortsteil der Stadt und kommt etwa 100 Meter vom Abderplog zwischen Köderstraße und Weisenberg Weg an einer neu anzulegenden Straße zu stehen. Der Bau soll so gefördert werden, daß die Schule bis Oktober 1912 in Benutzung genommen werden kann. Die alte Dorfschule an der Kirche gelangt zum Abbruch.

Wieder eine Submissionsblüte. Die Tiefbauunternehmer können wieder einmal mit der Stadtgemeinde Geschäfte machen.

Die Verfertigung der Regenwasserentwässerung bedingt den Bau eines größeren Sammelkanals. Für die Ausführung dieser Arbeit sind 20 Angebote eingegangen, von denen das niedrigste auf 175 000 M. und das höchste auf 380 000 M. lautet.

### Weissenfee.

Todeskurz von der Leiter. In den Fabrikräumen der hiesigen Eiswerke hat sich ein schwerer Unfall zugetragen. Der Heizer Helbig war auf eine Leiter gestiegen, um ein Deckventil zu öffnen, als er infolge eines Schlittens rutschlings abwärts abfiel. Er schlug dabei so unglücklich mit dem Kopf an eine Ecke, daß er sich eine schwere Schädelverletzung zuzog, an deren Folgen er kurz danach starb.

### Französisch-Buchholz.

Am Sonntag, den 2. Juli, nachmittags 3 Uhr, hält der Arbeiter-Gesangverein „Wach auf“ in Rähnes Festsaal, Berliner Str. 89, sein 10jähriges Stiftungsfest ab. Da obiger Verein bei Parteifestlichkeiten stets zur Verfügung steht, wird um regen Zuspruch gebeten.

### Bernau.

Beim Befahren seiner Lokomotive schwer verletzt wurde gestern morgen gegen fünf Uhr auf Station Jepemid der Heizer Richard Meier aus Pantow vom Lokalüterzug Berlin—Bernau. Meier, welcher abgestiegen war, um die Staubbüchsen der Lokomotive nachzusehen, war eben im Begriff, seine Lokomotive zu befeigen, als er von dem in entgegengesetzter Richtung kommenden Güterzug erfasst und von seinem Trittschleuderer wurde. Schwer verletzt wurde er mit dem Güterzug nach Station Bernau befördert, wo ihm von dem in kurzer Zeit erschienenen Wagnarzt die erste Hilfe geleistet wurde. Der Bedauernswerte hatte neben zahlreichen Hautabrisse einen Bruch des rechten Daumens, Quetschung des linken Beckens und einen linken Oberschenkelbruch erlitten. Nach Anlegung von Notverbänden wurde Meier mit dem nächsten Vorortzuge nach dem Gemeinde-Krankenhaus Pantow übergeführt.

### Potsdam.

Eine Zahnklinik für die Gemeindefschulen soll in Potsdam errichtet werden. Sie hat sich als dringend notwendig erwiesen, da eingehende Untersuchungen ergeben haben, daß von 100 Schültern höchstens fünf gesunde Zähne haben. Die Eltern der Kinder müssen sich aber verpflichten, jährlich eine Zahnkur zu den Kosten beizutragen, da, wie der Magistrat mittelt, auf Grund der an anderen Orten gemachten Erfahrungen die Einrichtung nur durchführbar ist, wenn die Eltern der zu behandelnden Kinder zu den erheblichen Kosten einen entsprechenden Beitrag leisten.

Von der Rüstung gekürzt. Beim Abzug des Hinterhauses Saarmunder Straße 7 kippte der auf einer Leiter im 2. Stockwerk beschäftigte Malergehilfe Weitenfeld um und durchschlug das Gerüst. Die Rüstung verlor den Halt, so daß außer B. der ebenfalls auf der Rüstung beschäftigte Maurer Klabe aus Dreetz abfiel. Schwer verletzt wurden beide Personen nach dem städtischen Krankenhaus übergeführt. Der Malermeister Schulz konnte sich noch rechtzeitig an einem Fensterkreuz festhalten. Die Arbeiten werden von dem Maurermeister Mangelndorf ausgeführt. Die polizeiliche Untersuchung erstreckt sich vor allem auf den Grund des Gerüsts zusammensturztes.

### Jugendveranstaltungen.

Köpenick. Sonntag, den 2. Juli beteiligen sich die Jugendlichen an dem Vollenausflug der arbeitenden Jugend Groß-Berlins. Die Eltern werden gebeten, ihre ermöglichten Kinder darauf aufmerksam zu machen. Umarmung 2 Uhr vom Schloßplatz.

Arbeiter-Wanderverein „Berlin“. Sonntag, den 2. Juli: I. Wanderausflug nach Wilmersdorf, Wöhlgersee, Leupold. Abfahrt: 6 Uhr Anhalter Bahnhof. II. Regal, Wittenwerder. Treffpunkt: 7 Uhr Endstation der Straßenbahn. III. Jeshendorf, Griebnitzsee, Rowach. Abfahrt: 7 1/2 Uhr Wannseebahnhof. Tourplan bei Kruse, Mariannenstr. 11.

### Eingegangene Druckschriften.

Von der „Neuen Zeit“ ist soeben das 89. Heft des 22. Jahrgangs erschienen. Auch dem Inhalt des Heftes seien wir hervorzuheben: Ein laienrechtlicher Vorkurs. — Historische Reisen. Von Gustav Adstein. — Amerikanische Arbeiterkutschengesetzgebung. Von C. E. Hildner (New York). — Die Diskreditierung der Vertragsländer. Von Fritz Larnow (Berlin). — Literarische Rundschau: Prof. Dr. Bernhard Gahrns, Weltwirtschaftliche Aufgaben der deutschen Verwaltungsdienstleistungen. Dr. Adolf Koffke, Ursprung und Lage der Landwirtschaft in Island. Von S. Dloff. Aus vergilbten Pergamenten. Von Hermann Wendel. — Zeitungskritik. Das einzelne Heft kostet 25 Pf.

### Briefkasten der Redaktion.

Vom Montag, den 26. Juni, bis Sonnabend, den 15. Juli einschließlich, findet die Sprechstunde in der Zeit von 7 1/2 bis 9 1/2 statt. P. 13. R. 19. Falls der Vortrag nichts anderes bestimmt, können Sie den Schlüssel auch nachhalm im Hause abgeben. — Prudent, Rüdow. I. 1. und 2. Rein. 3. Wird Ihnen durch die Post gesandt. — G. 5. 51. Es genügt ein Verteiliger. — R. 9. 98. Sie können weder Entschädigung beantragen noch ohne Erlaubnis heiraten. — G. 9. 54. Scheidung überhaupt anders als durch Verhängung mit Ihrer Frau möglich. Wenden Sie sich an einen Anwalt. — Ofen I. Die erste Verfügung bezieht sich auf Recht, die zweite nicht, sofern der Dien vor länger als drei Monaten geschied war. Trifft das zu, dann tragen Sie auf gerichtliche Entscheidung an. Ihres Erscheins im Termin bedarf es in diesem Falle nicht. — H. 6. 18. Sie können das 20 nicht zurückverlangen. — D. 9. 30. 1. und 2. Ja. 3. Man kann sofort klagen. — W. 21. 62. 1. Ja. 2. Der Beklagte kann entschuldigend wegschleichen. Sie müssen dagegen kommen, wenn Sie nachher klagen wollen. — R. 4. Widerpruch beim Kreisaustrich. — R. 2. 77. 1.—3. Dringen Sie zunächst auf Abweisung der Klage gegen Ihre Frau, weil diese mit der ganzen Sache überhaupt nichts zu tun hat. Ob die Klage gegen Sie Erfolg hat, hängt von dem Gutachten des Sachverständigen ab, dessen Vernehmung das Gericht beschließen wird. 4. Ja. 5. 3 Monate vom Tage des Empfanges des Briefes ab. — R. 2. 10. Die evangelische Kirche ist die Landeskirche, deren Geistliche aus Staatsmitteln besoldet werden. Für die Geistlichen katholischer Gemeinden werden vom Staat Zuschüsse geleistet. — R. 2. 23. Da es sich um eine katholische Gemeindefschule handelt, ist leider gegen die Anordnung des Geistlichen nichts zu machen. — Amerika 500. Ihre unangenehmen Fragen erhalten Sie, soweit es sich um die Reise handelt, in einem Bureau der Schiffsgesellschaften (Unter den Linden 8) beantwortet. Heber die gemerkschaftlichen und gewerkschaftlichen Verhältnisse oder orientieren Sie sich bei der Generalkommission im Gewerkschaftshaus, Engelstr. 15.

Marktpreise von Berlin am 28. Juni 1911, nach Ermittlung des Amtlichen Vorkurspreises. Markthallengruppe (Reinhandl.). 100 Kilogramm Erbsen, gelbe, nach Kochen 30,00—50,00. Spießbohnen, weiße 30,00—50,00. Linsen 30,00—60,00. Kartoffeln 7,00—11,00. 1 Kilogramm Hühnerfleisch, von der Haut 1,50—2,40. Hühnerfleisch, Bauchfleisch 1,20 bis 1,80. Schweinefleisch 1,10—1,80. Rindfleisch 1,20—2,40. Hammelfleisch 1,50—2,20. Butter 2,20—2,80. 60 Stück Eier 3,00—4,40. 1 Kilogramm Karpfen 1,50—2,20. Kalle 1,00—3,00. Bander 1,50—3,00. Gedichte 1,20 bis 2,80. Beriche 0,80—2,00. Schote 1,20—3,40. Mele 0,80—1,00. 60 Stück Klee 2,00—4,00.

### Wasserstands-Nachrichten

der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau

Wasserstand	am 28. 6.		am 27. 6.	
	am	lett	am	lett
Bemel, Iffli	81	-2	81	-1
Bregel, Jüterbog	83	0	83	+3
Beigels, Horn	62	9	62	-14
Oder, Rathow	123	+3	123	+2
• Krossen	93	-2	93	-1
• Frankfurt	105	-3	105	+15
Warte, Schirmitz	20	-4	20	+2
• Landsberg	-6	0	-6	+30
Rege, Boddamm	-13	-8	-13	-1
Gids, Peinemerg	-65	-2	-65	-1
• Presden	-181	-7	-181	+1
• Barby	53	+2	53	0
• Radeburg	70	-7	70	-2

\*) + oberer Pegel, — 0 — \*) Unterpegel.

# Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Verwaltung Berlin.

Die Sitzung der Ortsverwaltung findet heute nicht statt.

Die Ortsverwaltung.

Raucher bevorzugen  
**VEDECI** Cigarillen

# 10 000 Hosen

verkauft wir in unserer neu eröffneten Filiale

**Rosenthaler Str. 53** Ecke Weinmeisterstraße

ganz aussergewöhnlich billigen Preisen.

**Kohnen & Jöring** Größtes Spezial-Geschäft Berlins für praktische Arbeits- u. Berufskleidung

Weitere Geschäfte: Alexanderstr. 28, Landsberger Allee 148, Rixdorf, Bergstr. 66.

**Berliner Arbeiter-Radfahrer-Verein**  
Mitglied des Arbeiter-Radfahrer-Bundes "Solidarität".

## Louren

zum Sonntag, den 2. Juli.

1. und 2. Abt.: früh 2 1/2 Uhr: Frühst. Start beider Abt.: Dählw. Straße 58; für Radfahrer früh 5 Uhr: Einhalter Bahnhof.
1. Abt.: 1 1/2 Uhr: Uhlenswerder (Freund). Start: Dählw. Str. 58.
2. Abt.: 1 Uhr: Schmöckh (Waldbühn). Start: Schmöckhstr. 6.
3. Abt.: 6 und 12 Uhr: Jungferner Woll. Start: Lauffer Platz 12.
4. Abt.: 6 und 1 Uhr: Hefenwinkel (Gefellshaus). Start: Rüdersdorfer Str. 50.
5. Abt.: 6 und 10 Uhr: Neue Wähe (Grüner). Start: Eufum.
6. Abt.: 6 Uhr: Oberswalbe (Gewerkschaftshaus). 1 Uhr: Corinsee. Start: Oederberger Straße 29.
8. Abt.: 5 Uhr: Oberswalbe (Gewerkschaftshaus). 12 1/2 Uhr: Bernau (Waldlager). Start: Dählw. Straße 22.
9. Abt.: 1 1/2 Uhr: Zegel. Start: Schillingstr. 22.
10. Abt.: 6 Uhr: Oberswalbe (Gewerkschaftshaus). 1 Uhr: Corinsee. Start: Weberstr. 6.

Gente: Fahrkart-Zählung.

Lichtenberg und Umgebung. (Vereinssport.)

12 Uhr: Rüdersdorf. Start an den bekannten Stellen. Sammelort: 12 1/2 Uhr: Friedrichshelde: Berliner Straße 98. 11/17

## Stoffe

für Anzüge, Paletots usw. aus direkter Quelle kaufen, heißt Geld sparen! Tuchler-Gesellschaft m. b. H. Gertraudenstr. 20-21

**Spezial-Arzt für Haut- und Maralleiden**  
Dr. Popke, Rosenthaler Str. 70  
Spr. 9-2, 6-8, Sonnt. 9-3

Ziehung am 5. Juli 1911.

## Lotterie

der Reise-Ausstellung in Berlin.  
11420 Gewinne Wert 175000 Mark.  
Hauptgewinne Wert Mark

**50000**  
**20000**  
**10000**  
**5000**

mit 20% bar garantiert.  
1 Los 1 M., Porto und Liste 20 Pf. extra, 5 Lose einschl. Porto und Liste nur 5 M., auch gegen Nachnahme, empfiehlt

**Carl Heintze,** Berlin W. Unter den Linden 3.

**Nathan Wand**

129 Staliner Str. 129. Die schönsten Herren-Sommer-Paletots u. Ulster und Anzüge in neu erfindliche, auf Selbe gearbeitete Garderobe, von 4672 L. Kavalleren getragen, fast neu, für jede Figur passend, speziell auch anzüge sind in großer Auswahl Reich an flammend billigen Preisen zu haben.  
**Nathan Wand**  
129 Staliner Str. 129. Hochbahnhof Kottbuscher Tor. Bitte auf Hausnummer zu achten.

# Jeder Herr

welcher schön und billig sich kleiden will, empfehle einen Posten gebrauchter Herren-Anzüge, Paletots etc. für jede Figur passend, solange der Vorrat reicht. Die Sachen sind aus prima Materialen angefertigt, teils von ersten Firmen, einzelne aus Absonnerlichsthemmen stammend, frühest bis 100 Mark, jetzt zu folgenden Preisen:

- Jackott-Anzüge . . . M. 10, 14, 18, 20 etc.
- Herren-Paletots . . . 8, 12, 14
- Book-Mode-Anzüge . . . 12, 16, 18, 20
- Gehrock-Anzüge . . . 18, 22, 26, 29
- Herren-Hosen . . . 3, 4, 5, 7

Abt. II: Elegante neue Garderobe.

**J. Wand** Haupt-Geschäft: Gr. Frankfurter Str. 116, 4. d. An-Geschäft: II. Geschäft: Chausseestr. 89

Verkaufsstelle für den Westen: Jägerstr. 11. Vertiefung von eleg. Frack- u. Gesellschafts-Anzügen.

Bitte genau die Hausnummer beachten.

35 Verkauf nur im Fabrikgebäude! 35

**Möbel** Sie sparen Geld! Wenn Sie direkt zu Engrospreisen in der Möbelfabrik

**H. Walter Inh.: Willi Maaß,** Brunnenstr. 35  
kein Laden  
Tel.: A. III, 5157

kaufen. Verkauf nur im Fabrikgebäude — nur eigenes Fabrikat. — Auf Wunsch Teilzahlung.  
35 Permanente Musterzimmer-Ausstellung. 35

Feiner **Dänischer Kapitän-Kautabak** in Rollen, Bündel und Enden. General-Vertrieb: **Karl Röcker,** Berlin O. 27. Grüner Weg 112 (Amt VII, 3861).

# Theater und Vergnügungen

Freitag, den 30. Juni. Anfang 7 Uhr.

Neues königl. Opernhaus. Die Meisterfänger von Nürnberg.

Anfang 8 Uhr. Komische Oper. Kestland. Neues Schauspielhaus. Die feuchte Susanne.

Thalia. Volksliche Wirtschaft. Schiller O. (Wagner-Theater.) Vorne.

Schiller - Charlottenburg. Der dunkle Punkt.

Friedrich - Wilhelmstädtisches. Kaffeehaus.

Luise. Was Gott zusammenfügt. (Anfang 8 1/2 Uhr.)

Roie. Steffen Langer aus Glogau. (Anfang 8 1/2 Uhr.)

Folies Caprice. Die letzte Nacht. Die Hochzeitsreise. (Anfang 8 1/2 Uhr.)

Refug. Sommerpal. (Anfang 8 1/2 Uhr 20 Min.)

Schauspielhaus. Unsere Pöpl. (Anfang 8 1/2 Uhr 20 Min.)

Kleines. Die verdamnte Kade. 4 Tote der Flametta. Karneval in Riga. (Anf. 8 1/2 Uhr.)

Tranon. Das Schlingen. (Anfang 8 1/2 Uhr.)

Neues Operetten. Eine Million. (Anfang 8 1/2 Uhr.)

Metropol. Hobeit amüsiert sich! Apollo. Spezialitäten.

Waldhof. Spezialitäten. Reichshof. Stettiner Säger.

Wintergarten. Spezialitäten. Karl Haverland. Spezialitäten.

Walballa. Prinz und Bettlerin. (Anfang 8 1/2 Uhr.)

Boigt. Goldene Jugend. Noack. Aurora in Del. Der Wundertrank.

Kaiser-Panorama. III. Weltreise. II. Hellas Indien.

Urania. Taubenstraße 48/49. 8 Uhr: Helgoland im Wechsel der Zeit.

Sternwarte. Bismarckstr. 57-62.

Schiller-Theater O. Theater. Heute abend 8 Uhr:

**Panne.** Lustspiel in 3 Aufzügen von Richard Stowronnet.

Morgen und folgende Tage: **Panne.**

Schiller-Theater Charlottenburg. Heute abend 8 Uhr:

**Der dunkle Punkt.** Lustspiel in 3 Akten v. G. Radelburg und Robert Presber.

Morgen und folgende Tage: **Der dunkle Punkt.**

**Neues Theater.** Sonnabend, den 1. Juli, 8 Uhr:

Zum ersten Mal: **Der Rodelzigeuner.** Operette in drei Akten von Raffner.

Lustspiel von Enaga.

Morgen und folgende Tage: **Das Fräulein.** Liebesroman in 3 Akten v. R. W. Sch.

Anfang 8 1/2 Uhr.

Neues Kgl. Opern-Theater (Kroll) Freitag, den 30. Juni, abends 7 Uhr:

Die Meistersinger von Nürnberg. Sonnabend, den 1. Juli, abends 7 1/2 Uhr: Lohengrin.

Sonntag, den 2. Juli, abds. 7 1/2 Uhr: Tannhäuser.

Friedrich-Wilhelmstädtisches Schauspielhaus.

Freitag, den 30. Juni cr., abends 8 Uhr:

**Letzte Vorstellung!** „Kaisernluft“.

ROSE-THEATER Große Frankfurter Str. 132. Anfang 8 1/2 Uhr.

Steffen Langer aus Glogau. Auf der Gartenbühne täglich: Konzert, Theatervorstellung, Spezialitäten. Anf. 4 1/2 Uhr. — Um 8 Uhr: Die große Revue: Es gibt nur ein Berlin.

Metropol-Theater. Hobeit amüsiert sich!

Operette in 3 Akten von R. Freund. Lust von Rudolf Nelson.

In Szene gesetzt vom Dr. H. Schulz. Anfang 8 Uhr. Rauchen gestattet.

**Apollo Theater**

Anfang 8 1/2 Uhr. Letzter Tag des großen Kunstprogramms mit

**Der zerbrochene Spiegel** Morgen Sonnabend: Premiere! Gastspiel

**Harry Walden** in dem Baudesille Sein Herzensjunge.

**WINTERGARTEN**

Die ausserordentlichen Attraktionen!

**LA TORTAJADA.** Die 7 Korinnas, klassische Tanzstudien.

**Karl Reinsch und Lucia** mit ihren Vollblutpforden und Hunden.

**De Dio.** Charles Barons Burleske-Menagerie.

**Tschin Maas** 8 heil. Chunguxen und eine Kette

**hervorragender Kunstkräfte!**

**Passage-Theater.** Abends 8 Uhr: Die schöne Maroussia

die Tänzerin klass. Kunst. **Nina Bitowey** kanakas. Volksängerin, und das neue große Programm!

14 praxklass. Attraktionen.

**Passage-Panoptikum.** Die Neger-Riesin

Abomah, die größte Frau, die je gelebt. Alles ohne Extra-Entree!

**Reichshallen-Theater.** Stettiner Säger. Britton! Wie im Hofcafé.

Anfang wochentags 8 Uhr. Sonntags 7 Uhr.

**Stadt-Theater Moabit.** Alt-Moabit 47/48. Sonntag, den 2. Juli 1911:

**Theater und Spezialitäten.** Anfang des Konzerts 5 Uhr, der Vorstellung 6 Uhr.

**Neues Programm!** Jeden Montag: Lustige Säger.

**Admiralspalast** Am Bahnhof Friedrichstraße

**Eis-Arena.** Geöffnet v. 10 Uhr vorm. in der heißen Jahreszeit angenehm kühler Aufenthalt. Allabendlich: D. prunkvolle Eisballett

**Montreal** Die Stadt auf Schlittschuhen. Neu! **Push-Ball-Spiel.** Exquisite Restauration bis 1 Uhr nachts. Bis 7 Uhr u. von 10 1/2 Uhr halbe Kassenpreise.

**Luna-Park**  
Sensationelle Attraktionen. Morgen, Sonnabend: **Elitetag.** Aufstieg und Fernfahrt des Freiballons „Carola“ unter persönlicher Führung der berühmten Luftschifferin **Käte Paulus.** Pracht-Illumination des Parks. 4 Kapellen 4. Am Sonntag, 2. Juli: Wiederholung der Fernfahrt und der Festlichkeiten.

**Neue Welt**  
Amerikanischer Vergnügungspark  
Sensationelle Attraktionen. Gebirgsbahn, Wasserrutschbahn, Liebesmühle, Teufelsrad u. a. **Große Spezialitäten - Vorstellung.** Ganz neues Programm. **Großes Promenaden-Konzert.** Am 1. Juli: Sommerfest des Berliner Bierbrauergesellenvereins. Am 3. Juli: Sommerfest der Unterbeamten der oberen Reichs- und Staatsbehörden. Juni 1911. Die ausgeschnittene Anzeige gilt als Freikarte für den Eintritt in den Park, jedoch nicht an Sonn-, Elite- und Vereinstagen.

**Noacks Theater.** Direction: Robert Dill. Berlin N., Brunnenstraße 16. Konzert, Theater, Spezialitäten. Nur diese Woche: **Aurora in Oel.** Der Wundertrank. Daga: Die erklaff. Spezialität. Anfang 7 Uhr. Bei schlechtem Wetter: Vorstellung im Saale.

**Zirkus Moulier**  
Rixdorf: Pflügerstraße. Heute abend 8 1/2 Uhr: Das gr. sensationelle Weltstadt-Programm: **! Diabolo!** **! Motor im Globus!** Magoo de Paris! Hohe Schule etc. Loge 3.—, Speck 2.—, 1. Platz 1.50, 2. Platz 1.—, 3. Platz 80 u. 60 Pf. Galerie 40 Pf.

**Reichshallen-Theater.** Stettiner Säger. Britton! Wie im Hofcafé. Anfang wochentags 8 Uhr. Sonntags 7 Uhr.

**Urania.** Wissenschaftliches Theater, Taubenstraße 48/49. Abends 8 Uhr: Dr. Lindemann: **Helgoland im Wechsel der Zeit.**

**ZOO-LOGISCHER GARTEN**  
Täglich ab 4 Uhr: **Großes Militärkonzert.** Eintritt 1 Mark. von abends 6 Uhr ab 50 Pf. Kinder unter 10 Jahren die Hälfte. Rauchen sowie täglich: **Militär-Doppelkonzert.** Jahres-Abonnements an allen drei Gatterflüssen.

**Max Kliems**  
Sommer-Theater Rudolf Krüger, Hallesche 13-15. Täglich: **Erklaffige Theater- und Spezialitäten-Vorstellungen.** Selbstbedachter Theatergarten, bei ungünstiger Witterung Schutz bietend. Jed. Mittwoch: **Gr. Kinderfest.** Donnerstag: **Elitetag.**

**Volksgarten-Theater**  
Konzert, Theater- u. Spezialitäten-Vorstellung. **Neues Programm.** A. Lotta Essra. — Lilly Maritz. Les. Lare R. Ecl. Der artelische Brunnen.

**Carl Haverland-Theater**  
Kommandantenstr. 77/79. **Kölnen Blatzheim-Burlesken.** **Neu! Walzerträume.** **Neu! Wenn der Vater mit dem Sohne!** Anfang präglie 8 1/2 Uhr. Nur frühes Kommen sichert guten Platz!

**Berliner Prater-Theater**  
Katharienenallee 7-9. Täglich: **Die drei Grazien.** Pöffe in 4 Akten von Treptom. Spezialitäten und Konzert. Anfang 4 1/2 Uhr. Eintritt 30 Pf.

**Volgt-Theater**  
Gejundbrunnen, Badstraße 58. Heute (sowie täglich): **Goldene Jugend.** Gr. Lebensbild m. Ges. u. Tanz i. 3 Ak. u. Auftreten erklaffiger Spezialitäten. Kassenöffnung 2. Anfang 5 Uhr.

**Café Bellevue.** Kummelsburg am See. Inh.: G. Tempel. Jeden Sonnabend und Donnerstag: **Soireen der Hoffmanns Säger** **Spezialitäten-Vorstell.** u. Garten-Konzert.

**Moabiter Wintergarten**  
Artus-Hof

Porleberger Str. 26, Stendaler Str. 18. Direction: Karl Pirnau.

**Die Weiber!** Schwank in 2 Bildern.

**Lehtes Auftreten** der

**Juni-Spezialitäten**  
Konzert 6 Uhr. Vorstellung 7 Uhr. Vorzugskarten haben wochentags Giltigkeit.

**Folies Caprice.** Täglich 8 1/2 Uhr:

**Parisiana-Ensemble.** Die letzte Nacht.

Ein Fenster zu vermieten. Die Hochzeitsreise. Tod Strampfband.

**Königstadt-Kasino.** Holzmärkte 72. Ecke Alexanderstr. Tägl. im herrlichen Naturgarten:

**Unsere Wäschermädel.** Außerdem: Erklaff. Spezial. Jeden Mittwoch, Sonnabend, Sonntag: **Tanzfränschen.** Anf. 8 Uhr. Sonntags 5 Uhr.

**Carl Haverland-Theater**  
Kommandantenstr. 77/79.

**Kölnen Blatzheim-Burlesken.** **Neu! Walzerträume.** **Neu! Wenn der Vater mit dem Sohne!** Anfang präglie 8 1/2 Uhr. Nur frühes Kommen sichert guten Platz!

**Berliner Prater-Theater**  
Katharienenallee 7-9. Täglich: **Die drei Grazien.** Pöffe in 4 Akten von Treptom. Spezialitäten und Konzert. Anfang 4 1/2 Uhr. Eintritt 30 Pf.

**Volgt-Theater**  
Gejundbrunnen, Badstraße 58. Heute (sowie täglich): **Goldene Jugend.** Gr. Lebensbild m. Ges. u. Tanz i. 3 Ak. u. Auftreten erklaffiger Spezialitäten. Kassenöffnung 2. Anfang 5 Uhr.

**Café Bellevue.** Kummelsburg am See. Inh.: G. Tempel. Jeden Sonnabend und Donnerstag: **Soireen der Hoffmanns Säger** **Spezialitäten-Vorstell.** u. Garten-Konzert.



**Carl  
Stiller  
Junior**

# Großer Saison- Ausverkauf

in unseren sämtlichen Geschäften

W, Leipziger Straße 29  
Ecke Friedrichstraße (Mädlerhaus)

W, Königgrätzer Str. 124-29  
Hotel Fürstenhof

S, Oranienstraße 155-156  
Ecke Prinzessinnenstraße

*Weitest herabgesetzte Preise*

Völlige Räumung der Restbestände der Saison

**Nur erstklassige Schuhwaren der diesjährigen Mode**

## Reise-Schuhe

für Damen und Herren

Melton oder Leder, mit Leder-  
sohle. — Verschiedene Farben

jetzt  
1<sup>90</sup> . . . . . 2<sup>40</sup>

Jedes Paar Stiefel trägt  
in deutlicher Form den  
früheren Preis

## Moderne Stiefel u. Schuhe

für Herren u. Damen

**schwarz oder braun**

Vorzügliches Boxcalf oder Chevreau, zum Teil mit Lackkappe,  
Derby-Schaftschnitt, Stoff- oder Wildleder-Einsätzen etc.

<b>Serie I</b>	(exkl. braun Boxcalf)	früher 10 <sup>50</sup>	jetzt <b>8<sup>90</sup></b>
<b>Serie II</b>	(exkl. braun Boxcalf)	früher 12 <sup>50</sup>	jetzt <b>9<sup>80</sup></b>
<b>Serie III</b>	(exkl. braun Boxcalf)	früher 15 <sup>50</sup>	jetzt <b>11<sup>80</sup></b>
<b>Serie IV</b>		früher 18 <sup>00</sup>	jetzt <b>14<sup>80</sup></b>

## Haus-Schuhe

für Damen und Herren

aus schwarzem oder braunem  
Leder mit Ledersohle, Hinter-  
kappe und Absatzfleck

jetzt  
2<sup>40</sup> . . . . . 3<sup>20</sup>

Des voraussichtlichen An-  
dranges wegen bittet man  
Einkäufe möglichst vor-  
mittags zu besorgen

Ges. gesch. Marke

## „Carola“

Ges. gesch. Marke

### hygienischer Kinderstiefel

Vorzügliches Boxcalf oder Chevreau, zum Teil mit oder ohne Vorderkappe, Lackkappe, Derby-Schaftschnitt etc. • Breite, naturgem. Formen

Bestens bekannt und außerordentlich beliebt! □ □ □ □ Garantie für höchste Haltbarkeit!

$\frac{25-26}{\text{früher } 5^{00}}$  jetzt **4<sup>10</sup>**

$\frac{27-30}{\text{früher } 6^{00}}$  jetzt **5<sup>10</sup>**

$\frac{31-35}{\text{früher } 7^{00}}$  jetzt **6<sup>10</sup>**

$\frac{36-40}{\text{früher } 8^{50}}$  jetzt **7<sup>10</sup>**

## Für die See

Ein großer Gelegenheitsposten

### weiß Segeltuch-Stiefel u. -Schuhe

zum Schnüren mit Ledersohle und Lederabsatz, angenehm im Tragen

Herren-Stiefel . . . . .	7 <sup>80</sup>
Herren-Halbschuh . . . . .	6 <sup>80</sup>
Damen-Stiefel . . . . .	6 <sup>80</sup>
Damen-Halbschuh . . . . .	5 <sup>80</sup>

Kinder-	$\frac{20-22}{2^{90}}$	$\frac{23-24}{3^{30}}$	$\frac{25-26}{3^{90}}$	$\frac{27-30}{4^{60}}$
Stiefel				

## Für die Berge

Seltene Ausnahme-Angebot

### Zweckmäßige Berg-Stiefel

für Herren, schwarz Boxcalf od. Rindleder, mit, bzw. ohne Vorder-  
kappe, Derby, breite, bequeme Form, zum Benageln geeignet **11<sup>80</sup>**

### Braune Rindleder-Sandalen

Außergewöhnlich niedrige Preise

Herren . . . . .	4 <sup>90</sup>	Damen . . . . .	3 <sup>90</sup>
Kinder: 21-24	2 <sup>40</sup>	25-26	2 <sup>70</sup>
27-30	3 <sup>10</sup>	31-35	3 <sup>60</sup>

# Carl Stiller junior



W. Leipziger Str. 29  
Ecke Friedrichstr. (Mädlerhaus)

Hotel Fürstenhof  
W. Königgrätzer Str. 124-129

S. Oranienstr. 155-156  
Ecke Prinzessinnenstraße

Schutzmarke

Der Frauenmord am Humboldthafen.

Hunderte von Neugierigen umlagerten am Donnerstag morgen schon lange vor Beginn der Schwurgerichtsverhandlung das Kriminalgericht und begehrten Einlaß zum Sitzungssaal.

Der dritte Verhandlungstag verlief sehr langweilig und eintönig. Die umfangreiche Beweisaufnahme brachte keine wesentlich neuen Momente zum Vortrag.

Der städtische Bodenmeister Fischer erinnert sich, daß in der fraglichen Nacht nicht wie bisher behauptet drei, sondern vier Röhre an jener Stelle lagen, von denen der zuletztliegende ein offener Niederschlag gewesen sei.

Während der Verhandlung wurden über den Leumund des Angeklagten Wegener vernommen. Einem Kriminalhauptmann, der Nachforschungen an Ort und Stelle angestellt hat, ist das Verhalten des Wegener den Dirnen gegenüber auffällig erschienen.

acht Tage vor seiner Verhaftung noch zum Oberwächter befragt worden.

Die Hauptaufgabe des Wegener bestand darin, um den städtischen Wehrspeicher am Humboldthafen herumzupatrouillieren und die Kontrolluhr, die er in bestimmten Zeiten zu stehen hatte, gab Kunde davon, ob er seine Pflicht erfüllte.

Da die Kontrollblätter an den Magistrat abgeliefert werden müssen, ordnet der Vorsitzende an, daß sofort Nachfrage gehalten werden solle, ob das Kontrollblatt vom 15. zum 16. Oktober noch vorhanden sei.

Aus der Aussage mehrerer Angestellten der in der Umgegend des Humboldthafens belegenen Schanlofale, in denen Nachverkehr stattfindet, ist zu erwidern, daß Wegener dort manchmal vorübergehend erschienen ist, Schnaps und Bier getrunken hat, auch wohl mal betrunken war und von Schiffen manchmal freigehalten wurde.

— Angeklagter Wolff: Ja, das war vor 4 Jahren, da sollte ich auch dabei gewesen sein, es ist aber aus der Sache nichts geworden.

Angeklagten Wegener wird, hat letzteren als liebevollen Mann kennen gelernt, der für seine Familie ehrlich sorgte und seiner Frau stets ein ganzes Wochengehalt abliefern.

Die mehrfach erwähnten Kontrollblätter konnten nicht beigebracht werden.

Kriminalkommissar Klinghammer befandete u. a., daß er einige Tage nach der Auffindung der Leiche mit etwa 30 Beamten am Humboldthafen eine Razzia vorgenommen habe, bei der etwa 25 oder 30 „Penner und Pennschwester“ in allen möglichen Ecken aufgeföhrt wurden.

Wolff sei der Täter.

Sehr auffällig sei auch das Benehmen des Wegener gewesen, der ohne jede Veranlassung plötzlich seine Unschuld beteuere.

Von einem eigentlichen Widerruf könne jedoch keine Rede sein. — In der weiteren Vernehmung dieses Zeugen ergibt es sich, daß Richter, als der übliche Anschlag an den Säulen erschien und die Nachricht von dem Leichenfund in den Zeitungen stand, sehr niedergedrückt und unruhig war.

Gerichts-Zeitung.

Beleidigte Reichsverbändler.

Zwecks Reparatur der Reichsverbandschre hatten der Generalleutnant Liebert und Genossen — 10 Vorstandsmitglieder des Reichsverbandes gegen die Sozialdemokratie — den Redakteur Lindow vom „Courier“, dem Verbandsorgan der Transportarbeiter, wegen Beleidigung verklagt.

Angaben enthalten, die — man brauche nur an den bekannten Noabiter Prozeß zu erinnern — schon gerichtlich widerlegt seien.

Verteidiger Dr. Rosenfeld beantragt, Beweis zu erheben darüber, daß der Reichsverband nicht nur bei den Sozialdemokraten, sondern auch bei anständigen Politikern anderer Parteien den schlechtesten Ruf genießt, daß der Verband die Sozialdemokratie sowohl wie die freien Gewerkschaften in der rücksichtslosesten und schärfsten Weise belämpft und es sich geradezu zur Aufgabe gemacht hat, mit Unwahrheiten, Verleumdungen und Ehrabschneidungen gegen die Organisationen der Arbeiter wie gegen ihre Führer vorzugehen.

Das Urteil lautet auf 50 M. Geldstrafe, Tragung der Kosten des Verfahrens und Unbrauchbarmachung der noch vorhandenen Exemplare der betreffenden Nummer des „Courier“.

Ob die Reichsverbändler von dem Ausgang des Prozesses sehr erbaut sind?

Witterungsüberblick vom 29. Juni 1911.

Table with columns for location (Stadte), temperature (Temperatur), and other weather-related data for various cities like Steinmetz, Hamburg, Berlin, etc.

Wetterprognose für Freitag, den 30. Juni 1911. Vorherrschend wolkig mit etwas Regen, ziemlich lebhaften südwestlichen Winden und wenig veränderter Temperatur.

Extra billige Reise-Tage

Loden-Anzüge

- Joppen mit Falten. Grau oder grünlicher Loden, sehr haltbar M. 18.00. Engl. gemusterte Loden kurze oder lange Hose M. 30.00.

Loden-Pelerinen

- Mit Kapuze, Tragbändern, Armdurchgriffen, Taschen, sämtliche Stoffe imprägniert. Für Herren und Damen. Grau od. oliv Strich-Loden, 120, 125, 130 cm lang M. 13.25 7.50.

Reise-Ulster

- Cheviot, gestr. u. kariert, nach englischer Art M. 24.00. Hell u. dunkle Phantasiestoffe, mod. Verarbeitung Großkar. Melton-Cheviot, Ersatz für Maß M. 36.00.

Reise-Anzüge

- ein- und zweireihig. Cheviot, gestr. u. kariert, neueste Muster M. 24.00. Cheviots u. Kammgarn, aparte Muster M. 40.00.

Bozener Mäntel

- Grünl. u. grauer Strichlod. stappaalertäh. u. leicht M. 15.00. Weiterfester Strichlod in vielen Mustern M. 24.00.

Gummi-Mäntel

- Echt engl. hochgeschloss. Kavallerie-Mantel, persönlicher Einkauf M. 12.50. Englische und deutsche Gummimäntel, modernste Ausführung M. 22.50.

Strand-Anzüge

- Gestreifte Flanellstoffe, nur solange Vorräte reichen M. 6.00. Crème Basistoff, Ersatz für Basistoffe M. 15.00.

Wassersport-Anzüge

- Blaues Zweireihiges Jackett mit Sergefutter M. 12.00. Weiß. Pa. Satin-Körper-Hose mit umgebügeltem Saum M. 4.50.

Reise-Beinkleider

- dunkelgrau-Cheviot, reiche Ausmusterung M. 4.50. Prima Waschstoffe, hell u. dunkel gestreift M. 3.00.

Reise-Joppen und Jackette

- Wasch-Joppe grünlich 90 Pf. Lüst.-Jackett gestreift schwarz M. 3.00. Wasch-Joppe grau und grünl. M. 2.25. Lüst.-Jackett blau, 1-u. 2-reih. M. 8.00.

Wasch-Westen und Westen-Gürtel

- Wasch-Westen in vielen Streifen M. 1.95. Westen-Gürtel in vielen Mustern M. 95 Pf. Wasch-Westen gestreift und glatt M. 4.00. Westen-Gürtel hell und dunkel M. 1.50.

Reise-Staub-Mäntel

- Grünlicher Körper-Stoff M. 2.75. fester modifarbiger Dreß M. 5.00.

Hüte und Mützen

- Loden-Hut grau und grünlich M. 1.90. Weiße Mützen Pikee, mit schwarz. Band 50 Pf. Haarfilz-Hüte echtengl. M. 2.50. Blaue Mützen Yacht-Klub 95 Pf. Stroh-Hüte in vielen Form., v. 25 Pf. Südwester für Knaben 95 Pf.

Knaben-Wasch-Anzüge

- Gestreifter Waschstoff, für 3-5 Jahre M. 1.10. Gestreift, hochgeschlossenes Matrosenform f. 3-5 Jahre 2.50.

Schüler-Sport-Anzüge

- Glatte Joppenformen i. viel. Mustern für 8-12 Jahre M. 3.00. Sport- u. glatte Form. u. erw. wüstlich f. 8-12 Jahr. v. M. 4.50 an.

Knaben-Hosen

- Hell u. dunkle Waschstoffe für 3-5 Jahre durchw. M. 60 Pf. Gestreifte Waschstoffe für 3-5 Jahre M. 1.10. Blaue Satin-Sport-Hose Prima Satin, Größe III M. 1.65. Hell und gemust. Cheviot für 3-5 Jahre M. 1.50.

Spiel-Trikot-Sweater

- für Knaben und Mädchen in blauer, weißer und roter Farbe, mit kurzen Ärmeln und breiter Bordüre. Größe 1 45 Pf. Größe 2 75 Pf. Größe 3 95 Pf. Größe 4 1.25 Mark.

Reise-Hemden, Sport-Hemden, Kragen, Manschetten Serviteurs, Krawatten, Schirme, Hosenträger usw.

Rucksäcke, Sweater, Stutzen, Strümpfe, Reisedecken Bergstöcke, Sport-Gürtel, Gamaschen, Schlafanzüge usw.

Spiel-Höschen. Viele Farben! Angenehmstes Tragen für kleine Kinder. M. 2.50 1.25. 95 Pf.

BaerSohn

Kleider-Werke Deutschlands größte Fabrik dieser Art

Chausseestraße 29-30 Gr. Frankfurter Straße 20

11 Brückenstraße 11 Schöneberg, Hauptstr. 10

Tiroler Kleidung für Knaben. Joppen . . . von 4.40 an. Hosen . . . von 2.20 an. Hüte . . . von 50 Pf. an. Hemden, Stutzen, Gürtel, Träger usw.

# Räumung

großer Lagerbestände - Sommer 1911



MARKE  
CONDOR



CONDOR  
PATENT

Preise bis **40%** ermässigt

Damen - Schnürstiefel	Herren - Schnürstiefel	Mädchen- und Knaben - Schnürstiefel
<b>Braun Chevreau:</b> Serie A früher 6.75 Serie B früher 8.50 Jetzt..... <b>4.90</b> Jetzt..... <b>6.90</b> Serie C früher 12.50 (Original Good-year Welt) Jetzt..... <b>9.80</b> Schwarz Chevreau zum Schnür. u. Knöpf. Jetzt <b>7.50</b> Original Goodyear Welt Serie A früher 12.50 Serie B früher 14.50 Jetzt..... <b>10.90</b> Jetzt..... <b>11.90</b> fein Box u. Chromled. m. Lackkapp. Serie A Serie B Jetzt <b>5.90</b> moderne Formen Schnür-Halbschuhe farb. Leinen <b>3.65</b> braun Ziege <b>3.90</b> Hausschuhe farbig Leder, genäht früher.....2.60 Jetzt..... <b>1.95</b> Lasting mit Absatz <b>1.90</b> 78 Pf. Jetzt.....	<b>Braun Chevreau moderne Formen</b> Serie A früher 8.50 Serie B früher 9.50 Jetzt..... <b>6.90</b> Jetzt..... <b>7.90</b> Serie C früher 10.90 Serie D früher 16.50 Jetzt..... <b>8.90</b> Jetzt..... <b>10.90</b> Orig. Goodyear Welt, auch z. Knöpf. Schwarzf. Chrom- u. Boxhorse mit u. ohne Lackkappen Jetzt <b>6.90</b> ff. Chevreau Orig. Goodyear Welt früher..... 16.50 Jetzt..... <b>10.90</b> Sandalen Ia Rindleder, randgenäht, Naturaform, elastische Ledersohle 20-24 25-30 27-28 29-30 31-33 34-35 fr. 2.90 3.50 3.90 4.30 4.70 5.20 Jetzt <b>2.30 2.60 2.90 3.20 3.50</b> Damen früher 6.— Jetzt..... <b>3.75</b> Herren früher 6.90 Jetzt <b>4.70 4.20</b>	<b>Schnürstiefel Ia braun Chevreau</b> 25-26 27-28 29-30 31-33 34-35 36-38 Jetzt <b>5.50 6.00 6.50 7.00 7.50 8.25</b> <b>Knopfstiefel braun Chevreau</b> 25-26 27-28 29-30 31-33 34-38 früher 6.25 6.75 7.25 7.75 8.25 25-30 31-35 Jetzt <b>4.90 5.90</b> <b>Schnürstiefel farbig Leinen, kräftig vorzüglich für Strand</b> 25-26 27-28 29-30 31-33 34-35 Jetzt <b>3.20 3.50 3.70 4.30 4.80</b> <b>Knopfschuhe braun</b> 25-26 27-28 29-30 31-33 34-35 früher 3.20 3.60 4.— 4.40 4.80 25-26 27-30 31-35 Jetzt <b>1.90 2.60 3.20</b> <b>Schnürstiefel Ia Boxleder, elegant</b> 25-26 27-28 29-30 31-33 34-35 36-38 Jetzt <b>4.70 5.10 5.50 5.90 6.30 7.30</b>

## Conrad Tack & Cie

Schuh-fabrik

125 eigene Geschäfte  
 Davon in Berlin u. Umgegend:  
 C. Spittelmarkt 15  
 C. Rosenthaler Strasse 14  
 W. Potsdamer Strasse 50  
 W. Behlstrasse 16  
 NW. Turmstrasse 41  
 NW. Wilmsacker Strasse 27  
 NW. Busselstrasse 29  
 N. Friedrichstrasse 127  
 N. Müllerstrasse 3  
 N. Reinickendorfer Str. 28

N. Brandenburger Strasse 37  
 N. Danziger Strasse 1  
 O. Andrastrasse 50  
 O. Frankfurter Allee 125  
 SO. Oranienstrasse 32  
 SO. Oranienstrasse 2a  
 SO. Wrangelstrasse 49  
 SW. Friedrichstr. 240-241  
 Charlottenburg: nur Wilmsdorfer Str. 122-123  
 Rixdorf: Bergstrasse 30-31  
 Potsdam: Brandenburger Strasse 54

BURG  
 b. Magdeburg

Josefetti

JUNO

Beste 2 Pfg.-Cigarette

Im Sommer besonders wertvoll sind **MAGGI'S** Bouillon-Würfel



1 Würfel für  $\frac{1}{4}$ — $\frac{1}{2}$  Liter **5** Pfg.

Kein langes Stehen am heißen Herd notwendig. Kein Sauerwerden der Fleischbrühe zu befürchten. Nur mit kochendem Wasser überbrüht, gibt jeder Würfel sofort  $\frac{1}{4}$ — $\frac{1}{2}$  Liter vorzüglicher Bouillon mit feinstem Gemüsegeschmack!

Beim Einkauf achte man genau auf den Namen **MAGGI** sowie die Schutzmarke (Kreuzstern) und lasse sich nichts anderes aufreden!